

In diesem Heft

Editorial

Essay

- INGOMAR KLEIN, WOLFGANG TRIEBEL
Quo vadis, Genosse Scharping? 5

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

- KARL HARMS
Der »russische Krise«. Ursachen und Wirkungen 16
WLADISLAW HEDELER
»Russische Frage« statt Klassenkampf
und Bürgergesellschaft 26
BORIS KAGARLITZKI
Globalisierung und Marxismus 30
MICHAIL WOJEJKOW
Der ökonomische Determinismus der gesellschaftlichen
Entwicklung. Lehren und Perspektiven 42
IGOR MALJAROW
Jugend und Opposition 45

Utopie-Geschichte

- RICHARD SAAGE
Merciers »Das Jahr 2440« und die
»kopernikanische Wende« des utopischen Denkens 48

Standorte

- WOLFRAM ADOLPHI
Kommunikationsstörung. PDS am Jahreswechsel 61
JENS-FIETJE DWARS
Ein Intellekt auf Beinen?
Anmerkungen zur ersten Harich-Biographie 70

Konferenzen & Veranstaltungen

INES MIETKOWSKA-KAISER, GERD KAISER
Frauen im Exil 80

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 82

Bücher & Zeitschriften

Egon Bahr: Deutsche Interessen. Streitschrift
zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik,
Karl Blessing Verlag München 1998 (STEFAN BOLLINGER) 84

Andy Croft (Hrsg.): A Weapon in the Struggle.
The Cultural History of the Communist Party in Britain,
London Pluto Press 1998 (STEPHAN LIESKE) 86

Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter 4
(MATTHIAS WITTENBERG) 87

Wladimir Bukowski: Moskowski prozess.
Der Moskauer Prozess. Russkaja mysl - Izdatel'stvo MIK,
Paris – Moskwa 1996 (GERD KAISER) 88

Olaf Steffen:
Die Einführung des Kapitalismus in Rußland.
Ursachen, Programme und Krisen der Transformationspolitik,
Osteuropa – Geschichte, Wirtschaft, Politik, Bd. 16,
Lit Verlag Hamburg 1997 (HEINZ LAMBARTH) 89

Wolfgang Dietrich:
Periphere Integration und Frieden im Weltsystem. Ostafrika,
Zentralamerika und Südostasien im Vergleich,
Promedia Wien 1998 (ARNDT HOPFMANN) 91

Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und
Wissenschaftler: Ökonomie ohne Arbeit – Arbeit ohne
Ökonomie? Entwicklungstendenzen des Kapitalismus
und politische Interventionen,
Offizin Verlag Hannover 1997
Dies.: Weniger Arbeit – weniger Demokratie.
Arbeitslosigkeit, Demokratiegefährdung und
Neuverteilung der Arbeit,
Offizin Verlag Hannover 1998 (STEFAN BOLLINGER) 93

An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 96

Editorial

Was ist hier und heute Politik? Die Kunst, Unmögliches möglich zumachen? Ein diffiziler Balanceakt zwischen Sachzwängen, etablierten Ansprüchen und neuen Begehrlichkeiten? Oder was ...?

In Deutschland ist Politik – was schon Max Weber ahnte – vor allem eine Kampfsportart, und eine unfaire noch dazu. Jeder, der sich in der politischen Arena auch nur die kleinste (Reform)Blöße gibt, wird von der jeweils betroffenen ›Verlierer-Clique gnadenlos – mit Vorliebe in die ›Weichteile‹ – attackiert.

Wie das geht, das hat kürzlich der »junge CDU-Wilde« Roland Koch im Hessischen vorgeführt. Erst werden mit einer Unterschriftenaktion gegen die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft die nationalistischen Urinstinkte quer durch alle Bevölkerungsschichten »mobilisiert« und dann wird der Wahlsieg, insbesondere mit den Stimmen vom rechten Rand sichergestellt – in Hessen ist faktisch die gesamte rechtsradikale Wählerschaft geschlossen zur CDU konvertiert. F.J.S. wäre begeistert, wenn er es noch hätte erleben können.

Aber selbst die Regierungskoalitionäre sind sich keineswegs grün. Kaum daß die Parteien wieder mal leidlich als Apparate zur Verteilung von Posten und Pfründen funktioniert haben, wird die politische Szenerie sogleich mit allerlei Reformgetöse vernebelt, während hinter dem Rauchvorhang aus Aktionismus und Schönrednerei erst mal die kabinetsinterne Hackordnung festgestellt wird – »mehr Fischer, weniger Trittin«, na wird's bald?!

Auch die demokratischen Linksozialisten sind inzwischen aus den lichten Höhen des erreichten Wahlziels wieder in die banale Alltäglichkeit realer politischer Potenzschwäche zurückgefallen. Ausgerechnet jetzt muß offenbar die historische Berechtigung der unsäglichen »Mauer« aus DDR-Zeiten erstritten werden. Andere halten den Zeitpunkt für günstig, ihre innere Leere zu exhibieren, und füllen damit über Wochen die Zeitungsspalten. Bei wieder anderen geraten – immer mal wieder und vorzugsweise in Kosmetikläden – die verinnerlichten kleptomanischen Affekte aus Teenager-Jahren außer Kontrolle. Für hitzige Debatten, Schuldzuweisungen und verbale Tiefschläge sowie für jede Menge »Mit-sich-selbst-Beschäftigung« ist landauf, landab ausreichend gesorgt. Das, was Politik eigentlich ausmachen sollte, bleibt auf der Strecke oder wird im grassierenden Profilierungswahn zur Strecke gebracht.

Es scheint, als ob die politische Klasse hierzulande inzwischen von aller Politikfähigkeit verlassen sei. Gut möglich. Aber wer sich

sonntags in der ARD hin und wieder die von Sabine Christiansen allwöchentlich inszenierte und als »Talk-Show« getarnte Peinlichkeit antut, wie erwachsene Menschen eine Stunde lang mit Schaum vorm Mund öffentlich aufeinander losgehen, der könnte auch zu einem ganz anderen Schluß kommen – die Schmerzgrenze ist erreicht, allerdings vorerst nur in der Politik ...

ARNDT HOPFMANN

INGOMAR KLEIN, WOLFGANG TRIEBEL

Quo vadis, Genosse Scharping?

Günter Grass setzte sich vor den Bundestagswahlen 1998 für die Ablösung der Regierung Kohl ein. Seine Forderungen an die neue Regierung brachte er in Thesen zum Ausdruck, in denen er die Reform der Bundeswehr als eine wesentliche Voraussetzung für die demokratische Neugestaltung Deutschlands bezeichnete. Er erwarte »...vom nächsten Verteidigungsminister, daß er all jene Rüstungsaufträge storniert, die Herr Rühle kurz vor Ladenschluß den allzeit interessierten Waffenschmieden zugeschustert hat. Die Bundesrepublik befindet sich nicht in Gefahr. Sie benötigt keine Eurofighter, die Millionen verschlingen, ein Steueraufkommen, das besser im Bereich der Hochschulen und der Berufsausbildung investiert werden sollte. Das gleiche gilt für neue Panzer und sonstiges Kampfgerät... So bleibt nur zu hoffen, daß uns die Bundestagswahl keine Große Koalition und mit ihr als Wunderwaffe einen Vizekanzler Rühle beschert.«¹

Wie der Ausgang der Bundestagswahl zeigte, waren diese Hoffnungen einer Mehrheit der Wähler aus dem Herzen gesprochen. Eine große Koalition mit Rühle als Vizekanzler blieb erspart. Dafür hat uns aber die rot-grüne Koalition den Sozialdemokraten Scharping als Verteidigungsminister verordnet, der, das darf man jetzt schon sagen, strammen Schrittes in den Spuren seines Vorgängers weiter marschiert. Wie eine Kampfansage an alle, die Hoffnungen wie G. Grass hegten, stellte er vor seiner Inthronisation die Bedingung, daß der Verteidigungshaushalt keinesfalls gekürzt, eher aufgestockt wird. Und er wurde Verteidigungsminister.

Die Koalition SPD-Bündnis 90/Die Grünen hat ihre Ziele auf dem Gebiet der Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Abschnitt XI der Koalitionsvereinbarung formuliert: »Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik.«² Wer würde das nicht unterschreiben wollen? Danach wird es problematisch:

»Die neue Bundesregierung wird die Grundlinien bisheriger deutscher Außenpolitik weiterentwickeln...Grundlagen sind dabei die Beachtung des Völkerrechts und das Eintreten für Menschenrechte, Dialogbereitschaft, Gewaltverzicht, Vertrauensbildung ... Sie (die Bundesregierung) wird sich mit aller Kraft um die Entwicklung und Anwendung von wirksamen Strategien und Instrumenten der Kriegsprävention bemühen. Sie wird sich dabei von den Verpflichtungen zur weiteren Zivilisierung und Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, zur Rüstungsbegrenzung

Ingomar Klein – Jg. 1931, Ökonom, Agrarökonom, Prof. Dr. sc.oec., ab 1961 Dozent, 1967-1991 Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin. 1998 (mit Wolfgang Triebel: »Helm ab zum Gebet! Militarismus und Militarisierung – ein deutsches Schicksal?«; Mitglied der AG Friedenspolitik.

1 Kunst und Kultur, 6/98, S. 6.

2 Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Oktober 1998, in: Das Parlament Nr. 45 vom 30. Oktober 1998, S. 9.

und Abrüstung, zu einem ökonomischen, ökologischen, und sozial gerechten Interessenausgleich der Weltregionen und zur weiteren Einhaltung der Menschenrechte leiten lassen.«³

Das klänge alles sehr schön, wenn nicht bis in die jüngste Zeit hinein unter steter Beteuerung der Wahrung von Menschenrechten sowie des Verfassungs- und Völkerrechts diese Rechte gröblichst verletzt, zerbombt und mit Füßen getreten worden wären. Das läßt Mißtrauen aufkommen, besonders wenn dann noch von »Weiterentwicklung« der bisherigen Außenpolitik die Rede ist.

Zwiespältig ist auch die folgende Aussage der Koalitionsvereinbarung: »Die Bundeswehr dient der Stabilität und dem Frieden in Europa. Als fest in das atlantische Bündnis integrierte Armee ist sie im Sinne von Risikovorsorge weiterhin zur Landesverteidigung und Bündnisverteidigung zu befähigen. Eine vom Bundesminister für Verteidigung für die neue Bundesregierung zu berufende Wehrstrukturkommission wird auf der Grundlage einer aktualisierten Bedrohungsanalyse und eines erweiterten Sicherheitsbegriffs Auftrag, Umfang, Wehrform, Ausbildung und Ausrüstung der Streitkräfte überprüfen und Optionen einer künftigen Bundeswehr bis zur Mitte der Legislaturperiode vorlegen. Vor Abschluß der Arbeit der Wehrstrukturkommission werden unbeschadet des allgemeinen Haushaltsvorbehalts keine Sach- und Haushaltsentscheidungen getroffen, die die zu untersuchenden Bereiche wesentlich verändern oder neue Fakten schaffen.«

Betrachtet man diese Aussage genauer, dann soll die Bundeswehr weiterhin zur Landes- und Bündnisverteidigung befähigt werden. Bis hierher könnte man noch folgen, denn: »Der Grad der effektiven oder perzipierten Gefährdung und die sicherheitspolitischen Ziele eines Landes sind die wesentlichen Kriterien für militärpolitische Aufwendungen, vor allem rüstungspolitische Mittel und bündnispolitische Aktivitäten.«⁴ Wer aber perzipiert in Europa oder der Welt Feinde, gegen die sich Deutschland mit militärischen Mitteln verteidigen muß? Wozu eine aktualisierte Bedrohungsanalyse, hat sich an der Feststellung in den »Verteidigungspolitischen Richtlinien« (VPR) von 1992 etwas geändert? »Deutschland ist nicht länger Frontstaat. Stattdessen ist es heute ausschließlich von Verbündeten und befreundeten Partnern umgeben.«⁵ Trotzdem wurde seit 1992 weiter gerüstet. Sind der Regierung Schröder der gegenwärtige Umfang, die Struktur, die vorhandenen und geplanten Ausrüstungen der Bundeswehr nicht ausreichend bekannt? Weshalb und wozu wird ein erweiterter Sicherheitsbegriff gebraucht? In welche Richtung soll er erweitert werden? Offensichtlich knüpft die neue Regierung in ihrer Militärpolitik bei den von der Kohl-Administration vorgegebenen Positionen an.

Da die VPR in den Massenmedien kaum eine Rolle spielten und der Mehrheit der Bürger kaum bekannt sein dürften, seien einige Passagen daraus angeführt, zumal die neue Bundesregierung diese militärpolitische Konzeption ihrer Vorgänger vorbehaltlos zu übernehmen scheint.

Die VPR werden u.a. als »...verbindliche Grundlage für die Arbeit in den Organisationsbereichen des Ministeriums sowie für die deutsche Interessenvertretung nach außen« bezeichnet. Deut-

Wolfgang Triebel – Jg. 1930, Politikwissenschaftler, Historiker, Prof. Dr. sc. phil.; 1968-1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter, Dozent, Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin. Lehrgebiete Sozialismustheorie, Theorie internationale Beziehungen. Ab 1991 Grotewohl-Forschung und politikwissenschaftliche Arbeit in der AG Friedenspolitik.

3 Ebenda. Alle folgenden Zitate sind der angegebenen Quelle entnommen.

4 Dieter Nohlen: Wörterbuch Staat und Recht, Bonn 1998, Stichwort Militärpolitik.

5 Der Bundesminister der Verteidigung. Verteidigungspolitische Richtlinien, Bonn 26. November 1992. Alle Zitate sind dieser ministeriellen Veröffentlichung entnommen. Text s.a. in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 9/1993.

sche Interessenvertretung nach außen als Auftrag der Bundeswehr ist doppeldeutig. Verständlich ist der »Schutz der territorialen Integrität, der Sicherheit der Bürger sowie der freiheitlichen demokratischen Lebensordnung« gegenüber Gefahren von außen. Das ist in der Tat »eine existenzbegründende Verpflichtung des Staates«. Da die Bundesrepublik nun einmal dem Militärbündnis NATO angehört, ist noch akzeptierbar, daß ein Bundeswehrauftrag auch den Schutz der Gemeinschaft der verbündeten Staaten einschließt, sofern ihnen von außen Gefahr droht. Die Verteidigungspolitischen Richtlinien hätten folgerichtig die Reaktion bei von außen drohender Gefahr zum Gegenstand!

Wie aber ist zu verstehen, wenn es in den VPR heißt: »Trotz prinzipieller Übereinstimmung werden sich die deutschen Interessen nicht in jedem Einzelfall mit den Interessen der Verbündeten und anderer Partner decken.« Das ist sicher auch umgekehrt möglich. Was aber hat das mit Verteidigungspolitik zu tun? Unterschiedliche Interessenlagen zwischen verbündeten Staaten sind doch normal und kein Angriff von außen, jedenfalls in der Regel nicht. Oder soll das heißen, daß Deutschland sich einen militärischen Alleingang vorbehält, wenn die Bündnispartner nicht bereit sind, deutsche Interessen zu akzeptieren und mitzuvertreten? Die Bestimmung dessen, was in den VPR als »vitale Sicherheitsinteressen« Deutschlands definiert wird, weckt diesen Verdacht. Sie sind in zehn Punkten aufgeführt und lassen aufhorchen. Neben Schutz Deutschlands, Vorbeugung, Eindämmung und Beendigung von Krisen und Konflikten, Vertiefung der europäischen Integration usw. werden genannt:

(7) »Förderung der Demokratisierung und des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts in Europa und weltweit.«

(8) »Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltordnung.«

(10) »Einflußnahme auf die internationalen Institutionen und Prozesse im Sinne unserer Interessen und gegründet auf unsere Wirtschaftskraft, unseren militärischen Beitrag und vor allem unsere Glaubwürdigkeit als stabile, handlungsfähige Demokratie.«

Welche Vorstellungen haben die Verfasser von Demokratie, freiem Welthandel und gerechter Weltwirtschaftsordnung, wenn sie das als Aufgaben der Verteidigungspolitik ansehen und gegebenenfalls mit militärischer Gewalt durchzusetzen bereit sind? Was bedeutet es, internationale Institutionen militärisch beeinflussen zu wollen?

Die unter (3) genannte »Bündnisbindung an die Nuklear- und Seemächte in der Nordatlantischen Allianz, da sich Deutschland als Nichtnuklearmacht und kontinentale Mittelmacht mit weltweiten Interessen nicht allein behaupten kann« weckt außerdem die Befürchtung, daß Deutschland als »Nichtnuklearmacht« sich die Option offenhalten will, die Durchsetzung deutscher »weltweiter Interessen« im Bündnis mit den Nuklear- und Seemächten der Nordatlantischen Allianz gegenüber all denen zu verfolgen, die sich widersetzen sollten. Gerecht ist eine Weltwirtschaftsordnung offensichtlich nur dann, wenn sie vor allem deutschen Interessen

dient. Um das anderen Völkern plausibel zu machen, müssen sie auch mit militärischen Drohgebärden, einschließlich der Drohung mit atomaren »Schlägen« rechnen.

6 Vgl. Neues Deutschland, 26.11.1998.

Der Kabinettskollege des sozialdemokratischen Verteidigungsministers Scharping, Außenminister Fischer von Bündnis 90/Die Grünen, war in einem Interview auf die Koalitionsvereinbarung eingegangen und stellte die NATO-Doktrin des militärischen Erstschlages zur Disposition.⁶ In der Vereinbarung steht: »Zur Umsetzung der Verpflichtungen zur atomaren Abrüstung aus dem Atomwaffensperrvertrag wird sich die neue Bundesregierung für die Absenkung des Alarmzustands der Atomwaffen sowie zum Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen einsetzen.«

7 Vgl. Neues Deutschland, 22.11. und 9.12.1998.

Damit würde eine militärisch ohnehin unwirksame, politisch aber höchst brisante und die Existenz der Menschheit gefährdende Doktrin endlich beseitigt werden. Ihre Beibehaltung dient nur der Begründung der weiteren atomaren Aufrüstung. Scharping beeilte sich gegenüber seinem amerikanischen Amtskollegen William Cohen, sich vom Außenminister seiner eigenen Regierung zu distanzieren. Beide Verteidigungsminister sind sich einig, den Kern der NATO-Strategie nicht zu ändern. Die USA-Außenministerin bekräftigte: »Wir denken, daß eine Überprüfung nicht notwendig ist und daß wir die richtige nukleare Strategie haben.« Ähnlich äußerten sich auch die Außenminister Frankreichs und Englands.⁷ Auch sie wollen die nukleare Erstschlagsdoktrin beibehalten.

Vor kaum drei Monaten ging die Regierungskoalition noch von anderen Prämissen aus, die sogar in den VPR richtig charakterisiert wurden: »Deutschland liegt nicht mehr in unmittelbarer Reichweite eines zur strategischen Offensive und Landnahme befähigten Staates ... der Widerspruch zwischen schützender nuklearer Abschreckung und der Gefahr, nukleares Schlachtfeld zu werden – hat sich aufgelöst.« Im Abschnitt »Die Risiken« der VPR heißt es: »Für Deutschland ist die existentielle Bedrohung des Kalten Krieges irreversibel überwunden. Der bedrohlichste Fall einer großangelegten Aggression ist höchst unwahrscheinlich geworden.« Der sozialdemokratische Verteidigungsminister kämpft aber wie sein CDU-Vorgänger trotz dieser für Deutschland neuen Sicherheitslage nicht nur um Beibehaltung der Rüstungspläne der vorangegangenen Regierung, sondern fordert sogar eine finanzielle Aufstockung des Verteidigungshaushalts seines vor größten sozialen Problemen stehenden Landes. Nicht genug damit, er tritt weiterhin für die atomare Erstschlagsdoktrin der NATO ein.

8 Vgl. Neues Deutschland, 26.11.1998.

Schon die unbeabsichtigte Tötung oder Verletzung von Zivilpersonen, sogar die Schädigung ihres Eigentums werden vom Kriegsverbrechertribunal in Den Haag als Kriegsverbrechen gewertet. Dem gleichen Gerichtshof zufolge ist auch die Drohung mit Kernwaffen völkerrechtswidrig.⁸ Gegen alle jene Politiker oder Militärs, gleichgültig welcher Nation, die für die Kernwaffenstrategie des atomaren Erstschlages eintreten, müßten eigentlich Strafverfahren eingeleitet werden. Statt an der NATO-Erstschlagsdoktrin festzuhalten, täte Minister Scharping gut daran, für die Beseitigung dieses Relikts des Kalten Krieges einzutreten und dafür zu sorgen, daß die immer noch rund sechzig in Deutschland

stationierten Atomsprengeköpfe abgezogen und verschrottet werden. Warum sagt Minister Scharping nichts zur Aufhebung der VPR?

Selbst in militärischen Kreisen der Bundeswehrhochschule in Bremen wurde kritisch vermerkt, daß in den neunziger Jahren immer öfter deutsche Militärs die außen- und sicherheitspolitischen Ziele der Bundesregierung bestimmen. Wir zweifeln nicht daran, daß Militärs die VPR verfaßt haben. Aber nur sie allein? Sollten nicht auch andere interessierte Kreise dabei die Hand geführt haben? Es fällt schwer zu glauben, daß sich Politik und noch weniger die Wirtschaft ein Diktat von Militärs gefallen lassen würden, wenn es nicht ihrem ureigensten Interesse entspräche. Sehr viel wahrscheinlicher ist, daß die Rüstungsmagnaten die Vorgaben für die VPR gemacht haben. Kohl erklärte bereits am Tag der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 höchst selbstzufrieden: »Wir sind nicht nur nach der Zahl, sondern auch nach allen anderen Dingen das stärkste Land in Europa.« In seiner Regierungserklärung im Januar 1991 wurde er noch deutlicher: »Deutschland hat mit seiner Geschichte abgeschlossen. Es kann sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen.«⁹

Zwei von Deutschland vom Zaune gebrochene Weltkriege in einem Jahrhundert vorbei, abgeschlossen? Deutschland kann sich wieder *offen* zu seiner Weltmachtrolle bekennen! So sah es auch der damalige Stinnes-Chef Kaske, welcher 1990 erklärte: »Nur von einer Position der Stärke in Europa können wir die Weltmärkte erobern.«¹⁰ Im gleichem Sinne äußerte sich der frühere Daimler-Benz-Chef Reuter: »Macht, gar Weltmacht setzt voraus, daß man die wirtschaftlichen Schlüsseltechnologien beherrscht.« Und an anderer Stelle. »Die Weltmärkte werden neu aufgeteilt und wir wollen dabei sein.«¹¹ Weil das gewiß nicht idyllisch ablaufen wird, muß man sich militärisch stark machen. Deshalb stellte Reuter die rhetorische Frage; »Wollen wir wirklich unseren amerikanischen Freunden die Rolle des Weltpolizisten allein auflasten?«¹²

An Deutlichkeit lassen die angeführten Äußerungen von Konzernchefs kaum zu wünschen übrig. Ihr Wort und die von ihnen bestimmten Interessen haben Gewicht. Das um so mehr, als Daimler-Benz der größte deutsche Rüstungskonzern ist und sich anschickt, die Nummer Eins in Europa zu werden. Auch Siemens gehört zur ersten Reihe der Rüstungsunternehmen, hinter denen die Deutsche Bank steht. Diese Kräfte führen den Taktstock und dirigieren die »Marschmusik« für die Außen- und Sicherheitspolitik. Die Realisierung der von ihnen vorgegebenen Ziele überlassen sie Politikern und Militärs vom Schlage des damaligen Generalinspektors der Bundeswehr Klaus Naumann – jetzt im NATO-Hauptquartier –, der Kohls Bekenntnis zu Deutschlands Weltmachtrolle im Sinne »verantwortungsbewußter Machtpolitik« versteht¹³ und für den »nur noch zwei Währungen in der Welt gelten: wirtschaftliche Macht und militärische Mittel, sie durchzusetzen.«¹⁴ Von diesem Geist beseelt, wurde er zum Geburtshelfer der VPR, in denen die gepriesenen »vitalen Sicherheitsinteressen« zur »Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt« im Interesse der Multis und

9 Beide Zitate nach: Bullein, Schmidt, Schneider: Kerneuropa – Keim zur Weltmacht. isw, Report 23, S. 11.

10 Siemens-Mitteilungen 6/90.

11 HB (Halbjahresbericht?) 4.4.90.

12 Vgl. Interview in Der Spiegel vom 28.1.1991.

13 Vgl. Der Spiegel vom 6.4.1992.

14 Vgl. Der Spiegel vom 18.1.1993.

Global-players namens Daimler-Chrysler, Siemens usw. umfunktioniert werden. Für die Chefetagen der Großunternehmen muß die zur Weltmacht aufstrebende Geldmacht Deutschland mit militärischen Mitteln ausgestattet werden. Das ist des Pudels Kern.

15 Zitiert nach Bullein, Schmidt, Schneider, a.a.O., S. 15.

Deutsche Soldaten, so Klaus Naumann, müssen »im Grunde überall einsetzbar sein, wo es deutsche Interessen« gebieten.¹⁵ Out-of-area-Einsatz bedeutet, deutsche Soldaten haben dahin zu gehen und zu kämpfen, wo Monopolinteressen gefährdet sind. Das alles erinnert fatal an die Kanonenbootpolitik des deutschen Kaiserreiches. Trotzdem genießt auch heute noch eine solche Politik allerhöchsten Segen. Bundespräsident Herzog hob in einer Rede vor der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik die Notwendigkeit hervor, den Risiken des totalen globalen Wettbewerbs »vor Ort zu begegnen, [e]he sie zu uns kommen.« Dabei könne man nicht auf »hard power« verzichten, vielmehr müsse man auch bereit sein, »militärische Macht einzusetzen«.¹⁶ Muß man das kommentieren?

16 Bulletin, 15.3.1995, S. 162.

Ganz in diesem Sinne wurde in der Kohl-Ära eine neue Bundeswehr mit neuer Strategie, Struktur und Bewaffnung geschaffen. Deren Wandel von einer auf Verteidigung nunmehr auf Aggression orientierten Truppe kommt besonders in dem 1996 in Calv in Dienst gestellten 1000 Mann starken Kommando Spezialkräfte (KSK) als Teil der Krisenreaktionskräfte (KRK) zum Ausdruck. Das Kommando Calv soll mit seinen Spezialwaffen hinter feindlichen Linien abspringen, gegnerische Kommunikationsnetze zerstören oder militärische Hauptquartiere im Hinterland lahmlegen. Zu seiner Ausbildung gehört das Agieren aus dem Hinterhalt, der Umgang mit Sprengmitteln, das Vorgehen nach Handstreichmanier sowie der Nah- und Häuserkampf. Jede der vier Kommandokompanien ist in Züge gegliedert, wobei der erste Zug auf das Eindringen zu Land, der zweite auf vertikales Eindringen aus der Luft, der dritte für amphibische Operationen und der vierte für den Kampf im Gebirge und unter arktischen Bedingungen spezialisiert ist. Diese Elitesoldaten müssen »höchstintelligent, robust, teamfähig«¹⁷, eben deutsche Krieger sein.

17 Vgl. Truppenpraxis 11/1996.

Das KSK soll nach dem Willen der Bundeswehrführung und des Ministers auch bei rein deutschen Militäroperationen, selbst wenn kein entsprechender Bundestagsbeschluß vorliegt, eingesetzt werden können. Sein Einsatz würde also gleich zweifachen Verfassungsbruch einschließen, weil das Bundesverfassungsgericht (BVG) am 12.7.1994 einen Out-of-area-Einsatz nur im Rahmen »eines kollektiven Sicherheitssystems« und nach mehrheitlicher Zustimmung des Bundestages als verfassungsrechtlich anerkannte.

Die Krisenreaktionskräfte (KRK) innerhalb der Bundeswehr gehen über das KSK hinaus. Nach offizieller Planung sollen die KRK 10 000 Mann umfassen. Diese schnellen Eingreiftruppen bestehen aus hochmobilen, weitgehend luftverlastbaren und jederzeit präsenten Kräften. Das Heer ist mit 25 Prozent, die Luftwaffe mit 30 Prozent und die Bundesmarine mit 40 Prozent ihres Bestandes beteiligt. Ohne auf weitere Einzelheiten der bereits so noch von Rüge forcierten »Reform« der Bundeswehr eingehen zu müssen, zeigt sich, daß hier etwas, weitgehend von der Öffentlichkeit fern-

gehalten und unbeachtet, in Gang gesetzt wurde, das nur als Bildung einer zur Aggression fähigen Truppe bezeichnet werden kann.

Von der Akzeptanz der VPR durch die SPD-dominante Regierung bis zum Entsenden von Kampftruppen ins Ausland ist es nur ein kleiner Schritt. Bereits Mitte November stimmte der Bundestag für den Einsatz der Bundeswehr im Kosovo-Konflikt. Als einzige Partei stimmte die PDS gegen diesen völkerrechtswidrigen Beschluß.

Statt auf nichtmilitärische Komponenten der Lösung von Konflikten zu setzen, bevorzugt offensichtlich auch der neue Minister den Weg militärischen Eingreifens. UNO-Mandate werden offensichtlich als lästige Fesseln betrachtet. Es wird die Frage aufgeworfen, ob die UNO-Charta bei internationalem Einschreiten in innere Krisen der einzige Weg sei, um zu Lösungen im Sinne der Menschenrechte zu kommen. Wieder werden die Menschenrechte strapaziert, während internationales Recht mißachtet wird. Tatsächlich wird in Kosovo erstmalig eine NATO-Aktion ohne Beteiligung der USA gestartet. Und wer neben der wirtschaftlichen Führung in Europa auch die militärische anstrebt, will dabei sein.

Daß entsprechend den VPR die Bundeswehr, insbesondere die KRK, »...mit allen nötigen Komponenten für einen flexiblen Einsatz versehen werden« muß, gilt als selbstverständlich. Für die KRK werden zum Teil völlig neue Waffensysteme, weitreichende Lufttransportsysteme, Mittel der elektronischen Aufklärung und Kampfführung, weltraumgestützte Aufklärungsvarianten, Waffensysteme mit erhöhter Feuerkraft und Gerät höherer Mobilität entwickelt. Zwischen 1996 und 2000 sollen demzufolge die Mittel zur Beschaffung militärischen Großgerätes von rund 6 Mrd. DM im Jahre 1996 auf 9.1 Mrd. im Jahre 2000 steigen.

Der neue Verteidigungsminister Scharping löffelt die Suppe aus, die sein Vorgänger gekocht hat. In einem Interview verwies er darauf, daß er nicht daran denke, das »Eurofighter-Projekt zu stoppen«. Um Mißverständnissen vorzubeugen, setzte er noch hinzu, daß Verträge abgeschlossen seien, »die kann und will ich nicht ändern.« Dieser Unwille richtet sich offenkundig gegen jegliche Forderungen, Beschaffungsprojekte zu stornieren. Noch ein Jahr zuvor hatten auch SPD und Bündnis 90/Die Grünen, neben der PDS, gegen den Beschluß zur Beschaffung von 180 Kampfjets gestimmt. Allein für die 170 Mill. DM für einen Eurofighter könnten u.a. 1800 Ärzte oder Lehrer, 3000 Kindererzieherinnen, Krankenschwestern oder Sozialarbeiter bzw. 3000 bis 4000 ABM-Stellen für ein Jahr finanziert werden. Vergewahrtigt man sich, daß der Abschub nur einer Panzergranate dem Wert einer durchschnittlichen Monatsrente eines Rentners der neuen Bundesländer entspricht, kann man sich vorstellen, was mit diesen im wahrsten Sinne des Wortes verpulverten Summen für humanitäre, soziale und kulturelle Zwecke getan werden könnte. Im Unterschied zur zivilen Produktion ist die Rüstungsproduktion lukrativer, dort werden um das Mehrfache höhere Profite gemacht. Dabei können sich Rheinmetall und Wegmann, die Howald-Werft (HDW) und Thyssen-Nordseewerke, Daimler-Chrysler und DASA usw. der

Förderung des Staates gewiß sein. Nie war der Deal zwischen Politik, Militär und Wirtschaft enger als in der Gegenwart.

Der in der Koalitionsvereinbarung enthaltene Passus, wonach die europäische Rüstungsindustrie in ihrer Exporttätigkeit »einem verpflichtenden Verhaltenskodex« unterworfen wird, kann kaum mehr als ein müdes Lächeln hervorrufen. »Immerhin exportiert Deutschland – ohne den Umweg über andere EU-Staaten – Großwaffen im Wert von rund drei Milliarden Mark pro Jahr. Dazu kommen Dual-use-Güter, also zivil wie militärisch nutzbare Produkte, für zehn Milliarden Mark. Unbekannt ist die Höhe der immateriellen Leistungen, also von Know how oder Ausbildungshilfen. Bislang unterstützten auch SPD-Politiker selbst strittige Waffenexporte mit dem Argument der Arbeitsplatzsicherung. Bundeskanzler Gerhard Schröder beispielsweise hatte als niedersächsischer Premier Lobbyarbeit für U-Boot-Exporte in die dritte Welt betrieben.«¹⁸

18 Vgl. Neues Deutschland, 9.12.1998.

Das »Argument«, Rüstungsproduktion schaffe Arbeitsplätze, stellt die Tatsachen auf den Kopf. Tatsächlich werden hier im Durchschnitt zwei- bis dreimal weniger Arbeitsplätze benötigt als in der zivilen Produktion. Rüstungsproduktion vernichtet Arbeitsplätze.

Es ist kaum zu glauben, daß in der Koalitionsvereinbarung unter dem Abschnitt »Menschenrechtspolitik« steht: »Die Koalition unterstützt aktiv die Bemühungen um den Zusammenschluß der europäischen Luft- und Raumfahrtindustrie.« Diese Stärkung der Raum- und Luftfahrt ist ein kaum zu überbietender Kotau der rot-grünen Regierung vor der Rüstungsindustrie, besonders vor dem größten deutschen Rüstungskomplex Daimler-Chrysler mit der DASA. Er ist zugleich die verklausulierte Zustimmung zum Eurofighter und Rückendeckung für die deutsche Rüstungsindustrie, die zur Nummer Eins in Europa werden will. So erfolgt die Unterstützung ihres Konkurrenzkampfes mit der US-amerikanischen Rüstungsindustrie und um neue Exportmärkte. Für Verteidigungsminister Scharping gilt aber: »Angesichts weltweiter Firmenzusammenschlüsse bei gleichzeitiger Globalisierung der Märkte bleibt der Erhalt unverzichtbarer Kernfähigkeiten in einer wettbewerbsfähigen, konsolidierten, europäischen Rüstungsindustrie ständige Aufgabe.«¹⁹

19 Zitiert nach Thesen von Tobias Pflüger auf dem Friedenspolitischen Ratsschlag in Kassel 1998.

Mit anderen Worten: In einer von den Multis beherrschten Weltwirtschaft verlangt die Sicherung von Kapitalinteressen Militär, wozu Rüstungsproduktion unerlässlich ist. Da möchten auch die europäischen Rüstungsgiganten mit von der Partie sein, und die deutschen Waffenschmieden wollen an der Spitze rangieren.

Von den Experten der Bundeswehr werden die Beschaffungswünsche vorrangig mit allgemeinen Fortschritten der Rüstungstechnologie und den Gefahren ihrer Weiterverbreitung begründet. Man kann sich nur schwer des Eindrucks erwehren, daß hier ein mit der Industrie vereinbartes Szenario über die Bühne geht. Die an der Rüstung profitierenden Unternehmen sind es, die aus Gründen der Kostenminimierung auf einen sich vergrößernden Markt hinwirken und dabei selbst potentielle Gegner mit dem modernsten Tötungsinstrumentarium beliefern. Daraus wird dann wieder der

Schluß abgeleitet, man müsse selbst besser gerüstet sein, die eigene Armee müsse mit moderneren Waffen und allem was dazugehört, ausgestattet werden. Danach werden auch diese Waffen exportiert, und das Ganze beginnt wieder von vorn.

Die Floskeln vom Verhaltenskodex und dem restriktiven Handhaben des Rüstungsexports sind nur eine Neufassung der unter der Kohl-Regierung verbreiteten Phrasen und bewirken bisher nichts. Laut Koalitionsvereinbarung soll im Laufe von zwei Jahren eine Wehrstrukturkommission Auftrag, Umfang und Ausrüstung der Bundeswehr überprüfen. Bis dahin bleibt alles wie gehabt. Die Beschaffungen laufen weiter, der Umbau der Bundeswehr zu einer Aggressionsarmee geht weiter, die Militarisierung der deutschen Außenpolitik kann fortgesetzt werden. Nach Ablauf der vorgesehenen Frist für die Arbeit der Kommission sind dann alle Messen gelesen.

Die Passagen der Koalitionsvereinbarung zur Außen- und Sicherheitspolitik der seit Herbst 1998 amtierenden rot-grünen Bundesregierung sind durchaus akzeptabel. Im einzelnen ist dort festgelegt:

- Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik. Sie ist als Beitrag zur globalen Zukunftssicherung zu entwickeln.
- Die Fähigkeit der EU zur zivilen Konfliktregelung ist zu steigern.
- Die NATO ist jenseits der Bündnisverteidigung an die Normen und Standards von UNO und OSZE zu binden.
- Die Bundesregierung ergreift Initiativen, die die rechtliche Basis der OSZE stärken.
- Kontrollierte Abrüstung der ABC-Waffen und vollständige Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen.
- Präventive Rüstungskontrolle.
- Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen.
- Die Bundesregierung wird sich mit Nachdruck um die Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen und ihre Prävention bemühen.²⁰

Das alles könnten Ansätze einer erfolgversprechenden Außen- und Sicherheitspolitik sein. Außenminister Joschka Fischer stellte im Sinne der Regierungsvereinbarung die NATO-Erstschlagsdoktrin mit Atomwaffen zur Disposition.

In der praktischen Politik der Bundesregierung seit der Übernahme der Amtsgeschäfte wurde jedoch bereits mehrfach gegen die angeführten Absichten verstoßen, was die angekündigte Kontinuität der Politik der neuen Bundesregierung gegenüber ihrer Vorgängerin nur allzu deutlich als direkte Fortsetzung der Außen- und Sicherheitspolitik des Kohlschen Kabinetts sichtbar macht. Folgende Fakten belegen das:

- Die Umwandlung der Bundeswehr in eine zur Aggression befähigte Truppe wird fortgesetzt. KRK und KSK werden auf Out-of-area-Einsätze getrimmt. Verbunden damit werden durch Selbstmandatierung die UN unterhöhlt, Völkerrecht und Verfassung der BRD gebrochen.
- Die Bundeswehr bleibt in der gegebenen Stärke existent. Sie wird weiterhin modernisiert, was die Aufrechterhaltung der geplanten Beschaffungsprogramme einschließt.

20 Bundeskanzler Schröder am 23.11.1998 vor dem Diplomatischen Corps.

- An der atomaren Erstschlagsdoktrin will Bundesverteidigungsminister Scharping festhalten.
- Die Bundesregierung stimmte dem ohne UNO-Mandat geplanten NATO-Militäreinsatz in Kosovo zu.
- Die Entscheidung, die Bundeswehr an der Eingreiftruppe der NATO in Mazedonien zu beteiligen und sich am Schutz der OSZE-Beobachter zu beteiligen, ist Bruch des Völkerrechts. Auch der Einsatz von Bodentruppen wird nicht ausgeschlossen. Der Bundesverteidigungsminister sagte in diesem Zusammenhang: »Die Hoffnung auf friedliche politische Lösung darf nicht die einzige Grundlage unseres Handelns sein.«
- Die Zustimmung der Bundesregierung zu völkerrechtswidrigen Luftangriffen der USA und Großbritanniens und deren Agieren in den ebenso völkerrechtswidrig bestimmten Flugverbotszonen im Irak ist Duldung und Förderung einer Aggression.

So sieht die Bilanz der rot-grünen Sicherheitspolitik nach vier Monaten aus. Die innere Widersprüchlichkeit der Militär- und Sicherheitspolitik wurde schon vor Regierungsübernahme erkennbar, als Schröder erklärte, die Kontinuität bisheriger Politik wahren zu wollen und Verteidigungsminister Scharping dieses Amt nur übernahm, wenn der Verteidigungshaushalt nicht gekürzt wird. Diese Außen-, Militär- und Sicherheitspolitik ist janusköpfig.

In Fortsetzung der von Rüge vorgegebenen Verteidigungspolitik schlägt sich Scharping auf die Seite jener Politiker der SPD, die schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts die antimilitaristischen Positionen der SPD seit Bebel vergaßen. Erinnert sei an den August 1914, als eine SPD-Minderheit im Reichstag gegen den Krieg stimmte. Am 2. Dezember 1914 votierte nur noch einer der sozialdemokratischen Abgeordneten gegen die Kriegskredite, Karl Liebknecht. Den entbrannten Weltkrieg charakterisierend, schleuderte er den im nationalistischen Taumel befindlichen Reichstagsabgeordneten zu: »Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, um die Beherrschung des Weltmarktes, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital. Der Krieg ist kein deutscher Verteidigungskrieg. Sein geschichtlicher Verlauf und sein Charakter verbieten, einer kapitalistischen Regierung zu vertrauen, daß der Zweck, für den sie die Kräfte fordert, die Verteidigung des Vaterlandes ist.«²¹

Geradezu frappierend erinnert Scharpings Verhalten an SPD-Minister, die am 10. August 1928 für die erste Rate zum Panzerkreuzerbau stimmten. Es waren Hilferding, Severing und Wissel. Vor der Abstimmung lautete eine Losung der SPD noch: »Kinder- speisung statt Panzerkreuzer.«

Deutschland hätte einen Verteidigungsminister nötig, der sich Karl Liebknecht zum Vorbild nähme. Der von Scharping eingeschlagene Weg ist nicht der, den die Wähler mit der Abwahl von Kohl/Kinkel erhofften.

Aus alledem ergibt sich für die Friedensbewegung, in ihren Anstrengungen, deutsche Außen- und Sicherheitspolitik wirklich zur Friedenspolitik zu machen, nicht nachzulassen. Im Mittelpunkt ihrer verstärkten Anstrengungen müssen die Forderungen stehen:

21 Vgl. Neues Deutschland, 3./4.12.1998.

Erstens: Kontinuierliche Senkung des Rüstungshaushaltes. Bei der immer wieder beteuerten schwierigen Finanzlage des Bundeshaushaltes ist hier eine der entscheidenden Quellen, um Mittel für den dringenden sozialen Bedarf freizusetzen.

Zweitens: Die Senkung der Ausgaben für den Verteidigungshaushalt muß verbunden sein mit der Stornierung des Eurofighterprojekts und ähnlicher Projekte sowie einschließen, keinerlei Unterstützung und Förderung der Rüstungsindustrie zu gewähren. Schließlich gehört ebenso ein generelles Verbot des Exports von Kriegswaffen und Dual-use-Gütern dazu.

Drittens: Die VPR sind zu annullieren. Die Bundeswehr ist ausschließlich auf Verteidigung zu orientieren, KSK und KRK werden aufgelöst. Die Bundesregierung lehnt die atomare Erstschlagsdoktrin ab und wird sich innerhalb dieses Paktes für ihre Beseitigung einsetzen.

Viertens: Die Bundesregierung sorgt unverzüglich für die quantitative und qualitative Abrüstung. Sie tritt konsequent für das Verbot der Atomwaffen ein und veranlaßt den Abzug der noch auf deutschem Territorium stationierten 60 Atomsprengköpfe.

Fünftens: Abschaffung der Wehrpflicht und schrittweise Verkleinerung der Bundeswehr.

Sechstens: Die Bundesregierung wird künftig ausschließlich für die friedliche Lösung nationaler und internationaler Konflikte eintreten, sich für friedliche Krisenprävention einsetzen und keinerlei militärischen Einsatz der Bundeswehr, ausgenommen im Verteidigungsfall, veranlassen oder gestatten.

Im trafo verlag
dr. wolfgang weist, Berlin
(Fax: 030/56701949; E-Mail:
trafoberlin t-online. de),
erschien von Ingomar Klein
und Wolfgang Triebel:
»Helm ab zum Gebet!«
Militarismus und Militarisie-
rung – ein deutsches
Schicksal?, 258 S., zahlrei-
che Abbildungen, 44,80 DM,
ISBN 3-89626-139-8

KARL HARMS

Die »russische Krise«. Ursachen und Wirkungen

Im Zusammenhang mit der neuerlichen russischen Finanzkrise vom August 1998 erschienen in der Presse mehrere beachtenswerte Artikel zu deren Ursachen und Auswirkungen. In ihrem analytischen Teil konzentrieren sich diese fast ausschließlich auf Fehler und Versäumnisse der letzten Jahre und schenken dem Beginn des Übergangs von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft wenig Beachtung. Bei einem aufmerksamen Rückblick auf das Ende der »Perestrojka« und die Anfänge der Jelzin-Ära wird jedoch deutlich, daß die eigentlichen Ursachen der inzwischen permanenten russischen Krise in dieser Übergangsphase liegen. Bereits der *Beginn* des Übergangs zur Marktwirtschaft entsprach nicht den damals vorherrschenden Bedingungen. Genauer: *Das Grundübel der Übergangsphase von der Plan- zur Marktwirtschaft bestand in der Radikalität und Planlosigkeit, mit der der angezielte Umbruch vollzogen werden sollte!*

Karl Harms – Jg. 1935;
Dr. sc., Oberst a.D.
Militärwissenschaftler,
war Lehrstuhlleiter an der
Militärakademie in Dresden,
hat in der Sowjetunion
studiert und mehrere Jahre
dort gelebt.

Den überhasteten und planlosen »Reformen« lag eine Reihe ideologischer Überzeugungen zugrunde, die zum Ausgangspunkt für wirtschaftspolitische und methodische Fehlentscheidungen bzw. Versäumnisse wurden.

Breite Schichten der sowjetischen Bevölkerung haben im Verlauf der »Perestrojka«, die so hoffnungsvoll begonnen hatte, den Glauben an die Reformierbarkeit des bestehenden Systems verloren. Die zu Beginn der Umgestaltung verkündete Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung hatte nicht stattgefunden. Die Art und Weise, wie die Gesellschaft »demokratisiert« wurde, destabilisierte – keineswegs unerwartet – die bestehenden politisch-administrativen und wirtschaftlichen Strukturen, aber sie mündete auch in weit verbreitete politische Orientierungslosigkeit. Der Unmut über die hartnäckigen Mängel des »real existierenden Sozialismus« entwickelte sich schließlich zu einer Abwehrhaltung gegenüber jeder Form sozialistisch gefärbter Phraseologie – das Mißtrauen gegenüber Aufrufen, Appellen und Versprechungen wuchs unaufhörlich.

Die alltäglichen Erfahrungen mit einem erstarrten, reformfeindlichen System führten schließlich dazu, daß die sozialistische Idee an sich diskreditiert und später in opportunistischer Weise verleumdet wurde; und dies auch von Leuten, die sich früher als Gralshüter dieser Idee aufgespielt haben. Die massenhafte Abwendung vom Ideal einer sozialistischen Gesellschaft war – so tragisch dies auch erscheinen mag – die eigentliche Ursache für die überstürzt eingeleitete, radikale Umstrukturierung der sozialökonomischen Verhältnisse in der Sowjetunion bzw. in Rußland.

Eines der großen Verdienste der »Perestrojka« war die Abrechnung mit dem Stalinismus als einem spezifischen Staatstyp. Dies provozierte jedoch auch Gegenreaktionen von ideologischen Strömungen, die sich bereits in der Breshnewzeit herausbildeten und deren Kernaussagen – zugespitzt – darin bestanden: »Wir brauchen wieder einen Führer vom Schlage Stalins, der endlich Ordnung schafft. An den meißten unserer Mißstände sind die Juden als Teil einer internationalen imperialistischen Verschwörung schuld«. Eine mehr oder weniger geschickt »getarnte« Variante dieser Position wurde im berühmt-berüchtigten Brief von Nina Andrejewa an die Zeitung »Sowjetskaja Rossija« im Sommer 1988 publiziert. Die Kontroversen um diesen Brief bildeten den Höhepunkt der ideologischen Auseinandersetzungen zwischen »Reformern« und »Konservativen«. Aus Angst vor einer stalinistischen Revanche verbündeten sich in dieser Zeit breite Teile der sowjetischen Intelligenz – oft unbewußt – mit den in der Regel noch verdeckt tätigen antisozialistischen Strömungen. Im Volksmund und im Politestablishment wurde dieser sich herausbildende politische Flügel als »Demokraten« etikettiert.

Im Zuge der wachsenden politischen Polarisierung der Gesellschaft entstand nunmehr eine scheinbar paradoxe Situation. Die Kommunisten gerieten, nicht ohne Grund, in den Ruf des Konservativismus. Dagegen konnten die »Demokraten« für sich die Anziehungskraft kühner Ideen verbuchen (z.B. das »500-Tage-Programm«) und erzielten mit antiautoritären Losungen einige Wirkung (z.B. »Alle Macht den Sowjets!«). Zudem gab ihnen die Abfolge der Ereignisse die Möglichkeit, den Heiligenschein des Märtyrertums und den Ruf als konsequente Verteidiger von Glasnost und Demokratie zu vereinnahmen. Sie wurden von der breiten Öffentlichkeit als die Träger des Fortschritts empfunden, zumal sie sich damals noch eines sozialistischen Vokabulars bedienten.

Diejenigen, die die Notwendigkeit tiefgreifender Reformen bejahten, jedoch nicht bereit waren, ihre sozialistischen Ideale aufzugeben, hatten nur einen geringen Einfluß auf die öffentliche Meinungsbildung. Denn noch waren die Grenzen der politischen Lager unscharf. Viele »demokratische Sozialisten« hingen (und hängen auch heute noch) aus Tradition an der Kommunistischen Partei oder verloren sich in der Vielzahl der sich neu bildenden Parteien und Bewegungen. Sie hatten (und haben bis heute) keinen charismatischen Wortführer und keine überzeugenden Alternativkonzepte.

Bekanntlich wurde das Land 1991 von einem verfassungsfeindlichen Umsturzversuch durch eine Gruppe sowjetischer Spitzenfunktionäre erschüttert. Dieses Ereignis veränderte das bereits labile Kräfteverhältnis entscheidend: Die Verfechter einer Umgestaltung in Richtung demokratisch sozialistischer Vorstellungen gerieten auf allen Ebenen in die Minderheit. Bei all seiner Wichtigkeit für den Selbstfindungsprozeß des Landes dominierte diese Auseinandersetzung zwischen »Reformern« und »Konservativen« die politische Situation über mehrere Jahre derart, daß fundamentale Fragen der ökonomischen Reformen und der Gestaltung eines modernen Rechtsstaates zu oft aus dem Blickfeld der Akteure gerieten.

»Wo aber sind die wirklichen Ursachen der jüngsten Ereignisse in Rußland? ... Um dies zu beantworten, sind vor allem die Mythen und die dahinter liegenden Ideologien zu entschleiern, die seit mehr als sieben Jahren die Ereignisse in Rußland vernebeln: der Mythos von der Privatisierung, der Mythos von dem Übergang zur Marktwirtschaft, der Mythos von der Reform und der Mythos vom sowjetischen Staat sowie vom sowjetischen Erbe als Hauptfeind und Haupthemmnis von Reformen.«
M. Brie/D. Rosenberg:
Die Krise war vorhersehbar und vermeidbar, in: Neues Deutschland vom 4. September 1998.

»Die einzige Chance eine Konfrontation in der Gesellschaft zu vermeiden, die territoriale Einheit des Landes zu bewahren, die Anfänge der Marktwirtschaft und der politischen Demokratie zu sichern, ist die Einheitlichkeit der Handlungen der Regierung, der Duma und des Föderationsrates, die Unterstützung durch den produzierenden Wirtschaftssektor und einflußreiche politische Kreise.«
J. Masljkow (Stellvertreter des Vorsitzenden der Regierung der RF) in einem Interview, in: Wek, 46/98.

»In Rußland ist der weitgehend parasitäre und spekulative Überbau der Gesellschaft in die Krise geraten. Der Staat, unfähig oder unwillig, von der Finanzoligarchie die fälligen Steuern einzutreiben, hatte sich seit 1996 gleichzeitig gezwungen gesehen – zu Zinsraten von über 200 Prozent – von dieser Oligarchie Geld zu borgen. Von 1996 bis 1998 stieg der Anteil, den der Schuldendienst am Staatshaushalt ausmacht, von 2 auf 30 Prozent. Die Finanzgruppen borgten sich auf den internationalen Märkten zu niedrigen Zinssätzen jene Geldsummen, mit denen sie die russischen Staatsanleihen kauften. Nun ist der Staat unfähig, den Schuldendienst von 40 Milliarden zwischen Juni und Dezember 1998 (mehr als die gesamten Staatseinnahmen) zu bedienen. Und die Banken wiederum können ihre westlichen Gläubiger nicht mehr bezahlen. Die aktuelle Krise ist also die Krise einer parasitären Finanzpyramide.«
M. Brie/D. Rosenberg:
Die Krise war vorhersehbar und vermeidbar, in:
Neues Deutschland vom
4. September 1998.

In dem Maße, wie das Bildungs- und Kulturniveau der sowjetischen Bevölkerung wuchs, intensive Kontakte zur übrigen Welt entstanden, empfanden viele Bürger die Einschränkung elementarer ziviler Rechte und Freiheiten als quälend und unwürdig. Diese ideologisch motivierten Einschränkungen wurden noch überlagert von den Idiotien der sowjetischen Bürokratie und einem absurden Sicherheitsdenken innerhalb des KGB. Die Menschen wollten raus aus der realen und zum Teil vermeintlichen Enge der sowjetischen Gesellschaft. Hinzu kam die undifferenzierte Wahrnehmung des kapitalistischen Westens als Synonym für Freiheit und Wohlstand und als einzige Alternative zur bisherigen gesellschaftlichen Ordnung. Eine derart unkritische Sicht führte zur Geringschätzung eigener Potenzen, Fähigkeiten und Errungenschaften und förderte positive Erwartungshaltungen gegenüber schnellen und radikalen Veränderungen.

Die mit der »Perestrojka« einsetzende Diskussion über Mittel und Wege dringend notwendiger ökonomischer Reformen kreiste im Kern um die Marktwirtschaft. Dabei zeichneten sich, vor allem nach den ökonomischen Mißerfolgen der »Perestrojka« Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre, zwei Haupttendenzen ab.

Die erste Tendenz äußerte sich in der Betonung der Notwendigkeit eines längerfristigen Übergangsprozesses zu einem regulierten marktwirtschaftlichen System, an dessen Beginn die volle Ausschöpfung der Möglichkeiten des überkommenen Wirtschaftssystems stehen sollte. Die zweite Tendenz mündete in der Forderung nach einer möglichst schnellen und radikalen »Einführung« der Marktwirtschaft. Die Verfechter eines schnellen und radikalen Übergangs übersahen dabei jedoch die Notwendigkeit einer mehr oder weniger langen Zeit des Übergangs, der gerade in der Sowjetunion – wie in keinem anderen sozialistischen Staat – erforderlich war. Statt Vorsicht dominierte der primitive Glaube an die Allmacht des Marktes, der – wenn er erst einmal Fuß gefaßt hat – sich selbst regulieren würde.

Nach langem Zögern und Taktieren entschied sich Gorbatschow für den radikalen Weg, indem er öffentlich das damals heftig diskutierte »500-Tage-Programm« unterstützte und damit das von der Regierung Ryschkow auf den Weg gebrachte langfristige Reformkonzept dem Untergang preisgab. Die aus der Stalinzeit übernommene besondere Stellung des Generalsekretärs der KPdSU begünstigte die Passivität des sowjetischen Staats- und Parteiapparats, der sich ohne größeren Widerstand von der theoretischen und öffentlichen Auseinandersetzung weitgehend zurückzog. Die Oberhand gewannen endgültig die Anhänger schneller und radikaler Strukturveränderungen – die sogenannten »Radikalreformer«.

Zu dieser Zeit war die irrige Annahme weit verbreitet, es könnten Erfahrungen und Modelle des Westens konfliktlos und vor allem in kürzester Zeit übernommen bzw. kopiert werden. Erst später wurde klar, wie vielfältig und unterschiedlich marktwirtschaftlich-kapitalistische Gesellschaften weltweit ausgeprägt sind. Das betraf sowohl die »westlichen« Modelle parlamentarischer Konkurrenzdemokratie als auch die Funktionsprinzipien des Parteiensystems, die Art und Weise der Gewaltenteilung sowie die sozialen Sicherungssysteme.

Eine weitere, nicht zu unterschätzende Triebkraft für die Radikalisierung des Übergangsprozesses bestand darin, daß ein zunehmender Teil der Partei- und Staatsfunktionäre versuchte – angesichts der immer offensichtlicher werdenden Kardinalprobleme –, aus dem Diktat des überzentralisierten administrativen Kommandosystems zu entkommen. Um die Verwirklichung der eigenen Karriereinteressen (und sozialen Sicherungsansprüche) zu erreichen, nahmen einige von ihnen alles in Kauf; am Ende sogar den Zerfall der Sowjetunion und das Verbot der KPdSU. Der Zerfall bisher herrschender Strukturen und Hierarchien eröffnete für so manchen Funktionär oder höheren Verwaltungsangestellten ungeahnte Möglichkeiten politischen Karriere und/oder zur persönlichen Bereicherung. So erwies sich der »neue« Staats- und Wirtschaftsapparat schon nach kurzer Zeit als weitaus korrupter und ineffektiver als der geschmähte und zu Recht kritisierte sowjetische Staatsapparat.

Die fehlgeschlagene Umgestaltung unter Gorbatschow, die völlig überstürzte Auflösung des RGW, der beginnende Zerfall des arbeitsteilig hoch spezialisierten sowjetischen Wirtschaftsraumes, die Kämpfe in den oberen Machttagen um ideologische Dogmen, Posten und Privilegien und die Hast, mit der unter Jelzin begonnen wurde, die staatliche Planung und Leitung der Volkswirtschaft zu zerstören, begünstigten im Zeitraum von etwa 1990 bis 1992, als die Sowjetunion in die GUS »umgebildet« wurde, eine Reihe schwerwiegender Versäumnisse bzw. Fehlentscheidungen. Die Folgewirkungen dieser grundsätzlichen Versäumnisse und Fehlentscheidungen sind nicht zuletzt verantwortlich für die schon nach kurzer Zeit massiert auftretenden Krisenerscheinungen des russischen Staates, der Ökonomie, des Finanzwesens und der Sozialpolitik. Keine der später getroffenen halbherzigen Korrekturen konnte daran wesentliches ändern.

Wirtschaftsreformen zwischen Wunschenken und Wirklichkeit

Bekanntlich gehen die ersten grundlegenden Reformversuche in der Sowjetunion auf den Anfang der sechziger Jahre zurück. Diese vorsichtigen Anfänge brachten damals einen beachtlichen wirtschaftlichen Aufschwung. Leider wurden sie von der überwiegend konservativen – an der Aufrechterhaltung des status quo interessierten – Staats- und Parteibürokratie gebremst und schließlich, mit stiller Billigung Breshnews, des Generalsekretärs der KPdSU, zu Grabe getragen. In den folgenden rund zwanzig Jahren wirtschaftlicher Stagnation hat die Sowjetunion in entscheidenden Bereichen der wissenschaftlich-technischen Revolution den Anschluß verloren – insbesondere im Bereich der Computerisierung von Verwaltung und Wirtschaftslenkung, bei der Entwicklung und Anwendung ressourcensparender Technologien und bei der Produktionssteigerung in der Landwirtschaft. Aus dieser »Vorgeschichte« wird bereits deutlich, wie problematisch die wirtschaftspolitische Situation am Anfang der von Gorbatschow initiierten Umgestaltung war.

Mit Beginn der »Perestrojka« wurde die theoretische Arbeit zu einer fundamentalen Umgestaltung der sowjetischen Volkswirtschaft verstärkt. In der sowjetischen Führungsspitze herrschten dazu allerdings keine einheitlichen Auffassungen. Gorbatschow

»Trotz Tendenzen verstärkter Korruption hatte sich der sowjetische Partei- und Staatsapparat in seinem Kern an bestimmte Regeln und Normen gehalten. Dazu gehörte eine bestimmte soziale Verantwortung. Er war kontrollierbar bis zum Ende. Er hätte unter anderen ideologischen Vorzeichen neu ausgerichtet werden können. Ansonsten hätte er sich nicht durch die Perestrojka derart diszipliniert entmachten lassen.«

M. Brie/D. Rosenberg:
Die Krise war vorhersehbar und vermeidbar, in:
Neues Deutschland vom
4. September 1998.

»Rußland ist eigentlich kein Schuldner im Westen, sondern Kapitalnettoexporteur. Aber dieses Kapital ist privat buchstäblich gestohlen, während die Schulden ganz selbstverständlich dem Staat zugerechnet werden.«
M. Brie/D. Rosenberg:
Die Krise war vorhersehbar und vermeidbar, in:
Neues Deutschland vom
4. September 1998.

1 Vgl. L. Abalkin: Zickzack des Schicksals, Moskau 1996, S. 35.

»Das Kapital der ›Neuen Russen‹ tauchte ... im Westen auf, als in der UdSSR die Binnekonvertierbarkeit des Rubels eingeführt, die Valutabörse gegründet und das staatliche Außenhandelsmonopol abgeschafft wurden.«
Z. Medwedew:
Herbst in Rußland, in:
Neues Deutschland vom
12. November 1998.

selbst besaß kein klar formuliertes Konzept für die ökonomische Umgestaltung. Das war einer der Hauptgründe dafür, daß in den Jahren der »Perestrojka« eine wirtschaftspolitische Kampagne die andere ablöste. Alles war schlecht vorbereitet und wurde nur inkonsequent durchgesetzt – zum Teil mit negativen Sofortwirkungen. Die Versorgung der Bevölkerung verschlechterte sich zusehends.

Erst im Frühjahr 1990 legte die Regierung Ryschkow ein klares Programm zur einer umfassenden Wirtschaftsreform vor, dessen Umsetzung durch das vorhandene Potential an hochqualifizierten Kadern als gesichert gelten konnte. Vorgesehen war der Übergang von einer streng zentralisierten Planwirtschaft zu einer Wirtschaft mit starken marktwirtschaftlichen Elementen innerhalb eines Zeitraumes von mindestens sechs Jahren in drei Transformationsetappen.¹ Dieses Programm war aber zu diesem Zeitpunkt politisch bereits nicht mehr durchsetzbar. Zu groß war bereits der Vertrauensverlust, zu stark die Opposition und zu einflußreich die politischen Kräfte, die – vor allem auch in Rußland selbst – für eine Souveränität der nichtrußländischen Sowjetrepubliken eintraten. Im September 1990 stimmte der Oberste Sowjet Rußlands für das abenteuerliche »Programm der 500 Tage«. Wenig später fand der schon erwähnte Augustputsch 1991 statt. Er provozierte und begünstigte – unabhängig von den Absichten seiner Initiatoren – den endgültigen Zerfall der Sowjetunion und die Entscheidung für die »Schockvariante« ökonomischer Umgestaltung. Die »Perestrojka« endete mit einem wirtschaftspolitischen Debakel.

Noch zu Sowjetzeiten, in Verantwortung des Regierungschefs Ryschkow, wurden marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsmechanismen erprobt, die aber aufgrund des Fehlens entscheidender Voraussetzungen und Rahmenbedingungen gescheitert sind. Mehr noch, diese ungenügend vorbereiteten, aber sehr breit angelegte »Experimente« haben die angeschlagene sowjetische Wirtschaft weiter destabilisiert. Ein markantes Beispiel dafür stellt die 1988 von der Regierung beschlossene Zulassung einer neuen Art von Genossenschaften (russ. »Kooperativy«) dar. In der Realität war das der erste Versuch der Einführung von Privatbetrieben. Man erhoffte sich damit verbesserte Dienstleistungen und das schnelle Schließen von Versorgungslücken im Bereich der »tausend kleinen Dinge«.

Den »Kooperativy« wurde gestattet, die Preise für ihre Waren und Dienstleistungen selbst zu bestimmen. Wie erwartet, nutzten sie sehr bald die bestehenden Marktlücken, jedoch vor allem solche, bei denen sie die enorme Differenz zwischen den staatlich gestützten und den freien Preisen zu ihrem Vorteil ausbeuten konnten. Im Ergebnis verschwanden aus den staatlichen Geschäften binnen kürzester Zeit fast alle subventionierten Lebensmittel und ein Teil der Industriewaren, um kurze Zeit später zu wesentlich höheren Preisen auf dem »freien Markt« wieder aufzutauchen. Die Genossenschaften erschlossen rasch Wege für die Nutzung staatlich subventionierter Grundmittel (Gebäude, Maschinen, Anlagen) und staatlicher Billigpreise für Elektroenergie, Wasser, Heizung und Rohstoffe. Sie wurden zu Umschlagplätzen für den illegalen Handel mit defizitären Halbfabrikaten und technischen Artikeln (z.B. Baustoffe, Sanitärtechnik, Elektrotechnik), die von den Staatsbe-

trieben abgezweigt wurden – abgezweigt werden mußten, weil es keinen marktorientierten Großhandel gab.

Als verheerend erwies sich der den Genossenschaften erlaubte uneingeschränkte Bargeldverkehr. Für alle Staatsbetriebe galt damals noch immer eine strenge Finanzdisziplin und die Pflicht, alle wesentlichen Verrechnungen bargeldlos abzuwickeln. Nun wurden rein buchhalterische Möglichkeiten gefunden, einen Teil des »Buchgeldes« über die Genossenschaften in Bargeld umzuwandeln. Diesen Vorzug bestand darin, daß damit Vorprodukte zu staatlich gestützten Preisen erworben werden konnten, während die Erzeugnisse zu »freien« Preisen abgesetzt wurden. Das Ergebnis manifestierte sich im verdeckten Bargeldabfluß aus den Staatsbetrieben, in der Nutzung der Genossenschaften zur »Geldwäsche« vor allem durch die Schattenwirtschaft, in der Tarnung von Diebstählen am Volkseigentum und im baldigen Ausverkauf teurer Industriewaren. Die bis dahin strenge Überwachung der umlaufenden Geldmenge konnte unter diesen Umständen nicht mehr gewährleistet werden. Nicht zuletzt wurden dadurch die bereits im »Realsozialismus« angestauten Inflationspotentiale freigesetzt. Verschärfend trat hinzu, daß der Staat zu diesem Zeitpunkt besaß kein Steuersystem, das auf marktwirtschaftliche Erfordernisse ausgerichtet war. Die Genossenschaften zahlten – wenn überhaupt – dann bestenfalls nur symbolische Steuern.

Da die Schaffung der Voraussetzungen für eine funktionierende Marktwirtschaft (Veränderungen der Eigentumsformen, marktgerechtes Finanzsystem, marktorientierter Großhandel, Steuersystem, Gesetzgebung, Preisregulierung u.a.m.) einen längeren Zeitraum benötigt hätte, wäre es sicherlich zunächst sinnvoll gewesen, mit der Zulassung eines *bewußt begrenzten Sortiments* kleiner und kleinster privater Unternehmen zu beginnen, die Dienstleistungen für die Bevölkerung und vor allem auch für landwirtschaftliche Betriebe bereitgestellt hätten. Daraus hätten sich Keimzellen einer funktionierenden und vor allem auch produktiven Privatwirtschaft entwickeln können, die für eine gewisse Übergangszeit parallel zur immer noch vorrangig staatlich geplanten und gelenkten Wirtschaft existierten.

Notwendig wäre also ein behutsamer Übergang zu marktwirtschaftlichen Strukturen gewesen, die sich den russischen Bedingungen und Besonderheiten fließend angepaßt hätten. Hauptaufgabe des Staates wäre es in diesem Fall, günstige Rahmenbedingungen zu schaffen und die über Jahrzehnte gewachsenen staatlichen Wirtschaftsstrukturen mit einem Minimum an sozialen Erschütterungen schrittweise zu dezentralisieren und in neue Eigentumsformen zu überführen.

Bei einer solchen Herangehensweise hätte es durchaus gelingen können, daß in Rußland ein spezifisches Wirtschaftsmodell entsteht, das die positiven Elemente gesteuerter (sozialistischer) Wirtschaftsentwicklung mit der Effizienz marktwirtschaftlicher Systeme sinnvoll verbunden hätte.

»Statt dessen hat der 1992 unternommene Versuch, die Reform extrem zu beschleunigen und ihre natürliche Logik zu umgehen, den Lauf der sozialökonomischen Entwicklung des Landes ernsthaft zurückgeworfen. Dieser Versuch, der sich kaum auf ökonomi-

»Die Ziffern über das Ausmaß der Kapitalflucht aus Rußland variieren sehr stark... Die Angaben schwanken zwischen 240 und 600 Milliarden Dollar. Eine exakte Berechnung ist unmöglich, denn ein bedeutender Teil des Ex- und Imports von Devisen läuft illegal ab und wird weder von russischen noch von ausländischen Finanzdiensten registriert. Die Mehrzahl der russischen Banken bewahren ihre Devisenreserven im Ausland auf. Etliche russische Exporteure belassen ihre Deviseneinnahmen ganz oder teilweise außerhalb des Landes. Die vielen Gemeinschaftsunternehmen, die jetzt in Rubel handeln, haben ihre täglichen Einnahmen in Dollars umgetauscht und auf ausländische Konten überwiesen. Eben deshalb bewirkte die Dollarisierung der russischen Ökonomie den Schwund der Devisenreserven bei der Zentralbank. Der Hauptgewinn der russischen Marktwirtschaft verschwand auf westlichen Konten.«

Z. Medwedew:

Herbst in Rußland, in:
Neues Deutschland vom
12. November 1998.

2 L. Abalkin: Zickzack des Schicksals, a.a.O., S. 117.

»In der Sowjetunion wurde eine gigantische Schwerindustrie geschaffen... Wie sollte man die privatisieren? Vergleichbares Privatkapital existierte nicht, dafür aber eine unvergleichlich entwickelte Nomenklatura... Die Nomenklatura gewärtigte rasch, daß die Kapitalisierung des Landes ihre Rettung ist. Statt die Unternehmen in die Hände der Belegschaften zu geben (was der zweite mögliche Weg der Privatisierung gewesen wäre), betrieb sie die Freigabe der Preise und liquidierte damit die Ersparnisse der Bevölkerung. Danach gab sie im Namen des Staates Voucher und Aktien aus, kaufte sie schnell und konkurrenzlos – mit Mitteln des Staates – auf und drückte dazu die Preise der Privatisierungsobjekte. Die leitenden Beamten von Ministerien und Ämtern bemächtigten sich also kollektiv der Aktien der ihnen unterstehenden Unternehmen, so daß im Resultat faktisch keine Privatisierung, sondern eine Nomenklatura-Kollektivierung erfolgte.«
W. Belozerkowski: Sind Rußland und der Kapitalismus miteinander vereinbar?, in: Neues Deutschland vom 7. November 1997.

3 Voucher sind Gutscheine, die jedem Bürger einen Anteil an dem zu privatisierenden Vermögen garantieren sollten.

4 Vgl. dazu Rede des Vorsitzenden der Regierung der RF J. Primakow auf dem Weltwirtschaftsforum, in: Kommersant, Nr. 228 vom 05. Dezember 1998.

sche Berechnungen, als vielmehr auf politische Ambitionen und Empfehlungen des IWF (Internationalen Währungsfonds) stützte, führte zu einer forcierten Zerstörung gewachsener Strukturen ohne ihrer Ablösung durch neue. Das Ergebnis zeigte sich im Verlust der Steuerbarkeit der Wirtschaft, im krassen Rückgang der Produktion, in der Verarmung eines Großteils der Bevölkerung.«²

Vor jeglicher vollständigen Deregulierung der vordem streng zentralisierten Planwirtschaft hätte ein Konzept zur Umstrukturierung der Rüstungsindustrie und jener Städte erarbeitet werden müssen, die auf der Basis eines einzigen Produktionsprofils (einer Branche, eines Betriebes) funktionierten. Unter den besonderen Bedingungen der Sowjetunion – den geographischen Gegebenheiten (große Entfernungen, Urwälder, Steppen, Wüsten), der klimatischen Vielfalt (vom Nordpolarmeer bis zu den Subtropen), den demographischen Besonderheiten (stark differierende Besiedlungsdichte) und den unterschiedlichen sozialen Gegebenheiten (ohne marktwirtschaftlich funktionale Sozialsysteme) waren viele Regionen monostrukturell entwickelt, so daß die Stilllegung eines Großbetriebes kaum kompensiert werden konnte. Für die Bewohner der betroffenen Region gibt es kaum eine Möglichkeit des Ausweichens oder der beruflichen Umorientierung. Das Problem wurde zwar erkannt, aber in der Hast des Übergangs als zu kompliziert und daher lästig auf »später« vertagt.

Die in Rußland durchgeführte Privatisierung von Staatsbetrieben über die Ausgabe von Vouchern³ erwies sich am Ende als der falsche Weg. Es bereicherten sich vorrangig Funktionäre aus Wirtschaft, Partei, Komsomol und Staatsapparat sowie skrupellose Spekulanten aus der Zeit der »Kooperativ«. In der Geschichte gibt es wahrscheinlich kein zweites Beispiel für einen so gigantischen, staatlich sanktionierten Diebstahl durch Staatsbedienstete an der Bevölkerung. Das Ergebnis war ein präzedenzlos rasanter volkswirtschaftlicher Niedergang. Die Industrieproduktion von 1998 lag mehr als 50 Prozent unter der des Jahres 1990 (dem relativ schlechtesten Jahr der sowjetischen Volkswirtschaft); das Bruttoinlandprodukt sank 1998 gegenüber 1997 um 9,9 Prozent.

Der vom russischen Staat initiierten Privatisierungskampagne lagen ausschließlich fiskalische Überlegungen zugrunde. In erster Linie ging es darum, die subventionierten Betriebe abzustoßen, um damit den Staatshaushalt zu entlasten. Effektivitätsorientierte Überlegungen fanden kaum Beachtung, genauso wenig wie Erwägungen über mögliche Anreize für Investitionen oder die Erhöhung des Produktionsvolumens. Die russische Regierung unter Primakow schätzt inzwischen (1998) ein, daß dieses Vorgehen bei der Privatisierung einer der gravierendsten Fehler war.⁴

Die Freigabe des Außenhandels und der Preise im gesamten ehemals sowjetischen Wirtschaftsraum führte schnell zu einem nie gekannten Angebot an Importwaren, wodurch die Mehrheit der einheimischen Produzenten, die nicht konkurrenzfähig war, vom Markt verdrängt wurde. Oder aber die neuen »Eigentümer« verhökerten alles, was nur irgendwie losgeschlagen werden konnte. Auf diese Weise wurden manche Betriebe einfach ausgeschlachtet. Die Hoffnung auf eine schnelle Anpassung der inländischen Pro-

duzenten an die Konkurrenz konnte sich bei der Größe der sowjetischen Betriebe, den fehlenden Erfahrungen der Betriebsleitungen, dem um sich greifenden Bereicherungsrausch (nach 70 Jahren war plötzlich fast alles erlaubt), der parallel laufenden Zerstörung des Wirtschaftsraums UdSSR und bei der unsäglichen Trägheit des (noch) sozialistischen Wirtschaftssystems nicht erfüllen. Der faszinierende Anblick voller Läden kaschierte nur notdürftig die Kehrseite: den andauernden Verfall der russischen Wirtschaft.

Die Binnenkonvertierbarkeit des Rubel wurde im Herbst 1992 – auch nach Einschätzung westlicher Experten – zu früh eingeführt.⁵ Die allgemein höchst instabile Lage veranlaßte erfolgreiche Geschäftsleute und erst recht Wirtschaftsverbrecher und Spekulanten, die um ihre Gewinne fürchteten, dazu, ihr Kapital sicherheitshalber bei ausländischen Banken zu deponieren. Die Kapitalflucht wurde zudem dadurch begünstigt, daß im gleichen Jahr der Rohstoffexport weitgehend freigegeben wurde, so daß er durch den Staat kaum noch zu kontrollieren war. Bereits 1992 betrug der Gewinn aus dem Außenhandel mit Rohstoffen etwa 7 bis 10 Mrd. Dollar. Ein Großteil davon blieb auf ausländischen Konten und nur ein geringer Teil davon wurde reinvestiert oder für die Rückzahlung von Schulden genutzt. Bei ständig wachsender Auslandsverschuldung des Staates wurde Rußland – ähnlich wie in den achtziger Jahren einige lateinamerikanische Staaten – zu einem Nettokapitalexporteur.

Von der Unmöglichkeit, Marktwirtschaft »einzuführen«

Der Übergang zum Kapitalismus – apostrophiert als »Einführung marktwirtschaftlicher Methoden«⁶ – geschah im Prinzip per Dekret der Jelzin-Regierung. Bei jedem Reformprojekt und erst recht bei einem Vorhaben dieser Größenordnung bedarf es eines durchdachten Konzepts. Außer allgemeinen Reformvorstellungen, die im Verlaufe der Jahre durch den Druck der Ereignisse ständig präzisiert wurden, hat es ein stimmiges Konzept oder einen Generalplan der Reformen unter Jelzin nie gegeben.⁷

Einer der bekanntesten russischen Ökonomen und Reformer L. Abalkin äußerte dazu in einem Interview: »...die Regierung geht von einer eindeutigen ideologischen und politischen Position aus, entsprechend der es keinerlei Programme bedarf. Es werden keine Prioritäten benötigt, es besteht keine Notwendigkeit für eine bestimmte, klare Strukturpolitik. Wichtig ist es, den Markt zu schaffen, und er selbst löst dann automatisch alle Probleme. Dann entstehen die Branchen und die zukunftsfruchtigen Betriebe, die effektiv sind, und auch die Produkte, für die eine Nachfrage besteht. Aber das ist keine Aufgabe des Staates, der Staat darf sich damit nicht befassen. Das ist ein Mythos, der vorgibt, daß der Markt (bei der heutigen Produktionsstruktur, der Kompliziertheit der wissenschaftlich-technischen Grundlagen usw.) in der Lage ist, autonom die Lösung all dieser Probleme zu gewährleisten. Und daran wird geglaubt, auch das wurde zu einem Element unseres gesellschaftlichen Bewußtseins. Aber es ist nur ein Mythos.«⁸

Die neuen russischen Machthaber hatten in der Regel nur primitive Vorstellungen von Marktwirtschaft, die auf der Vorstellung von der einfachen Institutionalisierung des Marktes gründete. Was

5 Vgl. Diskussionsbeitrag von Ernst Welteke, Präsident der hessischen Landeszentralbank, auf der Internationalen Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung »Rußland 2000« am 4. und 5. November 1998 in Berlin, Tagungsprotokoll.

»Zu den Folgen des kapitalistischen Aufbaus gehörte zudem die Erdrosselung kleiner, tatsächlich privater Produktions- und Baufirmen... Sie wurden erstickt durch Hyperinflation, Reduzierung des Marktes, Steuern, Erpressung durch Banditen und Beamte.«
W. Belozerkowski: Sind Rußland und der Kapitalismus miteinander vereinbar?, in: Neues Deutschland vom 7. November 1997.

6 Vgl. dazu die grundsätzliche Kritik von Olaf Steffen: Die Einführung des Kapitalismus in Rußland. Ursachen, Programme und Krise der Transformationspolitik, Osteuropa: Geschichte, Wirtschaft, Politik, Bd. 16, Hamburg 1997.

7 Vgl. dazu die umfassende Beschreibung des Transformationsverlaufs in den Jahren 1991-1995 bei Roj Medwedew: Kapitalismus in Rußland?, Moskau 1998, insbesondere Kapitel 2.

8 L. Abalkin: Zickzack des Schicksals, a.a.O., S. 126.

9 Vgl. dazu auch den Diskussionsbeitrag von Andrej Issajew, Vorstandsmitglied des Unabhängigen Russischen Gewerkschaftsverbandes (FNPR), auf der Internationalen Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung »Rußland 2000«, a.a.O.

»Zu Zeiten der Sowjetunion wollte die Mehrheit der Bevölkerung wohl eine Demokratisierung und Humanisierung der bestehenden Ordnung, inklusive natürlich eine Erhöhung ihres Wohlstandes. Sie wollte, daß die Losungen von sozialistischen Idealen und Werten ins reale Leben hinüberwachsen, zeigte aber keinerlei Neigung zum Kapitalismus. Dennoch wurde die kapitalistische Reform ohne ehrliche Diskussion der Alternative – Übergabe der Staatsbetriebe und Institutionen an die Arbeitskollektive – aufgezwungen.«
W. Belozerkowski: Sind Rußland und der Kapitalismus miteinander vereinbar?, in: Neues Deutschland vom 7. November 1997.

ihnen überhaupt fehlte, war ein Konzept von sozialer Marktwirtschaft. Für sie war in erster Linie der soziale Wohlstand in den westlichen Industrienationen das Leitbild, aber nicht die harte Arbeit und die sozialen Kämpfe, die dahinter standen. Sie übersahen die Rolle der Gewerkschaften, die den relativen Wohlstand der Werktätigen über Jahrzehnte errungen hatten. Manche Regierungsoffiziellen reduzierten Marktmechanismen auf das Niveau des Tauschhandels auf sowjetischen Bauernmärkten. Sie unterschätzten völlig den zivilisatorischen Einfluß der in Klassenkämpfen gewachsenen westlichen Demokratie. Daher auch die unkritische Übernahme neoliberaler Konzepte und Empfehlungen sowie die völlige Unterschätzung sozialflankierender Institutionen und Maßnahmen.⁹

Das planlose Hineinstolpern in die Marktwirtschaft hatte unvermeidlich zur Folge, daß unterschiedliche Gruppeninteressen (militärisch-industrieller Komplex, streikende Bergarbeiter, Belegschaften nichtkonkurrenzfähiger Betriebe usw.) bedient werden mußten, die objektiv dem Transformationsprozeß entgegen standen. Weitreichende Entscheidungen mußten deshalb oft hinter verschlossener Tür von der Regierung oder direkt vom Präsidenten getroffen werden. Nicht selten wurden so lediglich politische Überlebensinteressen nach Maßgabe des Augenblicks bedient.

Der Schaffung eines modernen, den russischen Besonderheiten angepaßten Rechtsstaates – als eine Voraussetzung für eine politisch gesteuerte Reform – schenkten Präsident und Regierung zu wenig Aufmerksamkeit. Mehr noch; die Verfassung von 1993 befreite die Exekutive weitgehend von der Kontrolle durch das Parlament. Die Folgen sind verheerend: ein – gelinde gesagt – miserabler Zustand der Jurisprudenz, ein ineffektiver und stetig wachsender bürokratischer Apparat, eine fortgesetzte Vergeudung staatlicher Mittel nach Gutdünken des Präsidenten, keine wirkliche Gewaltenteilung sowie eine unbefriedigende Ausgestaltung des Föderationsprinzips.

Die hastige, zum großen Teil unkontrollierte Aneignung des Volkseigentums durch »Insider« und Spekulanten führte zu einem nie gekannten Anwachsen der organisierten Kriminalität. Der Staat – zum Teil selbst korrumpiert – konnte nicht mehr die notwendige Kraft aufbringen, um dieser Entwicklung energisch entgegenzuwirken. Das Unvermögen des Staates, die Kriminalität einzudämmen, wurde nun rhetorisch kaschiert. Zum Beispiel wurde zur Rechtfertigung der »wilden« privaten Aneignung des Volkseigentums und der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich als zwingendes Argument der Marxsche Gedanke von der »ursprünglichen Akkumulation« des Kapitals bemüht. Die wachsende Zahl der Auftragsmorde an Politikern, Geschäftsleuten und Banditen wurde und wird durch den Verweis auf die Geschichte der USA – speziell auf die Chicagos – bagatellisiert. Wichtig in diesem Zusammenhang erscheint der Verweis auf die Theorie der »Selbstzivilisierung der Kapitalisten«, die Z. Medwedew wie folgt beurteilt: »Zu Zeiten der Voucher-Privatisierung des Staatseigentums 1992-93 wurde die Theorie propagiert, die Entstehung einer Klasse reicher Eigentümer führe unausweichlich und spontan zur Ausbildung eines Rechtsstaates, in dem Gesetze und nicht Menschen herrschen. Die reiche Mittelklasse, so diese Theorie, will und kann nicht unter den Bedingungen krimineller Rechtlosig-

keit leben und schafft deshalb zuverlässige Systeme zum Schutz ihres Eigentums und des Eigentums aller anderen Bürger. Vielleicht wäre es so geschehen, wenn der Kapitalismus in Rußland nicht auf höheren Befehl eingeführt worden wäre. Beim Versuch, den Kapitalismus in zwei Jahren zu schaffen, erwies er sich indes als Kapitalismus der Nomenklatura.«¹⁰ Zu ergänzen wäre: Nicht nur der Nomenklatura, sondern auch der im Prinzip alten russischen Bürokratie, die jetzt nicht mehr wie im Sozialismus Wohnungen, Autos, Ferienschecks usw. verteilt, sondern Geld.

Im Verlaufe des Transformationsprozesses in Rußland gab es eine Reihe weiterer Fehlentscheidungen sowie Widersprüche und Probleme, deren umfassende Analyse einer späteren und gründlicheren Retrospektive vorbehalten bleiben muß. Eines läßt sich jedoch mit Sicherheit feststellen. In den acht katastrophalen Jahren des Übergangs vom Sozialismus sowjetischer Prägung zur postsowjetischen kapitalistischen Mißgeburt wurde das Land von drei Kraftquellen am Leben gehalten – von den bescheidenen Hoffnungen breiter Schichten der Bevölkerung auf eine bessere Zukunft, von den »erbeuteten« wirtschaftlichen Ressourcen der Sowjetunion und auch von der finanziellen und politischen Hilfe des Westens. Spätestens seit dem 17. August 1998, dem Tag des Zusammenbruchs der vom russischen Staat aufgebauten Finanzpyramide (»schwarzer August«) wurde klar, daß diese Quellen versiegt sind.

Heute tendieren zwei Drittel der russischen Gesellschaft zu einem »dritten Weg«, d.h. zu einer sozialen Marktwirtschaft und zum Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates unter Einbeziehung bewahrenswerter Elemente der sozialistischen Entwicklungsetappe. Sie wollen auf keinen Fall neue soziale Erschütterungen.¹¹ Es scheint, daß die neue russische Regierung unter Jewgenij Primakow versucht, diesem gesellschaftlichen Bedürfnis Rechnung zu tragen. Seine Regierung unterscheidet sich von den bisherigen Regierungen der Jelzin-Ära vor allem dadurch, daß sie – nach einer kritischen Analyse der jüngsten Vergangenheit – deren Wirtschaftspolitik nicht fortsetzen will. Ihr geht es grundsätzlich um eine demokratische Entwicklung der Gesellschaft, die Bewahrung des politischen Pluralismus, die Fortsetzung marktwirtschaftlicher Reformen und die Entwicklung der russischen Wirtschaft als Teil der Weltwirtschaft. All das soll – und das ist der entscheidende Unterschied zur bisherigen Praxis – von einem *starken Staat* gefördert und gestützt werden. Als ein Kernproblem betont sie die soziale Orientierung der Reformen. Nach Auffassung Primakows sind ohne sozialpolitische Stabilität alle Reformen zum Scheitern verurteilt.

Inwieweit es gelingen wird, die katastrophale Wirtschaftslage in Rußland wenigstens teilweise zu verbessern, läßt sich im Augenblick nicht absehen. Der Spielraum für wirtschaftspolitische Entscheidungen ist viel zu eng. In vielem wird die Regierung von der Not und den inzwischen geschaffenen Fakten getrieben. Anfang Dezember 1998 stellte sie einen Plan der vorrangigen Aufgaben und zur Stabilisierung der sozialökonomischen Lage vor. Dieser Plan ist ein Anfang, und er läßt hoffen.

10 Z. Medwedew:
Herbst in Rußland, in:
Neues Deutschland, vom
12. November 1998.

»Die Krise in Rußland ist dermaßen tief und allumfassend, daß unsere Hauptaufgabe im elementaren Überleben der Wirtschaft des Landes als solcher besteht. Die neue Regierung betrat Ruinen, die uns die Reformer hinterlassen haben. Wir haben unsere ökonomische und Nahrungsmittelsicherheit eingebüßt. 60 Prozent der Lebensmittel sind Import. Der Rückzahlungen für die Auslandsverschuldung betragen im kommenden Jahr (1999) 17 Mrd. Dollar. Das verkraften wir nicht. Die Situation in der Wirtschaft und in der sozialen Sphäre wird sich in jedem Falle über eine gewisse Zeit weiterhin verschlechtern.«

J. Masljudow (Stellvertreter des Vorsitzenden der Regierung der RF) in einem Interview, in: *Wek*, 46/98.

11 Vgl. dazu auch den Diskussionsbeitrag von Michail Gorschkow, Leiter des Meinungsforschungsinstituts RNISINP Moskau, auf der Internationalen Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung »Rußland 2000«, a.a.O.

WLADISLAW HEDELER

»Russische Frage« statt Klassenkampf und Bürgergesellschaft. Veränderungen in der Programmatik linker Parteien in Rußland

Wladislaw Hedeler –
Jg. 1953, promovierter
Historiker, Berlin.

Der im August 1996 erfolgte Zusammenschluß von 150 Organisationen zum »Block der volkspatriotischen Kräfte«, der zur Unterstützung der Kandidatur Gennadi Sjuganows gebildet wurde und heute als Vereinigung unter dem Namen »Volkspatriotische Union Rußlands«¹ in Erscheinung tritt, markiert eine für die programmatische Ausrichtung und Festlegung der »Kommunistischen Partei der Russischen Föderation« (KPRF)² nach dem »Wiederherstellung- und Vereinigungsparteitag«³ der KPRF vom Februar 1993 wichtige Zäsur. An die Stelle der tradierten, fast 100 Jahre lang in der russischen bzw. sowjetischen Arbeiterbewegung gepflegten sozialistischen Tradition ist am Vorabend der Jahrtausendwende eine neue »staatlich-patriotische Weltanschauung« getreten.

Mit Blick auf diese neue »Weltanschauung« stellt sich die Frage nach der Tragweite, dem Horizont und dem politischen Gewicht des daran gebundenen und vorrangig auf den eurasischen Raum fixierten »Neuen Denkens«. Schließlich verfügt der diese Weltanschauung propagierende Block im Unterhaus der Staatsduma über die absolute Mehrheit. Die Abgeordnetengruppen »Volksmacht«⁴ (unter der Leitung von Nikolai Ryshkow⁵) und die Agrarier⁶ (unter der Leitung von Nikolai Charitonow⁷) gehören dem Bündnis der Nationalpatrioten an, das 1998 15 von 28 Komiteevorsitzenden der Duma⁸ stellte. Drei Vertreter gehören dem Sowjet der Duma an, 12 Abgeordnete der »Volkspatriotischen Union Rußlands« verfügen über einen Sitz im Oberhaus der Staatsduma. Der Ko-Vorsitzende des Blockes, Aman Tulejew⁹ ist Minister für Angelegenheiten der GUS.

Eine vergleichbare nationalpatriotische Kurskorrektur ist in den letzten Jahren auch bei den Nachfolgeorganisationen und Gesellschaften linkssozialistischer Prägung zu beobachten. Nachdem die KPRF Ende 1993 Doppelmitgliedschaften nicht mehr akzeptierte, waren vor allem jene Parteien herausgefordert, die sich auch in Zukunft als selbständige Kraft und mit eigenem Profil neben der KPRF behaupten wollten. Die »Sozialistische Partei der Werktätigen« (SPdW) unterstrich mit Hinweis auf ihr Programm und Statut die Unmöglichkeit, in einer Struktur aufzugehen, die dem Modell des »demokratischen Zentralismus« folgt und nach den Prinzipien der zerfallenen KPdSU organisiert ist. Auf der Suche nach neuen Sympathisanten und Organisationsformen entstand im Dezember 1996 die von Funktionären der SPdW getragene »Russische Bewegung für einen neuen Sozialismus«¹⁰, genau genommen einem Pendant zur der KPRF nahestehenden Organisation »Russische Wissenschaftler für Sozialismus«¹¹.

Mit den Beiträgen von Boris Kagarlitzki, Igor Maljarow und Michail Wojejkow stellt die Redaktion der Zeitschrift »UTOPIE kreativ« drei typische, im Umfeld dieser Bewegung formulierte Positionen vor. Im Vorfeld der in Elgersburg stattfindenden Konferenz »Marxismus am Übergang zum 21. Jahrhundert« stellen die Autoren am 16. März 1999 ihre Beiträge im Berliner Verein »Helle Panke e.V.« zur Diskussion. Wie sich Linkssozialisten den Übergang ins 21. Jahrhundert vorstellen, geht u.a. aus dem »Manifest der neuen Sozialisten«, der von Ljudmila Wartasarowa¹² verfaßten Broschüre über den Neuen Sozialismus¹³ und einem Bericht über die vom »Klub der Realisten«¹⁴ abgehaltene Konferenz¹⁵ über die Lehren aus der Entwicklung der sozialistischen Idee im 20. Jahrhundert hervor.

Die anhaltende Krisensituation in Rußland, die in der Presse der KPRF mit der des Bürgerkrieges oder der Nachkriegsjahre gleichgesetzt wurde, prägte die Leitlinien der kommunistischen Propaganda und das immer deutlicher hervortretende Feindbild. »Das Vaterland ist in Gefahr« lautete ein Leitmotiv der Wahlplattform aus dem Jahre 1995.¹⁶ Dem Feind ist es mit Hilfe der »5. Kolonne«¹⁷ gelungen, Brückenköpfe in Rußland zu errichten. Als Feinde, die zunächst im eigenen Lager gesucht wurden, galten die Restauratoren des Kapitalismus und jene, die wenig arbeiten. Gegen die Orientierung der Jelzin-Administration auf den Westen setzte die Opposition auf die schöpferische Kraft des russischen Volkes. Die Besinnung auf die nationale Eigenart und die Erinnerung an das verlorene und möglichst bald wiederzugewinnende Reich, an die Sowjetunion als Supermacht, mündete in ein auf Eurasien zielendes geopolitisches »Dershawa« Konzept mit einer eher vaterländischen (Volk, Territorium und Lebensweise) als klassenmäßigen Begrifflichkeit.¹⁸

Eingebunden in die Diskussion der »russischen Frage« gewann das Konzept an Konturen und wurde gegen das Westlertum ausgerichtet. Diese Orientierung zog in der KPRF eine Absage an »klassische internationalistische Prinzipien« nach sich und blieb nicht ohne Folgen für die Bestimmung der Entwicklung und Veränderung im Lande selbst. Als G. Sjuganow im Zusammenhang mit der Würdigung des 80. Jahrestages der Oktoberrevolution davon sprach, daß Rußland sein Reservoir an Revolutionen ausgeschöpft hat, stieß er zunächst auf Unverständnis in den eigenen Reihen, bei einigen Bündnispartnern und in den parteinahen Vereinigungen »Geistiges Erbe«¹⁹ und »Russische Wissenschaftler sozialistischer Orientierung«.

Heute findet die Formel »Evolution statt Revolution« weitgehende Akzeptanz im Umfeld der KPRF. In den Präsidentschaftswahlen trat die Partei unter der Losung »Rußland, Heimat, Volk« an, zu den Dumawahlen unter der Losung »Rußland, Arbeit, Volksherrschaft, Sozialismus«. Auch in Druckerzeugnissen der SPdW und ihr nahestehender Vereinigungen ist die Propagierung der westeuropäischen Zivilisation einer Aufbereitung der vaterländischen Geschichte gewichen. Was in der Gründungsphase der Partei undenkbar war, z.B. Bündnisse mit den Monarchismus preisenden Organisationen wie dem »Kongreß der Russischen Gemeinden«²⁰, ist heute Normalität. Linkssozialistische und sozialdemokratische Modelle hatten und haben in Rußland wenig Chancen.

Die von der KPRF und der SPdW aufgegriffenen Begriffe und Denkschemata des »vaterländischen Denkens« waren natürlich auch zuvor vereinzelt in den Dokumenten dieser Parteien (z.B. im »Wort an das Volk«²¹) zu finden. Zum ersten Mal sind sie im September 1994 im »Manifest des Kongresses der Russischen Gemeinden«²² zu einem in sich geschlossenen Konzept verdichtet worden. Damit steht u.a. die Frage nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden in der Suche von »aufgeklärten Monarchisten«, Kommunisten und Linksozialisten nach einer integrativen und konsolidierenden Idee für den eurasischen Raum. Nicht nur die Kommunisten und die Linksozialisten, sondern auch die gemäßigten Monarchisten haben sich während des Präsidentenwahlkampfes 1996 verändert. Aus dem »Kongreß der Russischen Gemeinden« ist eine die neue gemäßigte Linke tolerierende, mit Gewerkschaften kooperierende und »für Wahrheit und Ordnung« eintretende Volkspartei geworden.

Der Prozeß der Rezeption jener Ideen, die heute im politischen Parteien-Spektrum Rußlands weit verbreitet sind und die Geopolitik des Russischen Staates prägen, hat vor Jahren, eingebettet in die Entdeckung der »vaterländischen Philosophie« begonnen.²³ Das vom Marxismus-Leninismus geräumte Terrain blieb nicht lange verwaist. Nur mit Mühe behauptete sich die »vaterländische Philosophie« gegen die wie eine Flutwelle über Rußland hereinbrechenden westeuropäischen Theorien und Konzepte. Doch die ausschließlich auf den Westen fixierte »nachholende Modernisierung« hielt nicht lange an. Auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften war im Hinblick auf die vaterländische Tradition genug »eigene«, wenn auch in der Regel von den – von den Bolschewiki ausgebürgerten – Intellektuellen im westeuropäischen Exil erarbeitete Theorie freizulegen.²⁴

Anmerkungen

- 1 Gesamtrussische gesellschaftliche Bewegung »Volkspatriotische Union Rußlands«. (Общественно-российское общественное движение »Народно-патриотический союз России.«) Die Zahl der Anhänger der im Block vereinten Organisationen wird auf ca. 700.000 geschätzt. Die meisten gehören der KPRF an.
- 2 Die KPRF hat ca. 500.000 Anhänger, ist mit 147 Abgeordneten in der Duma vertreten und stellt 9 Vorsitzende von Dumakomitees. Im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 1996 haben für G. Sjaganow 30 Millionen (40,3%) Wähler gestimmt.
- 3 W. Hedeler: Die Rückkehr der Kommunisten. In: Dieter Segert; Csilla Machos: Parteien in Osteuropa. Kontext und Akteure. Opladen 1995, S. 179-184.
- 4 So ist die »Front der Nationalen Rettung« [Front nacional'nogo spasenija] und die von Sergei Baburin geleitete »Russische Gesamtnationale Union« [Russkij obščenacionalnyj sojuz] in der von N. Ryshkow geführten Gruppe der Parlamentarier »Narodovlastie« vertreten. Mitglieder dieser Gruppe stehen folgenden Komitees der Duma vor: Kultur, Konversion, Angelegenheiten der GUS und Verbindung zu den Landsleuten im Nahen Ausland.
- 5 N. Ryshkow (geb. 1929) – 1985 bis 1991 Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, 1992 bis 1993 Konsultant im militärisch-industriellen Komplex, 1993 bis 1995 Vorsitzender des Direktoriums der »Tweruniversal'bank«, August 1995 Organisator und Führer des Wahlbündnisses »Die Macht dem Volke«, 1996 Mitbegründer und seit August 1996 Vorsitzender des Exekutivkomitees der »Volkspatriotischen Union Rußlands«.
- 6 »Agrarnaja deputatskaja gruppa«. Der Vorsitzende der Abgeordnetengruppe Nikolai Charitonow stellte am 2. Dezember 1998 den in der Abstimmung von 246 Abgeordneten unterstützten Antrag auf Wiederaufstellung des Derschinski-Denkmal vor der Lubjanka.
- 7 N. Charitonow (geb. 1948) – Nach dem Agronomiestudium Direktor einer Sowchose im Gebiet Nowosibirsk. Stellvertretender Vorsitzender der Agrarpartei Rußlands.
- 8 Angaben zur Zusammensetzung der Komitees der Duma, siehe: Oles'čuk, V. A.; Pavlenko, V. B.: Političeskaja Rossija god 1997. Partii, bloki, lidery. Spravočnik. [Übers. d. Sacht.: Das politische Rußland im Jahre 1997. Parteien, Blöcke, Führer. Handbuch.] M., 1997, S. 195-205 und 214-217.
- 9 A. Tulejew (geb. 1944) – Eisenbahningenieur, seit 1990 Abgeordneter.
- 10 Rossijskoe dviženie za novyj socializm. Manifest novych socialistov (proekt). [Übers. d.

- Sacht.: Russische Bewegung für einen neuen Sozialismus. Manifest der neuen Sozialisten (Entwurf)] M., 1997, 16 S.
- 11 RUSO – Rossijskie ucenyje za socializm.
 - 12 L. Wartasarowa (geb. 1938) – Seit Dezember 1991 Kovorsitzende der SPdW. Von 1994 bis 1995 ging die SPdW mit dem »Kongreß der Russischen Gemeinden« [Kongres Russkich Obščin] ein Wahlbündnis ein.
 - 13 Ljudmila S. Vartazarova: Voschoždenie v XXI vek. K voprosu o »novom socializme«. [Übers. d. Sacht.: Aufstieg ins 21. Jahrhundert. Zur Frage des »neuen Sozialismus«.] M. 1997, 112 S.
 - 14 »Klub der Realisten« [Klub realistov]
 - 15 Socialističeskaja ideja: uroki XX veka. [Übers. d. Sacht.: Die sozialistische Idee. Lehren des 20. Jahrhunderts.] M., 1997, 112 S.
 - 16 Rossija, Rodina, Narod! Predvybornaja platforma kandidata na dolžnost' Prezidenta Rossijskoj Federacii Zjuganova Gennadija Andreevčiča. [Übers. d. Sacht.: Rußland, Heimat, Volk! Wahlplattform des Präsidentschaftskandidaten Gennadi Sjuganow.] M., 1995, 24 S.
 - 17 z.B. Jurij Džakov: Pjataja kolonna v Rossii. [Übers. d. Sacht.: Die 5. Kolonne in Rußland.] M. 1995, 96 S.
 - 18 W. Hedeler: Russische Philosophie in der Programmatik russischer Parteien. In: Berliner Debatte Initial, 1994, Nr. 3, S. 41-51.
 - 19 »Duchovnoe nasledie«. Der Vorsitzende dieser Vereinigung Alexej Podbereskin ist gleichzeitig Kovorsitzender der »Volkspatriotischen Union« (Narodno-patriotičeskij sojuz).
 - 20 »Kongress Russkich Obščin«, gegründet im März 1993, seit April 1995 als politische Vereinigung in 73 Regionen des Landes und 43 im »Nahen Ausland«. Der Vorsitzende D. Rogosin (geb. 1965) ist seit März 1997 Abgeordneter der Duma. Der »Kongreß« scheiterte an der 5%-Hürde, ist aber mit fünf Abgeordneten (drei gehören der Gruppe »Narodovlastie«, »Volksmacht« an) in der Duma vertreten. Drei Mitglieder des Föderalrates (des Oberhauses) sind Mitglieder des »Kongresses der Russischen Gemeinden«.
 - 21 Slovo k narodu (Sovetskaja Rossija, 23. Juli 1991). Veröffentlicht im Anhang von G. Sjuganows Buch »Verju v Rossiju«. [Übers. d. Sacht.: Ich glaube an Rußland.] Voronež 1995, S. 353-357.
 - 22 Vgl. W. Hedeler: Kommunisten und Monarchisten auf der Suche nach Identität. In: Rußland im Umbruch. Modernisierungsversuche in der neueren und neuesten russischen Geschichte. Leipzig 1997, S. 255-276.
 - 23 Vgl. W. Hedeler: Zwischen Europa und Asien. Russische Philosophen auf der Suche nach dem dritten Weg. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 1992, Nr. 11, S. 1333-1341.
 - 24 In neuen russischen Lexika und Fachwörterbüchern werden die Schlagworte »Eurasien« (von S. Polovinkin) und »Russische Idee« (von V. Sapov) ausführlich kommentiert. In: Russkaja filosofija. Malyj enciklopedičeskij slovar'. M., 1995, S. 172-179 und 454-455.

BORIS KAGARLITZKI

Globalisierung und Marxismus

Boris Kagarlitzki – Jg. 1958, Dr., Institut für vergleichende Politologie der Russischen Akademie der Wissenschaften.

Während die Ideologen des Kapitalismus in den sechziger und siebziger Jahren von den sozialen Errungenschaften des Kapitalismus sprachen, trat Ende des Jahrhunderts die Globalisierung als vorherrschende Idee auf und machte den Diskurs über soziale Rechte sinnlos und überflüssig. Der allgemeine Wettbewerb auf dem freien Weltmarkt verspricht den Werktätigen nichts Gutes. Wer dagegen protestiert, lege, wie die Apologeten des Marktes behaupten, nur der natürlichen Entwicklung Hindernisse in den Weg.

Unter der Losung »Globalisierung« begann die Demontage der sozialen Reformen im Westen. Der Dritten Welt wurde vorgeschlagen, die Hoffnungen auf wirtschaftliche Unabhängigkeit, umfassende Alphabetisierung und ein die gesamte Bevölkerung erfassendes System des Gesundheitswesens zu begraben. Von der Steigerung des Lebensniveaus war keine Rede mehr, den Ländern des Ostblockes wurde wiederum sehr höflich empfohlen, sich ein Beispiel an den Ländern der Dritten Welt zu nehmen.

Dieser Prozeß schien unumkehrbar, jeder Widerstand dagegen sinnlos.

Die linken Parteien verloren Anfang der neunziger Jahre an Terrain. Während ihres zeitweiligen Niedergangs verloren sie an Macht und Einfluß; einige gaben wesentliche Prinzipien preis. Der globale Triumph des Kapitalismus in der ersten Hälfte der neunziger Jahre war von einer beispiellosen Krise der linken politischen Parteien begleitet. Kommunisten verwandelten sich in Sozialdemokraten zu einem Zeitpunkt, als diese aufhörten, sich von den Liberalen zu unterscheiden. An die Stelle der sozialen Solidarität trat nationalistische Demagogie. Die Linke wurde erfolgreich als konservative nostalgische Kraft dargestellt.

Eine zentrale These der Globalisierungstheorie ist der »ohnmächtige Staat«. Gegenüber den transnationalen Konzern-Giganten wie z.B. Microsoft, Ford oder Gasprom, den internationalen Geldinstituten wie der Weltbank oder dem Internationalen Währungsfonds, oder Bündnissen wie NATO oder NAFTA seien die nationalen Regierungen machtlos.

Genaugenommen ist die Globalisierung nichts qualitativ Neues in der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Der Kapitalismus bildete sich als Weltsystem heraus. Erst Ende des 18. Jahrhunderts begann sich der nationale, in der Sozialstruktur der westlichen Gesellschaften verwurzelte Kapitalismus zu entwickeln. Dieser nationale Kapitalismus war, ebenso wie die modernen Nationen,

Siehe die Beiträge von B. Kagarlitzki: Der Protesttag, der nicht zum Widerstandstag wurde, in: Sklaven Nr. 36, Mai 1997, S. 32-33; Linkes Zentrum in Rußland, in: Das Blättchen. Nr. 17, 31. August 1998, S. 5-8.

Produkt der Entwicklung des Kapitalismus als Weltsystem. Zum Ende des 20. Jahrhunderts wird der Kapitalismus unmittelbar global. Aber das bedeutet nicht, daß nationale Gesellschaften und Staaten aufhören zu existieren, obwohl sie sich in einer tiefen Krise befinden. Auffällig ist, daß die internationalen Zyklen in der Entwicklung des Kapitalismus mit Perioden verbunden sind, in denen die Technologien, die Handel und Kommunikation garantieren, sich schneller entwickeln als die Produktionstechnologien. Der Handelskapitalismus vom 16. bis zum 18. Jahrhundert war eine Zeit der geographischen Entdeckungen, einer beständigen Vervollkommnung der Flotte, des Straßenbaus usw. Die industrielle Revolution ist mit dem Aufschwung des Nationalstaates verbunden. Die Herausbildung der fordistischen Technologien der Massenproduktion fällt in die Zeit der Verstärkung der Rolle des Staates im 20. Jahrhundert. Produktion ist immer lokal, sie bedarf eines konkreten Ortes, an dem die konkreten sozialen und politischen Probleme gelöst werden müssen.

Ende des 20. Jahrhunderts erwiesen sich die Tempi der Entwicklung der Kommunikationstechnologien mit anderen Technologien verglichen als wesentlich höher. Die Entwicklung des Kapitalismus ist nicht nur eine zyklische, sondern auch eine ungleichmäßige. Die Globalisierung Ende des 20. Jahrhunderts ist die dritte in der Geschichte des Kapitalismus, und sie unterscheidet sich wesentlich von allen vorangegangenen. Während vom 16. bis zum 18. Jahrhundert die Internationalisierung der Wirtschaft von einer Krise des Staates begleitet war, geht Ende des 20. Jahrhunderts die Stärkung des Staates (in den Ländern des Zentrums) einher mit der Expansion des kapitalistischen Marktes. Darin liegt das Wesen der Imperialismus genannten Erscheinung. In der Epoche der frühbürgerlichen Revolutionen war von der Unterhöhlung der Grundlagen des Feudalstaates die Rede. In der Epoche des Imperialismus entsprach der Staat voll und ganz den Aufgaben der kapitalistischen Entwicklung und war durch und durch ein bürgerlicher Staat. Was wir Ende des 20. Jahrhunderts beobachten, kündigt davon, daß zwischen den gegenwärtigen Formen der Staatlichkeit und den Interessen des Kapitals ein Widerspruch aufgebrochen ist. In der Krise befindet sich nicht der Staat als solcher, sondern nur seine Struktur und jene Elemente, die in ihrer Entwicklung über den Rahmen des Kapitalismus hinausgegangen sind. (Sind die sozialen Sicherungssysteme das?) Deshalb hängt die gegenwärtige Globalisierung mit der sozialen Reaktion auf das Engste zusammen.

Die neuen Möglichkeiten auf dem Gebiet der Information und Produktion, über die die transnationalen Konzerne und Organisationen Ende des 20. Jahrhunderts verfügen, schufen die Voraussetzungen für die Globalisierung und den Erfolg des Westens im »Kalten Krieg«. Auch viele linke Ideologen fanden sich mit dem Staat als bürokratischer Maschinerie ab, die nicht in der Lage sei, irgend etwas effektiv zu steuern, und nur die Steuergelder verschlinge. Man muß zugeben, daß solche Vorstellungen nicht im luftleeren Raum reifen. Aber in den meisten Staaten waren es bei weitem nicht die Linken, die die Staatsbürokratie hervorgebracht haben. Zur gleichen Zeit profitieren die Rechten sowohl von der

Siehe den Beitrag von Evelin Wittich »Wissenschaft und Technologie im 21. Jahrhundert« in UTOPIE kreativ, Heft 97/98 (November/ Dezember) 1998, S. 166-172.

Enttäuschung der Bürger über ihren Staat als auch von dem Bedürfnis der Bürger nach Schutz vor äußerer Bedrohung. Eine derartige Bedrohung stellten nicht so sehr die Heerscharen potentieller ausländischer Eroberer dar, sondern die Berge ausländischer Waren, die halbverhungerten Emigranten und die sich kontinuierlich internationalisierende Mafia. Es handelt sich, ironischerweise, um die natürlichen Konsequenzen der von den Rechten durchgeführten globalen Wirtschaftspolitik.

Der Sinn der Eroberung der Macht durch die Linke besteht darin, die Spielregeln zu verändern und gleichzeitig die Verbindung zwischen den nationalen Regierungen und den internationalen Finanz- und Politikinstitutionen zu kappen. Für viele dieser Institutionen ist die massenhafte Verweigerung der Zusammenarbeit und die feindselige Haltung der nationalen Regierungen nur mit einer Katastrophe vergleichbar (vor allem dann, wenn die unzufriedenen Staaten versuchen, eigene, parallele internationale Strukturen zu schaffen, oder die bestehenden umzumodeln). Gerade weil viele radikale Alternativen offenliegen, ist es für die neo-liberale Ideologie eine Frage auf Leben und Tod, die Möglichkeit neuer Herangehensweisen auf nationaler und internationaler Ebene gar nicht erst zuzulassen. Tonnen von Papier, unermesslich viel Sendezeit und eine Unmenge intellektueller Arbeit wird darauf verwandt, die Diskussion von Alternativen zu unterbinden. Die moderne Gesellschaft bedarf ebenso der Umgestaltung, wie die Gesellschaft zur Zeit der großen europäischen Revolutionen des 17. bis 19. Jahrhunderts. Die Rede ist nicht nur von der sozialen Umwälzung, sondern auch von einem neuen Herangehen an Staat und Gesellschaft. Heute werden radikale Herangehensweisen unter Hinweis auf die Kompliziertheit der modernen Gesellschaft als unrealistisch abgelehnt. Aber diese Kompliziertheit ist an sich schon eine der Ursachen der gegenwärtigen Krise. Eine Aufgabe der gesellschaftlichen Umgestaltung ist die radikale Vereinfachung der Verhältnisse. »Mehr Staat oder weniger Staat« – die von den Liberalen vorgegebene Alternative ist als falsch zu verwerfen. Heute geht es nicht um Ausbau oder Reduzierung der Regierungsbeteiligung, sondern um radikale Umgestaltung – um einen anderen Staat.

Demokratie und Kapitalismus trennen sich voneinander, gehen Ende des 20. Jahrhunderts eigene Wege. Die Linken befinden sich als die letzten Verteidiger der Demokratie in einer neuen Situation. Doch die Mehrheit der linken Politiker sieht ihre Mission lediglich in der Bewahrung und Verteidigung der parlamentarischen Institutionen und der verfassungsmäßigen Bürgerrechte. Aber diese Verteidigungspolitik ist zum Scheitern verurteilt. Wir können nur gewinnen, wenn wir das antikapitalistische Potential der Demokratie erkennen. Mit anderen Worten, die Strategie der Linken muß nicht in der Verteidigung des alten Staates bestehen, sondern in der Ausnutzung seiner Krise für die Verankerung neuer Institutionen auf nationaler und internationaler Ebene. Es ist eine alles durchdringende Demokratisierung gemeint, die nicht nur die Strukturen der politischen Macht, sondern auch die Institutionen der sozialen Verteidigung, der Selbstverwaltung, den gesellschaftlichen Sektor und die Wechselwirkung aller dieser Strukturen umfaßt.

Siehe das von der Russischen Bewegung für einen neuen Sozialismus herausgegebene Manifest der neuen Sozialisten (Entwurf), Moskau 1997.

Das traditionelle Argument der Radikaldemokraten ist, daß die liberalen demokratischen Institutionen gute, nützliche Institutionen seien und es möglich und nötig sei, ihre Einflußsphäre zu erweitern. Ende des 20. Jahrhunderts hat diese Argumentation ihre ursprüngliche Kraft eingebüßt. Das Hinausgehen über die traditionellen Institutionen der formalen und bürgerlichen Demokratie ist notwendig, nicht weil wir theoretisch etwas Besseres erfinden können, sondern weil diese Institutionen nicht mehr in ihrer ursprünglichen Form handlungsfähig sind. Wenn die Linke nicht mit der radikalen Reform des Staates beginnt, dann wird das früher oder später die radikale Rechte tun. Wenn die Demokratie sich nicht als jenseits des Marktes stehende und gegen den Markt gerichtete behauptet, dann werden die Massen jenen folgen, die im Namen der Autorität, der Hierarchie, der Nation und der Disziplin zu ihrer Einschränkung aufrufen.

Man muß anerkennen, daß die Mehrheit der Linken, demoralisiert durch die eigenen Niederlagen, sich der Logik des Neoliberalismus unterordnen. Nur die Massen der Werktätigen glauben dieser Logik nicht. Marx' Beobachtung bestätigt sich wieder: Egal, wie verworren und falsch die Ideologie ist, egal, wie vernebelt das Bewußtsein der Menschen – die realen Widersprüche des Systems drängen trotzdem an die Oberfläche, kommen zum Vorschein und rufen dabei soziale Konflikte und gesellschaftliche Krisen hervor.

Auf den Vormarsch des neoliberalen Kapitalismus folgte die Zuspitzung der sozialen Widersprüche und ein erneuter Aufschwung des Kampfes der Werktätigen. Es sind weitgehend spontane Kämpfe, die sich nicht unter dem Einfluß der sozialistischen Propaganda entwickeln, ohne Beteiligung linker Politiker und Theoretiker verlaufen. In der Regel handelt es sich um nationale und lokale Protestaktionen. Aber die Ursachen, die diese Konflikte auslösen, sind globaler Natur. Ob die Zapatisten in Mexiko, die Streikenden in Frankreich 1995 oder die Bergarbeiterunruhen im Sommer 1998 in Rußland, in jedem Falle waren es Aktionen gegen die Politik des Neoliberalismus. Überall setzten die Ereignisse gerade dann ein, als es so schien, daß sich die Gesellschaft mit der Logik des »freien Marktes« als einzig möglicher abgefunden hatte und die Aktionen der Werktätigen sinn- und perspektivlos erschienen, weil sie im Widerspruch zum »natürlichen Gang der Dinge« standen. Aber einige Wochen Proteste genühten, um zu zeigen, daß der Neoliberalismus weder unbezwingbar noch eine Naturkraft ist, daß Regierungs- und Unternehmerkreise nachgaben und die »irrealen« Forderungen geprüft und – wenn auch nicht vollständig, so doch zum Teil – erfüllt wurden. An allen genannten Aktionen nahmen offizielle Vertreter der Linken nicht teil oder hinkten der Bewegung hinterher.

Das Paradoxe ist, daß der gegenwärtige Triumph des liberalen Kapitalismus dem klassischen Marxismus wieder zur Aktualität verhalf. Bereits zwanzig Jahre nach Marx' Tod behaupteten die Revisionisten, daß die Welt sich ändert und der Kapitalismus schon nicht mehr der sei, den Marx und Engels im »Manifest« beschrieben. Das entsprach der Wahrheit. Eine andere Sache ist, daß die Maßstäbe und die Bedeutung dieser Umgestaltungen hin zum

Siehe das Protokoll des vom Klub der Realisten, vom Klub am Arbat und von der Redaktion der Zeitschrift »Russische Provinz« organisierten Rundtischgesprächs: Die sozialistische Idee: Lehren des 20. Jahrhunderts, Moskau 1997.

Besseren von den Menschen überschätzt worden ist. Und die Welt fuhr fort, sich zu verändern. Das »kommunistische Modell« entstand und brach zusammen, es begann und es endete der »Kalte Krieg«. Auch der »Wohlfahrtsstaat« blühte auf und verblühte in Westeuropa. Die Ideologen des Neoliberalismus riefen auf, zu den klassischen Werten des »freien Marktes« und des unumschränkten, von staatlichen Eingriffen freien Kapitalismus zurückzukehren. Sie priesen die »Globalisierung«, die den gesamten Erdball in einen einzigen kapitalistischen Markt verwandelt. Sie forderten vom Staat, wieder bloß die Rolle des »Nachtwächters« zu übernehmen. Und sie haben ihre Ziele erreicht. Nach den Ereignissen von 1989-91 wurde der marxistische Sozialismus, der noch 15 bis 20 Jahre zuvor als reale Kraft erschien, wieder zum »Gespenst«. Doch ungeachtet der anhaltenden Versuche, Marx endgültig zu beerdigen, will der Alp aus den Träumen der Bourgeoisie nicht verschwinden.

Das Streben, Marx zu beerdigen, nimmt in dem Maße zu, in dem seine Ansichten lebendig sind. Niemand tritt an, um Hegel zu begraben oder Voltaire zu widerlegen, denn es ist jedem klar, daß sie Geschichte sind. Die Ideen der Philosophen jener Zeit sind in die modernen Theorien von heute eingegangen. Marx hat ein anderes Schicksal erfahren. Denn die Gesellschaft, die er analysierte, kritisierte und die er zu verändern hoffte, existiert weiter. In diesem Sinne kann das Ende des Marxismus nur das Ende des Kapitalismus sein.

Die kategorischen Schlußfolgerungen des bedeutenden Ökonomen sind unbequem, sie stehen einer »gemäßigten« und flexiblen Politik im Wege, und richten sich im Endeffekt als moralische Verurteilung gegen jene, die auf einen Kompromiß mit der herrschenden Ordnung aus sind. Deshalb bildet sich der Revisionismus zeitgleich mit den parlamentarischen Arbeiterparteien heraus.

Wenn der Marxismus der Vergangenheit angehört, haben seine Schlußfolgerungen die moralische Bedeutung für die Gegenwart verloren. Vom historischen Sozialismus bleiben nur die »allgemeinen« Werte, die von jedem auf seine Weise ausgelegt werden. Es ist offensichtlich, daß sich der Kapitalismus wandelt, deshalb ist es nutzlos, gegen ihn mit Zitaten aus Büchern zu kämpfen, die im vorigen Jahrhundert geschrieben wurden. Weder Kompromiß noch Mäßigung sind an und für sich eine Sünde. Unter konkreten politischen Bedingungen ist jede ernsthafte Partei zur Suche nach Kompromissen gezwungen. Die Politik muß das jeweilige Kräfteverhältnis berücksichtigen.

Schon der Terminus »Revisionismus« hat etwas Buchhalterisches an sich. Es geht nicht um Überdenken oder gar Kritik am Marxismus, sondern um ein mechanisches Aufrechnen der »Aktiva« und »Passiva« der Lehre, wobei als »Aktiva« einige Werte genutzt werden können, während die veralteten »ideologischen« Analysen abgeschrieben werden. Diese Form des Herangehens verbindet Revisionisten und Orthodoxe. Der Unterschied besteht »nur« darin, daß die Orthodoxen, guten Hausfrauen gleich, behaupten, daß bestimmte Sachen einfach aufgehoben werden müssen, man könnte sie ja einmal noch gebrauchen. Im Unterschied zu ihnen wollen die Revisionisten sehr schnell aufräumen und alles »Überflüssige« entsorgen.

Siehe die Beiträge in
UTOPIE kreativ, Heft 68,
(Juni) 1996.

Die analytische Methode des Revisionismus läßt sich am ehesten als beschreibende Methode bezeichnen. Wenn die Revisionisten die Beschreibung gesellschaftlicher Erscheinungen durch den klassischen Marxismus mit der Gegenwart vergleichen, weisen sie völlig zu Recht auf den Unterschied hin. Damit ist für sie die Untersuchung beendet, denn allein das Aufzeigen des Unterschiedes ist für sie der Beweis, von Marx Abstand zu nehmen. Eine Analyse findet hier genau genommen gar nicht statt, sie wird als überflüssig angesehen. Das Schlimme ist nur, daß sich die Realität auch weiterhin verändert. Auch die Ereignisse und Prozesse, die die Revisionisten beschrieben haben, werden Geschichte, und die Schlußfolgerungen damit in Zweifel gestellt. Die periodisch wiederkehrenden Debatten über die Aktualität des Marxismus und die anstehenden Revisionen sind Ausdruck eines Wendepunktes in der Geschichte der sozialistischen Bewegung und der sozialistischen Theorie. Sie sind Ausdruck der Krise des Marxismus bzw. seiner vorherrschenden Interpretationen (die revisionistische Auslegung eingeschlossen).

Die realen Veränderungen, die der Kapitalismus in den sechziger Jahren durchlief, wurden von den revisionistischen Schulen als Ende des traditionellen Kapitalismus ausgegeben. In ähnlicher Weise hatte Eduard Bernstein die Veränderungen in der Gesellschaft kommentiert. Die auf Bernsteins Theorie aufbauenden Schulen beschrieben die »neue Wirklichkeit«, ohne zu bemerken, wie sie veraltete. Der Wohlfahrtsstaat gab und gibt allerorten seine Positionen preis. Der Marktmechanismus befreite sich zusehends von jeder staatlichen und internationalen Regulierung, das Privateigentum setzte sein allgemeines und heiliges Prinzip durch.

Die technologischen Veränderungen brachten nicht die »Wirtschaft des freien Schöpfertums«, sondern die »Wirtschaft der billigen Arbeitskraft« hervor. Die Ausbeutung und die Abhängigkeit der Werktätigen von der Administration nahm zu, der Arbeitslohn sank nicht nur in den Entwicklungsländern und in den von Kommunisten regierten Ländern, sondern seit Mitte der neunziger Jahre auch im Westen. Die gemäßigten Linken unterschätzten in den achtziger/neunziger Jahren die Bedeutung und die Maßstäbe der neoliberalen Reaktion, so wie die Marxisten in den sechziger Jahren nicht willens waren, die damals vor sich gehenden Veränderungen zur Kenntnis zu nehmen. Dabei haben die Ereignisse der neunziger Jahre gezeigt, daß das Wesen des Kapitalismus sich weitaus weniger verändert hat, als es die Theoretiker des »gemäßigten« Kapitalismus behaupteten. Die neuen Erscheinungen, auf die sie hinwiesen, waren Ergebnis des Klassenkampfes und des Systemgegensatzes und wurden dem Kapitalismus »von außen« aufgezwungen.

Die revisionistischen Theoretiker zogen es vor, den Neoliberalismus zu ignorieren oder ihn als vorübergehende Erscheinung darzustellen, die nur der harmonischen Entwicklung der Gesellschaft im Wege steht. Doch der Neoliberalismus ist keine Zickzackbewegung, kein Fehler der Politiker, sondern die Grundrichtung der Evolution des Kapitalismus. Sein Wesen besteht darin, daß die bürgerliche Gesellschaft es sich nicht mehr leisten will, die sozia-

Siehe die Beiträge in
UTOPIE kreativ, Heft 85/86
(November/Dezember) 1997
und 91/92 (Mai/Juni) 1998.

len Errungenschaften der letzten Jahrzehnte aufrecht zu erhalten. Und obwohl die Sozialdemokraten zu Recht feststellten, daß der Umfang der Ressourcen, über die die Gesellschaft verfügt, um soziale Probleme zu lösen, beachtlich zugenommen hat, hat das mit der eigentlichen Angelegenheit wenig zu tun, denn der Kapitalismus wird in dem Maße brutaler und verschwenderischer, in dem er globaler wird.

Die bürgerliche Gesellschaft Ende des 20. Jahrhunderts ist dem »wilden Kapitalismus«, den der junge Marx und Engels vorfanden und beschrieben haben, ähnlicher als der »zivilisierten Variante« zu Lebzeiten der Revisionisten. Der moderne Kapitalismus ist sogar noch »wilder« als zu Marx' Zeiten. Dieses System ist in der Tat zu einem Weltsystem geworden, seine Herrschaft ist (fast) unumschränkt und wird (fast) von niemandem bestritten. Was bei Marx im »Manifest« eine Prophezeiung war, ist im Zeitalter der Computer, des Fernsehens und des Verkehrswesens Alltag.

Marx sah den Kapitalismus als einheitliches und alles durchdringendes System, das auf seinem Weg alle Hindernisse ausräumt und Strukturen, die sich ihm nicht unterordnen wollen, überwindet. Zusammen mit der Modernisierung breitet er sich unaufhaltsam über den gesamten Erdball aus. Und dennoch gibt es einen wesentlichen Unterschied zwischen der Marxschen Weltsicht und jener Realität, in der wir leben. Die Autoren des »Manifests« sahen nicht nur die Ausbreitung des Kapitalismus, sie sahen auch das stürmische Wachstum der neuen sozialen Kräfte, die an die Stelle des Kapitalismus ihre eigene »neue Welt« setzen wollten. Sie sprachen vom Proletariat, das für sie mit der Arbeiterklasse identisch war. Die moderne Soziologie hingegen spricht bereits vom »Ingenieurproletariat«, das sich äußerlich sehr vom klassischen Proletariat unterscheidet. Das »Manifest« konstatiert, daß der Kapitalismus seinen eigenen Totengräber hervorbringt – heute ein fast banaler, aber dennoch nicht für alle verständlicher Allgemeinplatz. Für den Kapitalismus stellten nicht seine Krisen, sondern seine Erfolge die eigentliche Gefahr dar. Nicht der Rückgang, sondern das Wirtschaftswachstum, nicht der Zerfall der Industrie, sondern ihre Entwicklung birgt das Problem. Das unbeständige Wachstum ist von einem anhaltenden Verfall ganzer Regionen (Rußland ist hier kein Einzelfall) begleitet.

Die Alternativen zum Kapitalismus sind schwach ausgeprägt, weil die linken Politiker in aller Welt wegen des »Zusammenbruchs des kommunistischen Systems« demoralisiert sind und eine »maßvolle« Politik dem Risiko eines wirklichen Kampfes vorziehen. Die Schwierigkeit ist auch, daß der moderne Kapitalismus Millionen von Menschen nicht nur organisiert, sondern auch desorganisiert. Vielleicht haben einige zeitgenössische Autoren recht, wenn sie Marx und Engels vorwerfen, den Kapitalismus und seine »fortschrittliche Rolle« überbetont zu haben.

In diesem Zusammenhang ist es angebracht, an Maos Antwort auf die Frage nach seiner Einschätzung der »Großen Französischen Revolution« zu erinnern. Nach 150 Jahren ist es nicht nur für China, sondern auch für Europa zu früh, Schlußfolgerungen zu formulieren, erklärte der »Große Steuermann«. Die Beschreibung

Siehe den Beitrag von M. Wojekow im vorliegenden Heft.

der Kraft des Proletariats in bevorstehenden Kämpfen im »Manifest« war eine Art Vorschub. Vierzig Jahre mußten vergehen, bis die europäischen Arbeiterparteien jener mächtigen Bewegung ähnlich waren, die im »Manifest« beschrieben worden war. Das von Marx und Engels verfaßte Manifest hatte freilich zur Herausbildung des kollektiven Bewußtseins der Klasse beigetragen.

In gewissem Sinne sind wir zu dieser Situation, die Marx und Engels in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts beobachtet haben, zurückgekehrt: Es gibt die Bewegung bereits, aber ihr mangelt es an einer Theorie, an wahren Führern und einer selbständigen Organisation. Es ist klar, daß es hier mit bloßen Hinweisen auf die »historische Wahrhaftigkeit des Marxismus« nicht getan ist. Die Vergangenheit wiederholt sich nicht; auch dann nicht, wenn wir viele interessante Parallelen zur Gegenwart erkennen können.

In der Epoche der Globalisierung, der internationalen Computernetze und transnationalen Gesellschaften durchläuft die Bewegung der Werktätigen erneut die Phase der Formierung, wobei sie gewissermaßen zum zweiten Mal Ideen und Formen des Kampfes für sich entdeckt, die eigentlich schon Geschichte sind. Diese Bewegung bedarf gleichermaßen der Neuerungen wie der Traditionen. Sie bedarf des Radikalismus, weil dies der einzige politische Realismus in einer Welt ist, in der sich die herrschenden Kreise durch nichts eingeschränkt und frei von früheren sozialen Verpflichtungen fühlen. Die Bewegung der Werktätigen wird als »proletarische« im ursprünglichen Marxschen Sinne (d.h. als eine nicht an das Privateigentum gebundene) wiedergeboren. Aber sie ist auch schon mehr als nur eine »proletarische«. Sie schließt den Bauernprotest ebenso ein wie den Unmut der Intellektuellen, berücksichtigt den Widerstand der neuen »technologischen Eliten« gegen das Kapital und die Erhebungen der Völker der »Peripherie« gegen die Willkür des »Zentrums«.

Die Massen, die 1905 und 1917 Revolution gemacht haben, waren auch nicht von den Ideen des Marxismus beseelt. Die Menschen folgten Lenin und Trotzki nicht, weil diese eine bessere Theorie des Sozialismus hatten, sondern weil die Bolschewiki mit der Losung Frieden, Land und Gerechtigkeit hervortraten. Nicht die Ideologie, sondern das konkrete Programm war entscheidend. Solange der Kampf gegen Unterdrückung nicht gleichzeitig ein Kampf für eine neue Gesellschaft ist, ist er zur Niederlage verurteilt. Und noch mehr: Die Diskreditierung der progressiven Utopie im Massenbewußtsein hat immer zur Folge, daß ihr Platz von einer reaktionären Utopie eingenommen wird.

Ohne genaue Vorstellungen über das Ziel zu haben, ist es unmöglich, Strategie und Taktik zu erarbeiten. Das eigentliche Verdienst der Sozialdemokratie Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts war die Verbindung des Marxismus mit der Arbeiterbewegung, hob Lenin hervor. Dieser Sprengstoff hat die Welt erschüttert. Lenin war als echter Aufklärer überzeugt, daß die Intellektuellen das proletarische Bewußtsein in die Massen tragen. Dabei war der Prozeß ein wechselseitiger. Die Massen können keine Theorie ausarbeiten, aber ohne Verbindung zur Massenbewegung stirbt die Theorie ab. Indem sie zur Theorie der Arbeiterbewegung wurden, erlebten die

Siehe den Beitrag von B. Kagarlitzki: Sackgassen und Wegscheiden, in: UTOPIE kreativ, Heft 71 (September) 1996, S. 43-52.

Ideen von Marx eine Transformation, wurden zum Marxismus.

Es ist völlig natürlich, daß ein Theoretiker radikaler sein muß als ein Praktiker. Bereits Marx unterschied zwischen Kompromissen in der Politik und in der Theorie. Für einen Politiker ist ein Kompromiß zulässig, ein Theoretiker muß sich vor Kompromissen hüten. Das Mögliche ist nicht das Notwendige. Die Politik ist die Kunst des Kompromisses und schon darin liegt die Trennung von Theorie und Praxis begründet. Die konkreten Handlungen von Lenin, Trotzki oder Gramsci folgten nicht zwangsläufig aus ihren theoretischen Konstruktionen. Für die Vertreter des klassischen Marxismus blieb die praktische Aktion immer eng mit der theoretischen Suche verbunden. In der Nachkriegszeit riß diese Verbindung ab.

Siehe die Beiträge in
UTOPIE kreativ, Heft 97/98,
(November/Dezember)
1998.

Der Marxismus hat eine historische Niederlage erlebt, aber nicht Ende der achtziger Jahre, als die Berliner Mauer fiel, sondern viel früher, als die Theorie von der Bewegung getrennt und isoliert wurde. Diese erfolgte nicht nur im Osten, wo der Stalinsche »Marxismus-Leninismus« entstand. Im Westen war der akademische Marxismus bereits in den dreißiger Jahren zur Angelegenheit von Zirkeln geworden, während die »klassischen« Formeln zu leblosen Ritualen der sozialdemokratischen oder kommunistischen Parteien gerannen.

Marx begann damit, daß er das sozialistische Projekt von der Utopie trennte. Das ist ihm nicht ganz gelungen, weil das Utopische jeder Theorie, jedem Projekt immanent ist. Marx' entscheidender Beitrag zur politischen Theorie bestand gerade darin, daß er die Notwendigkeit und Möglichkeit der Abkehr von utopischen Träumereien und die Hinwendung zu praktischen Umgestaltungen deutlich machte. Auf den »Pragmatismus« verzichtend, betonte die marxistische Tradition die Notwendigkeit der Vereinigung des »Idealismus« (als Treue zu den Zielen und Prinzipien) mit dem politischen Realismus konkreter Aktionen. Gerade die Erfahrung der praktischen Umgestaltung trägt zur Wandlung des sozialistischen Denkens zu einer Wissenschaft bei. Deshalb ist jede Theorie losgelöst von politischer Praxis einfach sinnlos.

Der akademische westliche Marxismus, der (oft nicht aus eigenem Willen) der Massenbewegung und politischen Aktion entfremdet war, büßte im Laufe der Zeit ungeachtet seiner gewaltigen intellektuellen Erfolge die Fähigkeit ein, zwischen Theorie und Utopie zu unterscheiden. Zur gleichen Zeit erfolgte der liberale Gegenangriff auf den Sozialismus unter dem Banner des »Antiutopismus«. Es ist bemerkenswert, daß die Linken in den neunziger Jahren den Utopismus-Vorwurf akzeptierten. Die einen erklärten sich zu »Realisten« und schworen, sich von der Utopie zu befreien, die anderen glaubten weiter an die Ideale und begannen, die utopische Traditionslinie im Sozialismus zu kultivieren. Das widerspiegeln sogar die Titel der linken Zeitschriften »Utopie kreativ« in Deutschland, »Utopias« in Spanien, »Utopie-critique« in Frankreich usw.

Dieser soziale Utopismus ist nicht boden- oder grundlos, er kann als Antwort auf bestimmte gesellschaftliche Bedürfnisse entstehen, kann das Denken und den Gang der Ereignisse beeinflussen.

Unabhängig davon, wie groß dieser Einfluß ist und in welchem Maße das Ergebnis den ursprünglichen Intentionen entspricht, tritt die Utopie als spezifische Form von Gesellschaftskritik hervor. In der Kollision mit der Praxis wird sie zu Ideologie, oft zu einer extremen Ideologie. Ihr sind die Merkmale des falschen Bewußtseins eigen, nicht nur im Marxschen Verständnis, d.h. wenn Gruppen- oder Klasseninteressen als Interessen der Gesellschaft ausgegeben werden. Eine lineare, vereinfachende Sicht auf die Welt ist vorherrschend. Der Wunsch kommt auf, gesellschaftliche Widersprüche mittels Nivellierung und Reglementierung der Bedürfnisse und der Tätigkeit »zu lösen«. Der Utopist stützt sich dabei ungeachtet der propagierten »objektiven Logik der Geschichte« und der kollektivistischen Werte auf die subjektiven Faktoren, hofft auf »kritisch denkende Persönlichkeiten«, schafft den Kult der Organisation. Der romantische Aktivismus verbindet sich hier mit einer mechanistischen Sicht auf das Alltagsleben. Die Wahl der Mittel wird auf ein Minimum reduziert und das Projekt wird zu einem maximalistischen.

Wenn im 18. und 19. Jahrhundert die Utopie des »Kasernenhofsozialismus« nur als Theorie existierte, so wurde sie im 20. Jahrhundert zur Ideologie konkreter politischer Aktionen. Die vorbürgerliche, ihrem Wesen nach gleichmacherische Utopie verband sich mit der Konzentration politischer Macht und den Mitteln technokratischer Manipulation der Gesellschaft – diesen spezifischen Errungenschaften unseres Jahrhunderts.

Dabei haben Marx und Engels im »Manifest« und in den Entwürfen dieser Programmschrift die Kritik des linken Utopismus und des mit diesem organisch verbundenen Kasernenhofkommunismus in den Mittelpunkt gestellt. Die linke Bewegung muß – wie vor hundert Jahren – den Schritt von der Utopie zur Theorie, von der Träumerei zur Wirklichkeit gehen. Das ist nicht gleichbedeutend mit einer Verurteilung oder Verdammung utopischer Traditionen, aber sie müssen auf dialektische Weise, im Marxschen Sinne, überwunden werden. Ohne auf Utopien zu verzichten, müssen Linke entschieden über sie hinausgehen. In diesem Sinne ist das antiutopische Pathos des Marxschen Sozialismus wieder aktuell.

Die Schwäche der linken Kräfte ist eine Tatsache des politischen Lebens der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts. Das Paradoxon besteht darin, das ihre Schwäche die Linken zwingt, kompromißlos zu sein. Es kann unter Bedingungen des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses keinen »neuen Kompromiß« geben. Jeder, der von Reformen träumt, muß zunächst für die Veränderung des Kräfteverhältnisses kämpfen, d.h. Revolutionär und Radikaler im traditionellen Sinne des Wortes sein.

Jedes Bewußtsein ist beschränkt, es gibt kein absolutes Wissen. Die Rückkehr vom verschwommenen postmarxistischen Theoretisieren zu den einfachen Wahrheiten des klassischen Marxismus ist eine notwendige Bedingung der effektiven politischen Praxis, auch wenn wir heute die Beschränktheit, was nicht gleichbedeutend mit Falschheit ist, vieler ursprünglicher marxistischer Prämissen erkennen.

Die Rückkehr zu den Traditionen ist eines der effektivsten Mittel der Mobilisierung. Tradition ist das, was den Massen bekannt,

Siehe die Beiträge in
UTOPIE kreativ, Heft 78,
(April) 1997.

verständlich und zugänglich ist. Gleichzeitig ist es das, was dem geistlosen Pragmatismus und Egoismus der Eliten entgegensteht. Ohne einen Bezug zu den Traditionen werden die neuen Ideen nicht vom Bewußtsein des Volkes aufgenommen. Verschwörungen und Aufstände gegen Ungerechtigkeit stützten sich stets auf traditionelle Vorstellungen von Gerechtigkeit. Daß die Tradition selbst in diesem Kampf eine radikale Wandlung durchmachte, ist ein anderes Thema.

Der Tradition wenden sich nicht nur die aufständischen Massen zu, auch die Eliten sind bestrebt, verlorenen Boden zurückzugewinnen. Der Neoliberalismus ist auch ein Beispiel für eine neotraditionalistische Ideologie. Konfrontiert mit der Notwendigkeit, dem Sozialismus ein eigenes Projekt entgegenzusetzen, haben die Ideologen der Finanzbourgeoisie darauf verzichtet, neue Theorien zu erfinden. Im Gegenteil, sie wandten sich ihrem traditionellen, klassischen Programm zu und fanden Anknüpfungspunkte in den Schriften der Theoretiker des »Goldenen Zeitalters« des liberalen Kapitalismus. Neoliberalismus und neoklassische Schule sind aber keinesfalls eine mechanische Wiederholung des alten Liberalismus.

Während die reaktionären Kräfte beständig Traditionen aufgreifen, sind die Linken dazu nicht in der Lage und haben ihre wichtigste Tradition, den aktiven Kampf gegen den Kapitalismus, eingebüßt.

Nicht von kultivierter Nostalgie nach dem »Goldenen Zeitalter« der Arbeiterbewegung ist hier die Rede. Dort, wo die Linken sich selbst treu sind, gelingt es ihnen auch, die Initiative zurück zu gewinnen. Die Gesellschaft bedarf neuer Ideen und stabiler Traditionen. Der Neoliberalismus kann weder das Eine noch das Andere anbieten, die Linken können es, wagen es aber nicht.

Die Rückkehr zum Marxismus bedeutet in erster Linie Rückkehr zum »klassenmäßigen Herangehen« in der Politik. Der klassische Marxismus hat nie behauptet, daß der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital der einzige und der schärfste ist. Auch haben Marx und Engels nie behauptet, daß die Gesellschaft restlos in Klassen zerfällt. Sie haben lediglich behauptet, daß der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit der Grundwiderspruch ist, und ohne seine Lösung die anderen Widersprüche und Probleme nicht gelöst werden können. Deshalb war der marxistischen theoretischen Tradition eine bestimmte Beschränktheit eigen, so z.B. das Unverständnis, Tendenzen und Widersprüche der gesellschaftlichen Entwicklung zu erkennen, die sich nicht unmittelbar aus dem Klassenkampf ableiten ließen. Da sie den zentralen Widerspruch begriffen, meinten viele marxistische Analytiker, nicht mehr über sekundäre nachdenken zu müssen. Dabei sind die »zweitrangigen« Widersprüche nicht minder real und wichtig als der »Grundwiderspruch« und das Eine ist nicht ohne das Andere zu begreifen. Hieraus erklärt sich die Inhaltslosigkeit, der Schematismus und die Primitivität der marxistischen Analyse, die im Endeffekt zur Diskreditierung der marxistischen Tradition führte.

Wenn wir den Reichtum und die Mehrdeutigkeit des gesellschaftlichen Lebens begreifen, dürfen wir nicht vergessen, daß es auf bestimmte Weise strukturiert ist. Viele Soziologen im Westen

weisen darauf hin, daß die Klasse in der Gesellschaft und im Leben der Menschen nicht mehr jene Rolle spielt wie in der Vergangenheit, und daß die Menschen ihren »Wert« nicht vermittelt über die Produktion, sondern über die Konsumtion erfahren. In Osteuropa und Lateinamerika ist die Deklassierung der Werktätigen und die »Atomisierung« der Massen auf der Tagesordnung. Und dennoch ist Konsum ohne Produktion unmöglich, und Deklassierung erfolgt nicht jenseits der Klassenstrukturen. Der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital bleibt der zentrale und grundlegende ungeachtet der zahlreichen neuen und der Zuspitzung der alten Probleme. Der Gegensatz von Arbeit und Kapital kommt nicht nur im Kampf der Interessen, sondern auch in entgegengesetzten Werten, Prinzipien und Moralvorstellungen zum Ausdruck. Nur auf diesem stabilen Fundament hat der ethische Sozialismus einen positiven Sinn.

MICHAIL WOJEJKOW

Der ökonomische Determinismus der gesellschaftlichen Entwicklung. Lehren und Perspektiven

Michail Wojekow, Prof. Dr.,
Institut für Ökonomie der
Russischen Akademie
der Wissenschaften,
Mitherausgeber der
Zeitschrift »Alternativ«.

»Diese beiden großen Entdeckungen: die materialistische Geschichtsauffassung und die Enthüllung des Geheimnisses der kapitalistischen Produktion vermittelt des Mehrwerts, verdanken wir Marx. Mit ihnen wurde der Sozialismus eine Wissenschaft, die es sich nun zunächst darum handelt, in allen ihren Einzelheiten und Zusammenhängen weiter auszuarbeiten.«
Friedrich Engels: Anti-Dühring. Einleitung.
In: MEW, Bd. 20, S. 26.

Wenn man mit Gewinn über das Schicksal und die Perspektive des Marxismus sprechen will, muß man zunächst bestimmen, was darunter zu verstehen ist. Das heute zu tun, ist außerordentlich schwierig. Selbstverständlich ist Engels Aussage, daß der Marxismus auf zwei konstituierenden Prinzipien beruht, auf der Lehre vom Mehrwert (und der Arbeitswerttheorie im allgemeinen) und der materialistischen Geschichtsauffassung (dem historischen Materialismus). Dies ist die streng wissenschaftliche und am Text festzustellende Auffassung vom Marxismus. Diese klassische Bestimmung ist nützlich, wenn man sich dem Marxismus als strenger wissenschaftlicher Theorie nähern will.

Daneben gibt es eine weit verbreitete Auslegung des Marxismus als sozialer Sichtweise im weitesten Sinne. Wenn man zum Beispiel von der marxistischen Weltanschauung spricht, meint man nicht die streng wissenschaftliche Theorie, sondern den auf dieser Grundlage entstandenen Komplex der Vorstellungen über alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens. Im gegebenen Falle wird der Marxismus aus einer wissenschaftlichen Theorie zu einer allgemeinen, mit dem Christentum oder Konfuzianismus vergleichbaren Weltanschauung.

Die Menschen verhalten sich zum Marxismus auf unterschiedliche Weise, legen ihn auf je besondere Weise aus. Die einen verstehen Marxismus als strenge Theorie, die die gesellschaftliche Entwicklung mehr oder weniger adäquat zu erklären vermag. Andere sehen im Marxismus die umfassende Weltanschauung, die für sie fast gleichbedeutend mit einer religiösen Lehre ist. Daneben gibt es eine Fülle anderer Auffassungen, das Spektrum reicht von einer Auswahl und Fetischisierung einzelner Dogmen bis hin zu einer Theorie der Vergesellschaftung. Nach der Russischen Revolution von 1917 wurde der Marxismus als Wissenschaft (als materialistische Geschichtsauffassung) einer kritischen Revision unterzogen. Unter den Marxisten herrschte die Auffassung vor, daß die sozialistische Revolution nicht im wirtschaftlich und kulturell rückständigen Rußland siegen konnte. Aber die Revolution war siegreich. Dieser Umstand sorgte in den Reihen der Sozialisten für Verwirrung, löste eine anhaltende Debatte aus.

Die Bolschewiki, das trifft vor allem auf die Stalinsche Periode zu, begannen, die wissenschaftliche Seite des Marxismus zu vernachlässigen. Sie bewiesen die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem – und noch dazu rückständigen – Land.

Die Bolschewiki der Stalinzeit bedienten sich des Marxismus als einer weltanschaulichen Kategorie und verwandelten ihn in eine Art Religion, die sie auf den Namen »Marxismus-Leninismus« taufte.

Andere Sozialisten, die am Marxismus als Weltanschauung festhielten, versuchten weiterhin, das Phänomen der Russischen Revolution im Rahmen des wissenschaftlichen Marxismus zu klären. Die vielfältigen Stand- und Gesichtspunkte, die hier anzutreffen sind, lassen sich auf zwei zurückführen: Die einen meinen, daß die materialistische Geschichtsauffassung nicht auf Rußland zutrifft, wenn man von der Existenz des Sozialismus in der UdSSR ausgeht. Daraus leiten sie die Schlußfolgerung ab, daß der klassische Marxismus (der ökonomische Determinismus) der Revision bedarf. Die anderen bezweifeln, daß der Sozialismus in der UdSSR errichtet worden ist.

Nach dem Zerfall der UdSSR im Jahre 1991 schien es, daß die Meinung der zweiten hier genannten Gruppe die realistische ist. Denn eine stabile Gesellschaftsordnung (der Sozialismus) kann nicht einfach so in einigen wenigen Tagen und ohne Einwirkung äußerer Faktoren (Krieg, Okkupation, Naturkatastrophen usw.) auseinander- bzw. zerfallen. Also hat es in der UdSSR keine sozialistische Gesellschaft im streng marxistischen Sinne gegeben, sondern eine andere Gesellschaftskonstruktion. In diesem Sinne hat das 20. Jahrhundert die Richtigkeit der marxistischen Theorie bestätigt, der zufolge die sozialistische Gesellschaft nur als weltumspannender Prozeß entstehen kann, der von den wirtschaftlich und kulturell entwickeltesten Staaten getragen wird. Das kommende Jahrhundert wird in den ersten Jahrzehnten auch weiterhin die Richtigkeit des Marxismus unter Beweis stellen. Noch bestimmt die Ökonomie die Spezifik der politischen Ordnung der Gesellschaft. Aber bereits heute, mit den »postindustriellen« Entwicklungstendenzen ist klar, daß die zukünftige Gesellschaft die ökonomische Determiniertheit der gesellschaftlichen Entwicklung zu überwinden vermag. Die künftige Gesellschaft wird so formiert und gestaltet sein, wie es die Mehrheit für vernünftig hält. Das heißt, die Ideen werden zu dem die Gesellschaft formenden Faktor. Bedeutet das nicht eine Absage an den Marxismus? Zu einer generellen Absage wird es nicht kommen, nur wird der Marxismus in der postindustriellen Gesellschaft nicht mehr als Marxismus im engeren Sinne verstanden werden können. Viel aktueller und viel wirkungsmächtiger wird der Marxismus als Weltanschauung sein. Und der Marxismus als Weltanschauung wird um ein Vielfaches reicher und komplizierter sein, als man es sich heute vorstellen kann.

Die zweite Schlußfolgerung, die man als Lehre aus dem 20. Jahrhundert ziehen kann, ist, daß der Marxismus der Zukunft weitere, ja wesentliche Veränderungen erfahren wird. Es ist durchaus möglich, daß der Marxismus Ende des 21. Jahrhunderts zu einer allgemeinen und universellen Sozialtheorie wird. Das ist sehr weit in die Zukunft gedacht, und heute sind es nicht diese Fragen, die das wissenschaftliche Herangehen an die gesellschaftliche Entwicklung stellt.

Leider kam es in der UdSSR zu einer Stagnation in der Entwicklung des marxistischen Denkens in den zwanziger Jahren. Bis auf

Siehe den Beitrag von M. Wojekow: Paradox der Russischen Revolution: bürgerlicher Februar und proletarischer Oktober. In: Theodor Bergmann, Wladislaw Hedeler, Mario Keßler, Gert Schäfer (Hrsg.) Der Widerschein der Russischen Revolution. Ein kritischer Rückblick auf 1917 und die Folgen, Hamburg 1997, S. 150-154.

den heutigen Tag interpretieren einige Wissenschaftler den Marxismus so, wie es Kautsky und Lenin Anfang des Jahrhunderts taten. Aber heute bedarf es eines gründlicheren und moderneren Marxismus.

In diesem Sinne kann man den Marxismus als eine Sozialtheorie auffassen, die den Übergang der Gesellschaft vom Reich der Notwendigkeit ins Reich der Freiheit zu erklären hilft. Der Marxismus erklärt nicht, wie der Markt durch den Volkswirtschaftsplan zu ersetzen ist, sondern warum und wann der Zeitpunkt dafür gekommen ist. Aber der Übergang von einer engen, man kann sogar sagen mechanistischen Interpretation zu einer tieferen und reicheren Modifikation ist absehbar.

Der Marxismus kann auch auf sich selbst angewandt werden; als eine wissenschaftliche Theorie, die die Entwicklung und Modernisierung beschreibt, kann er selbst entwickelt und modernisiert werden. Das heißt, mit dem Marxismus sind wir noch lange nicht zu Ende.

(ÜBERSETZUNG W. HEDELER; REDAKTION W. HAIBLE)

IGOR MALJAROW

Jugend und Opposition

Die Krise von 1998 in Rußland hat gezeigt, wie illusorisch die Hoffnungen auf die Herausbildung einer neuen stabilen »Mittelklasse« als massenhafter Stütze des neuen kapitalistischen Regimes sind. Schaden genommen haben die Inhaber von Kreditkarten, die Käufer von Importwaren, die Angestellten der Banken und Wirtschaftsunternehmen, für die der Verlust des Arbeitsplatzes nun Wirklichkeit geworden ist. Die Krise schafft die Voraussetzung für den Übergang der Jugendlichen auf die Seite der Opposition, was sehr wichtig ist, da es heute an einem revolutionären »subjektiven Faktor« mangelt.

Aber wenn aus den vereinzelt Protestaktionen weitverbreitete Unruhen werden, die sich über das ganze Land erstrecken, werden von ihnen alle möglichen, auch die kriminellen Kräfte profitieren, nur nicht die Opposition. Die Triebkraft der Revolution ist immer die Jugend, ihr Epizentrum sind die Hauptstädte und die Industriezentren. Heute besteht die Linke vor allem aus Menschen mittleren Alters, die in ländlichen Gebieten und in Kleinstädten wohnen. Das zeigt sich auch in der sozialen Zusammensetzung und Altersstruktur der KPRF, dem gegenwärtigen Kern der Opposition. Vergleichen wir sie mit der SDAPR(B) im Jahre 1917: Lenin, der die 50 noch nicht überschritten hatte, gehörte zu den ältesten Führungsmitgliedern der Partei. Auf dem letzten Parteitag der KPRF wurden die 50jährigen Sekretäre des ZK in das Präsidium gewählt, um es zu verjüngen. Qualifizierte Arbeiter aus den führenden Industriezweigen und Intellektuelle, die zu den gebildetsten und am besten bezahlten Teilen der Bevölkerung gehörten, bildeten den Stamm der Mitglieder der SDAPR(B). Die Mitgliedschaft der KPRF ist das gerade Gegenteil.

Heute steht im Mittelpunkt des Kampfes zwischen der Mehrheit in der Staats-Duma und dem Jelzin-Regime nicht die Frage nach dem Wesen der sozial-ökonomischen Ordnung, sondern die Frage nach den Formen dieser Ordnung. Die KPRF und die Gesamtrussische Bewegung »Volkspatriotische Union Rußlands« kämpfen heute nicht gegen die Kapitalisierung Rußlands, sondern gegen seine Auswüchse, für eine stärkere nationale Ausrichtung und größere Unabhängigkeit der kapitalistischen Wirtschaft. In diesem Sinne wurde die Opposition 1993 zu einem Element der bürgerlichen Gesellschaft. Sie leistet nicht dem Kapitalismus, sondern dem herrschenden Regime Widerstand. Sie bereitet sich nicht auf die sozialistische Revolution vor, sondern darauf, die Formen der kapitalistischen Entwicklung erträglicher zu gestalten.

Igor Maljarow – Erster Sekretär des ZK des Rußländischen Komsomol, Mitglied der KPRF.

Siehe das Stenogramm der vom Klub »Freies Wort« am 17. Januar 1997 veranstalteten Diskussion zum Thema »Opposition und Macht«. Den einleitenden Vortrag hielt Aleksei Podbesreskin, stellvertretender Vorsitzender der »Volkspatriotischen Union«.

Siehe: Kommunisten: Das Recht auf Macht (Die Wahrnehmung durch das Volk), Moskau 1998 (Bibliothek der Russischen Politologie) Herausgegeben vom Zentrum zum Studium der politischen Kultur Rußlands.

Diese Entscheidung ist freilich den objektiven Umständen und nicht dem subjektiven Opportunismus des KPRF-Vorsitzenden Sjuganow geschuldet. Aber gerade dafür kritisieren die Radikalen innerhalb und außerhalb der KPRF diese Partei. Die Radikalen aber verfügen weder über eigene Kampforganisationen noch haben sie eine Stütze in der Streikbewegung. Die Russische Kommunistische Arbeiterpartei, die Russische Kommunistische Partei-KPdSU, die Gesamtrussische Kommunistische Partei (Bolschewiki), die super-linken Plattformen und »revolutionären« Pseudokomsohlen sind selbst Teil dieses Systems. Gerade wegen ihrer organisatorischen Hilflosigkeit und ihrem kraftlosen, in der Vergangenheit verfangenen theoretischen Blick, braucht sie die jetzige Macht als Buhmann, Schreckgespenst und möglichen Anlaß für Repressalien. Deshalb werden die Reden der Führer dieser Organisationen oft im Fernsehen ohne jeglichen Kommentar ausgestrahlt. Diese Gruppierungen stellen nicht für das System, sondern für die Führung der KPRF eine Gefahr dar. Heute kann Sjuganow jenen Wählern, die für die KPRF stimmen, nicht die Wahrheit über die Rolle der KPRF sagen. Er kann es nicht, weil diese bejahrten, ausgeplünderten und erniedrigten Menschen nicht für ein Vorwärts zu Sozialismus votieren, sondern für ein zurück zur UdSSR. Aber zurück in die UdSSR kann man nicht mehr.

Indem sie die Politik der KPRF bloßstellen, können die Radikalen die Opposition spalten, ja sie können sogar die KPRF in ihrer heutigen, »versöhnlicherischen« Form vernichten, aber sie sind nicht in der Lage, aus den Trümmern dieser Partei eine echte revolutionäre Partei zu schaffen. Sie können es nicht, weil jene Menschen, die noch die Kraft haben, für die UdSSR zu stimmen, nicht mehr in der Lage sind, sich an einem bewaffneten Aufstand für diese Idee zu beteiligen.

So wie die KPRF, so sind auch die Radikalen unfähig, eine neue Gesellschaft aufzubauen. Erstens gibt es keine sozialistische Idee, die von den Massen Besitz ergriffen hätte und in die Zukunft weist, und zweitens fehlen jene gesellschaftlichen Kräfte, die in der Lage sind, eine Veränderung des bestehenden gesellschaftlichen Systems herbeizuführen. Die Wähler, die solche Veränderungen wünschen, wenden sich von der traditionellen kommunistischen Opposition ab.

Die Opposition ist heute mit Schwierigkeiten objektiver wie subjektiver Art konfrontiert. Bedeutet das, daß die Lage der Linken und volkspatriotischen Kräfte in Rußland hoffnungslos ist? Auf keinen Fall! Die Jugendlichen haben der Opposition ebenso gesetzmäßig wie zeitweilig den Rücken gekehrt. Die Erschütterungen, die für ältere Menschen zur Tragödie wurden, haben Jugendlichen eine uneingeschränkte, individuelle Selbstbereicherung möglich gemacht. Ja, es ist eine kriminelle Selbstbereicherung, begleitet von einer Heroisierung der kriminellen Welt. Und es ist eine individuelle Bereicherung auf Kosten des gesellschaftlichen Reichtums. Gerade die Möglichkeit der radikalen Veränderung des individuellen Status hat den aktivsten Teil unserer Bevölkerung den kriminellen Geschäftemachern in die Arme getrieben.

Und genauso gesetzmäßig ist heute der Weg vom Verkäufer im Kiosk in die Chefetage unmöglich geworden. Die Umverteilung

des Eigentums ist im großen und ganzen beendet und die heute Fünfzehnjährigen sind nicht die Bankdirektoren von morgen. Viele fliehen vor dem Alltag in die Schein-Welt der Drogen. Nur die Stärksten wollen noch die Wirklichkeit verändern. Sogar Bankdirektoren erkennen, daß sie heute höchstens zu Juniorpartnern transnationaler Konzerne aufsteigen können. Es ist denkbar, daß an die Stelle der »neuen« Russen noch »neuere« treten, die nicht in erster Linie ihre Stellung in einem armen und abhängigen Land suchen, sondern die die Lage Rußlands und seines Volkes ändern wollen. Die Veränderung funktioniert nicht im individuellen Kampf um einige Dollars, sondern durch Selbstverwirklichung, in kollektiven Aktionen, durch Schaffung entsprechender Organisationsstrukturen. An die Stelle des Individualismus wird wieder die kollektivistische Weltauffassung treten müssen. Die Krise von heute spielt, wie gesagt, eine gewaltige Rolle bei der Ernüchterung der jungen, energischen Menschen.

Diese Entwicklung wird Jahre dauern. Aber bereits heute müssen jene Schritte bedacht werden, die innerhalb der und für die Opposition möglich sind. Eine der wichtigsten Fragen ist die Kaderfrage. Ich bin fest davon überzeugt, daß ohne eine grundlegende Verjüngung der Führung eine Hinwendung der Jugendlichen zur Partei undenkbar ist. Ernsthaft muß über die Ablösung des Parteivorsitzenden nachgedacht werden. Jede Etappe des Kampfes bedarf Führer eines bestimmten Typus. An die Stelle von Theoretikern wie K. Marx und G. Plechanow traten entschiedene Praktiker wie W. Lenin und F. Dserschinski.

1991 und 1992 hat Anpilow die Menschen in den Kampf geführt. Von 1993 bis 1996 hat Sjuganow vieles getan, um die Opposition zu organisieren und zu einen, sie in eine reale politische Kraft zu verwandeln. Für die Herbeiführung eines wirklichen Sieges der Opposition bedarf es aber jetzt eines neuen Führers, eines moderneren, eines, der weniger zur Idealisierung der Vergangenheit neigt, der in der Lage ist, die theoretische Arbeit neu zu motivieren und zu organisieren. Jene Geringschätzung der Jugendorganisationen, die die Apparatschiks alten Stils an den Tag legen, die noch im Geiste im Zeitalter der KPdSU leben, darf es nicht mehr geben.

Ich bin überzeugt, daß auch die Kommunisten der älteren Generation jene Maßnahmen unterstützen und verstehen werden, die auf die Schaffung einer qualitativ neuen politischen Kraft gerichtet sind, die sich auf den Marxismus und die theoretischen Konzeptionen des kommenden 21. Jahrhunderts stützen. Die Bildung dieser neuen Kraft braucht Zeit. Heute geht es darum, durch praktische Maßnahmen, durch die Teilnahme an der Leitung gesellschaftlicher Prozesse die Menschen, d.h. vor allem auch die Jugend auf die Zukunft vorzubereiten. Die Jugendbewegung muß die wahren Patrioten Rußlands vereinen. Komsomol, Pionier- und Studentenbewegung haben sich diesem Ziel verschrieben.

In der gegenwärtigen unruhigen Zeit ist die Einheit der linken, der Zukunft zugewandten Kräfte von großer Bedeutung. Der Komsomol kämpft für die Zukunft.

Siehe: W. A. Oleschtschuk; W. B. Pawlenko: Das Politische Rußland im Jahr 1997. Parteien, Blöcke, Führer. Handbuch, Moskau 1997.

RICHARD SAAGE

Merciers »Das Jahr 2440« und die »kopernikanische Wende« des utopischen Denkens.

I.

Berühmt geworden als »Polygraph«, als Vielschreiber, ist Louis-Sébastien Mercier eine der schillerndsten Figuren der französischen Literatur des 18. Jahrhunderts. Sein veröffentlichtes Œuvre umfaßt, einschließlich der ins Deutsche übersetzten Arbeiten, 74 Monographien literaturwissenschaftlichen, philosophischen und historischen Inhalts, Romane und Streitschriften, 26 lyrische Werke, 51 Theaterstücke, drei Denkschriften sowie 12 Editionen und Übersetzungen.¹ In seinem Nachlaß befinden sich noch unveröffentlichte Manuskripte im Umfang von etwa 10 000 Seiten. Merciers phänomenale Produktivität und sein beträchtlicher Erfolg beim zeitgenössischen breiten Publikum steht freilich in einem scharfen Kontrast zu seiner Reputation als Autor. Als Trivialschriftsteller und »Wirrkopf«² ebenso beschimpft wie als »unermüdlicher Schmierer oder Schwätzer« (indefatigable barbouiller)³, galt er lange Zeit als »Affe Rousseaus« (le singe de Rousseau), als »Rousseau der Gosse« (Rousseau du ruisseau) und als »Karikatur Diderots« (caricature de Diderot): Zusammen mit Restif und Cubière habe er in der französischen Literaturszene der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts »das Triumvirat des schlechten Geschmacks« (le triumvirat du mauvais gout)⁴ gebildet. Ebenso unbestritten aber ist, daß namhafte französische Schriftsteller des 19. Jahrhunderts wie Chateaubriand, Hugo, Balzac und Baudelaire ihn als eine wichtige Quelle ihrer Inspirationen ebenso zu schätzen wußten wie östlich des Rheins Lenz, Klingler, Jean Paul, Wieland und nicht zuletzt Goethe und Schiller.⁵

Ebenso umstritten wie das Œuvre Merciers ist sein 1771 in Amsterdam erschienener utopischer Roman »Das Jahr 2440«⁶, das neben seinem »Tableau de Paris«⁷ heute als sein Hauptwerk gilt. Sofort nach seinem Erscheinen in Frankreich verboten, erregte es nicht nur das Mißfallen staatlicher Autoritäten in Frankreich, sondern auch das der katholischen Kirche. »Im Jahre 1778 wurde es vom spanischen General-Inquisitor Don Felipe Bertràn als im höchsten Grade »gottlos, verwegen, gotteslästerlich« verurteilt. Die Lektüre wird unter Androhung des Kirchenbanns schärfstens untersagt, und zwar in diesem Falle ausdrücklich auch dem Kreise derjenigen Personen, »welche die Erlaubnis besitzen, verbotene Bücher zu lesen«. Im gleichen Jahr war der Roman in Spanien durch einen königlichen Erlaß verboten worden. Alle im Lande

Richard Saage – Jg.1941,
Politikwissenschaftler,
Professor an der
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg.

1 Vgl. Gilles Girard:
Bibliographie des Œuvres
de Mercier, in: Louis-Séba-
stien Mercier précurseur et
sa fortune. Avec des docu-
ments inédits. Recueil d'étu-
des sur l'influence de Mer-
cier. Sous la direction de
Hermann Hofer, München
1977, S. 329-339.

2 Herbert Jaumann:
Nachwort zu Mercier, Das
Jahr 2440. Deutsch von
Christian Felix Weiße
(1772). Hrsg., mit Erläute-
rungen und einem Nachwort
versehen von Herbert Jau-
mann, Frankfurt am Main
1982, S. 321.

3 Vgl. Raymond Trousson:
Introduction zu: Louis-Séba-
stien Mercier, L'An Deux
Mille Quatre Cent Quarante.

kursierenden Exemplare sollten durch den Henker verbrannt werden, und Verlegern wie Buchhändlern, die das Buch verbreiteten, wurden eine hohe Geldstrafe und sechs Jahr Festungshaft angedroht«.⁸ Doch schon kurz nach seinem Erscheinen wies kein geringerer als Wieland auf den hohen zeitdiagnostischen Gehalt dieses Romans hin. »Friedrich Heinrich Jacobi gegenüber, so berichtet dieser in seinem Brief an Sophie La Roche (18.1.1772) hatte Wieland das Buch als eine ganz einzigartige Erscheinung, »ein wahres Zeichen vom jüngsten Tage der französischen Verfassung« gerühmt und wiederholt zur Lektüre empfohlen«.⁹ Und heutzutage bestreitet selbst ein Autor wie Reinhart Koselleck nicht den historischen Rang dieses Werkes, obwohl er »Das Jahr 2440« als einen Meilenstein auf dem Weg zum Tugendterror der Französischen Revolution kritisiert: Mercier habe »einen Zukunftsroman (geschrieben) (...), und zwar wohl den ersten der Weltliteratur«.¹⁰

Wer war dieser Autor¹¹, der wie kaum ein anderer Schriftsteller des 18. Jahrhunderts im Kreuzfeuer der Kritik steht, aber auch als erster konsequenter Repräsentant der literarischen Moderne gefeiert wird? Am 6. Juni 1740 in Paris am Quai de l'École geboren, entstammt Mecier – sein Vater war Händler – einer nicht reichen, aber doch wirtschaftlich gesicherten Familie. Während seiner 9jährigen Ausbildung am Collège de Quatre-Nations, die stark auf das Erlernen der lateinischen Sprache ausgerichtet ist, machte er sich als auswärtiger Schüler mit den Schriften Rousseaus vertraut, die ihn zu einem kultischen Bewunderer des Genfer Philosophen werden lassen. 1763 geht Mercier für einige Zeit als Rhetoriklehrer nach Bordeaux an das Collège de Madeleine. Doch bereits 1765 gibt er diese Stelle wieder auf, um sich nun in Paris ganz der Literatur widmen zu können. Von jetzt an geht es, wie Trousson schreibt, Schlag auf Schlag, Buch für Buch voran: »Der Vielschreiber ist geboren, der die Bibliotheken zu überfluten beginnt...«.¹² Ab 1781 veröffentlicht er sein *Tableau de Paris*: ein Projekt, das als eines der wichtigsten sozialkritischen Dokumente über das Paris des Ancien Régime gilt. Diese Arbeit hat in Frankreich und Europa einen beträchtlichen Erfolg. Doch wird sie von der Zensur verboten. Mecier flieht nach Neuchâtel, wo er das 12bändige Werk beendet.

Seit der Veröffentlichung seines utopischen Romans »Das Jahr 2440« und seines »*Tableau de Paris*« gehörte Mercier zweifellos zu der radikalsten politischen Fraktion der Aufklärung.¹³ Es verwundert daher nicht, daß er begeistert den Ausbruch der Französischen Revolution begrüßte, die er – wie er oft betonte – bereits in seinem utopischen Roman »Das Jahr 2440« vorhergesagt hatte. Doch 1792 als Girondist und Deputierter von Seine-et-Oise in den Konvent gewählt, hatte er sich längst mit den Jakobinern überworfen, denen er ihre terroristische Praxis vorwarf. Nach seiner Weigerung, für die Hinrichtung des Königs zu stimmen, wurde er verhaftet: Nur der Tod Robespierres rettete ihn vor der Guillotine. Aber auch während des Empire blieb Mercier ein intransigentem Republikaner und unversöhnlicher Gegner Napoleons. Nachdem er ihn wiederholt öffentlich beschimpft hatte, zitierte ihn 1802 der Polizeiminister

Rêve s'il en fut jamais. Edition, Introduction et Notes par Raymon Trousson, Bordeaux 1971, S. 7.

4 A.a.O., S. 8.

5 A.a.O., S. 8f.

6 Im folgenden zitiere ich nach dieser Edition: Mercier, *Das Jahr 2440* (Anm. 2). Die Mercier-Zitate, durch runde Klammern im Text gekennzeichnet, wurden anhand folgender französischer Edition überprüft: Mercier, *L'An* (Anm. 3).

7 Vgl. Louis-Sébastien Mercier: Paris am Vorabend der Revolution (= *Tableau de Paris, extraits*). Übersetzt und mit einem Vorwort von Günter Metken, Karlsruhe 1967.

8 Jaumann, Nachwort (Anm. 2), S. 327f.

9 A.a.O., S.327.

10 Reinhart Koselleck: Die Verzeitlichung der Utopie, in: *Utopieforschung. Interdisziplinäre Studien zur neuzeitlichen Utopie*. Hrsg. v. Wilhelm Voßkamp. Dritter Band, Frankfurt am Main 1982, S. 1.

11 Zu Leben und Werk Merciers vgl. Trousson: *Introduction* (Anm. 3), S. 7-74; ders., *Voyages aux Pays de Nulle Part. Histoire littéraire de la pensée utopique*, Bruxelles 1979, S. 175-178; L. Bécharde: *Sébastien Mercier*, Paris 1903; Mercier *précurseur* (Anm. 1); P. Frantz: *Mercier, Louis-Sébastien (1740-1814)*, in: *Dictionnaire de Littératures de Langue Française*, Paris 1984, S. 1469-1471.

12 Trousson: *Introduction* (Anm. 3), S.12.

13 Vgl. Frantz: Mercier (Anm. 11), S. 1469f.

14 Trousson: Introduction (Anm. 3), S. 30.

ster zu sich. Aber Mercier blieb trotz Strafandrohung unbehelligt. Nach sich wiederholenden öffentlichen Skandalen und Provokationen wird Mercier mehr und mehr zu einem belächelten Außenseiter des politischen und literarischen Lebens Frankreichs. In seinen letzten Jahren habe er, wie Trousson schreibt, in einem großen, wenig gepflegten Zimmer gelebt und armselig und verloren gewirkt: eine »tristesse du viel écrivain«. ¹⁴ Mercier starb am 25. April 1814 in Paris und wurde - von der Öffentlichkeit fast unbemerkt – auf dem Friedhof »Père-Lachaise« begraben.

Die Stationen seines Lebens von 1789 bis zu seinem Tod 1814 scheinen ein grelles Licht auf einen wichtigen Charakterzug der Persönlichkeit Merciers zu werfen: sein sich bis zum Eskapismus steigendes Streben nach persönlicher Autonomie, das ihn seine Opposition auch gegen die Machtverhältnisse in der Revolution und im Empire fortsetzen ließ. Daß in der Tat der kritische Spannungsbezug zum jeweils bestehenden machtpolitischen Status quo eine wichtige Quelle für Merciers Produktivität war, demonstrierte er bereits in seiner Zeitdiagnose, wie er sie in »Das Jahr 2440« entwickelte: Gewiß, die von ihm vorgetragene kritischen Argumente gegen Staat und Gesellschaft des Ancien Régime waren nicht neu: Sie wurden vor ihm von Voltaire, Diderot, Rousseau, Montesquieu u.a. formuliert. Doch originell ist die agitatorische Schärfe und Konsequenz, mit der er sie bündelte und einem breiten Publikum wirksam vortrug: Wie in einem Brennspeigel konzentrieren sich in seiner Schrift die kritischen Topoi, mit der die radikalisierte Aufklärung in Frankreich seit der Mitte des 18. Jahrhunderts die legitimatorischen Grundlagen des absolutistischen Systems untergrub.

Bereits in der Einleitung, dem »Zueignungsschreiben an das Jahr 2440«, ist vom »niedrigen Pöbel von Königen« die Rede, »die in jedem Verstande das menschliche Geschlecht gequält haben« (15). Der absolutistische Staat und seine feudalen Stützmächte, der Adel und die katholische Kirche, sind Mercier zufolge nicht nur in sich selbst korrupt; durch die Mechanismen ihrer parasitären Reproduktion zu Lasten der Allgemeinheit zerstörten sie, fast wichtiger noch, die soziale Homogenität des Gemeinwesens insgesamt. Ohne Morus zu nennen, folgte Mercier einem ähnlichen Muster der Gesellschaftskritik in seiner Argumentation wie dieser: In dem Maße, wie eine kleine, um Krone und Altar gruppierte Schicht von der Auspressung der großen Masse und Bevölkerung lebe, stehe äußerste Armut unvermittelt unermeßlichem Reichtum gegenüber. So sah Mercier im Paris des Ancien Régime, diesem »häßlichen Ungeheuer«, den Schauplatz »des größten Reichtums und des äußersten Elendes: der Kampf zwischen ihnen ist ewig. Welch ein Wunder, daß dieser gefräßige Körper, der sich selbst in jedem Teile aufzehrt, sich in seiner abscheulichen Ungleichheit noch erhalten kann« (18).

Aber nicht nur in der Metropole ist der soziale Antagonismus zwischen arm und reich zum dominanten Signum der gesellschaftlichen Verhältnisse geworden; er charakterisiert fast noch eindringlicher die Situation der bäuerlichen Bevölkerung auf dem flachen Land. Mercier zufolge konnte es kein schrecklicheres Schicksal

geben als das eines einfachen Ackerbauern. Verachtet, gedemütigt und ausgebeutet sei er bei seiner schweren Arbeit auf dem Feld »von seinem Ochsen nicht mehr zu unterscheiden« (92). Umgekehrt lebe die Oberschicht in schwelgerischem Luxus. Sie lasse 300 Leute arbeiten, »um 12 Gästen ein Essen zu geben«. Sie verwandle ihre Tafel in eine Opernbühne und suche ihre Ruhmsucht durch übertriebene, sinnlose Verschwendung zu befriedigen (96). So lasse man kostbarstes Porzellan herstellen, dessen Besitz ohne den Schweiß ausgebeuteter Bauern nicht möglich wäre: »Welch elender Luxus ist das Porzellan! Eine Katze kann mit der Bewegung einer Pfote einen schlimmeren Schaden anrichten, als die Verwüstung von zwanzig Morgen Landes bedeutete« (300), und eine Frau trage an ihren Ohren »das Erbteil von zehn Familien« (186).

Instrumentalisiert im Dienst der Interessen einer kleinen Oberschicht verschärfe der absolutistische Staat durch seine Intervention nur noch das soziale Elend. Diese These versucht Mercier am Beispiel des Hôtel-Dieu, eines der zentralen Krankenhäuser in Paris während des Ancien Régime, zu illustrieren: An dieser Institution der öffentlichen Wohlfahrt werde deutlich, wie sich »die unmenschlichste Habsucht ... mit dem Namen der öffentlichen Menschenliebe« schmückt (226): »Sechstausend elende Menschen sind in den Sälen des Hôtel-Dieu zusammengepfertcht, in denen man keinen Durchzug schaffen kann. Der Seitenarm des Stroms, der vorbeifließt, nimmt den ganzen Unrat auf, und dieses Wasser, das die Keime aller tödlichen Krankheiten enthält, dient der halben Stadt als Getränk« (225). Zwei Tage später habe er die Pariser Oper besucht. »...was für ein aufwendiges Spektakel! Dekorationen, Schauspieler, Musiker, an nichts hatte man gespart, um den Augenblick so großartig wie möglich zu gestalten«. Beim ersten Bogenstrich des Orchesters habe er »das schaudervolle Lager dieser armen Kranken vor Augen« (226) gehabt. Wenn man bedenkt, daß im Hôtel-Dieu die Sterblichkeit bei 20 Prozent lag und ein Bett von sechs Kranken geteilt werden mußte, wird man Mercier zugestehen müssen, daß er sich an die Tatsachen hielt (225).

Aber auch vom bestehenden Rechtssystem war Mercier zufolge eine Verminderung des gesellschaftlichen Chaos und ein minimaler Schutz für die Armen nicht zu erwarten. Da die Großen zum Diebstahl hundertmal mehr geeigneter seien als die Kleinen (91), sei die Rechtsprechung zu einer gnadenlosen Klassenjustiz depriviert, die die Reichen gegen die Verelendeten ausspielte. Gleichzeitig, so müssen wir Mercier interpretieren, fördere die Klassenjustiz nicht nur die Verbrechen, indem sie die Straffälligen verhärte (36). Darüber hinaus vertiefte sie die Distanz der Herrschenden zu der großen Masse des beherrschten Volkes, die nur durch ein eng gefügtes System der »Spioniererei des Geheimdienstes« scheinbar zu überbrücken sei: freilich mit der fatalen Konsequenz, daß das gesamtgesellschaftliche Klima durch Mißtrauen und Heuchelei vergiftet werde (38).

II.

Merciers »Das Jahr 2440«, das er seiner kritischen Zeitdiagnose als die bessere Alternative gegenüberstellt, weist viele Strukturmerkmale der klassischen frühneuzeitlichen Utopie auf. Doch was diesen Roman zu Recht berühmt gemacht hat, sind seine charakteristischen Abweichungen vom ursprünglichen Muster. Die erste Differenz ist die literarische Form, in der Mercier sein ideales Gemeinwesen dem Leser präsentiert. In der klassischen Utopietradition entdeckte der Ich-Erzähler den idealen Staat mit seinen Institutionen, die zeitgleich mit seiner Herkunftsgesellschaft existierten. Mercier dagegen ersetzt die Reiseerzählung durch das Traumerlebnis, das ihm als Medium dient, um seinen Entwurf in die Zukunft projizieren zu können. Nach einer langen Diskussion mit einem Freund im Paris des Jahres 1768 begibt sich der Ich-Erzähler zur Ruhe, schläft ein und beginnt zu träumen, bis er matt und zerschlagen erwacht. Die Inschrift einer freistehenden Säule auf einem Platz informiert ihn darüber, daß man das Jahr 2440 schreibt: Zum Greis geworden, hat er also 672 Jahre geschlafen. Ein freundlicher Begleiter zeigt ihm die Errungenschaften der französischen Hauptstadt des 25. Jahrhunderts.

Auf den ersten Blick scheint es so, als ob der Ich-Erzähler eine Stadt kennenlernt, die sich durchaus mit Morus' Amaurotum vergleichen ließe. Geometrische Strukturen, die zugleich soziale Harmonie symbolisieren, beherrschen das Straßenbild: »Alles war verändert (...). Ich verlor mich in großen und schönen Straßen, die schnurgerade liefen. Ich kam an weite Kreuzungen, wo eine so schöne Ordnung herrschte, daß ich auch nicht die kleinste Verwirrung bemerkte. Jenes ungeheure Durcheinander, das meinem Ohr vormals so unangenehm gewesen war, war nicht zu vernehmen (...). Die Stadt bot einen lebhaften Anblick, aber ohne Unruhe und Verwirrung« (22). Der Ich-Erzähler zeigt sich immer wieder fasziniert, daß er »in den Straßen so viel Reinlichkeit und so wenig Verwirrung fand: Man hätte glauben können, es wäre das Fronleichnam-Fest« (26). Ausdrücklich hebt er hervor, daß die Reinlichkeit »das eindeutigste Zeichen für die Ordnung und die öffentliche Harmonie« sei, die allerorten herrsche (94). So seien aus einer »beinahe ... moralischen Vorsicht heraus (...) die Schlachthöfe außerhalb der Stadt angelegt« (ebd.). Diesen Topos übernimmt Mercier von Morus ebenso wie die Abschaffung der Prostitution (103). Ferner helfen an den Hausmauern angebrachte Laternen auch nachts dem Posten bei der Überwachung der öffentlichen Sicherheit; sie ließen nicht zu, »daß man die Stunden der Ruhe störte« (ebd.). Dieses Zusammenspiel von Reinlichkeit, Ordnung und öffentlicher Harmonie prägt selbst noch das Ritual der Mahlzeiten, die das Staatsoberhaupt regelmäßig für Greise, Genesende, schwangere Frauen, Waisen und Fremde veranstaltet, »alles ging in genauer Ordnung vor sich« (96). Und bei der öffentlichen Besteuerung der Bürger erschien es dem Ich-Erzähler so, »als wäre das Volk eine einzige große Familie« (182).

Doch trotz dieser frappierenden Übereinstimmung in der äußeren Phänomenologie der utopischen Stadt wird eine zweite Differenz zur älteren Utopietradition deutlich. Mercier propagierte sein Ideal

nämlich nicht wie Morus und seine Anhänger in der Renaissance im Namen einer dem einzelnen übergeordneten Gerechtigkeit, die Herrschaft als eine nicht hinterfragbare Größe voraussetzt. Vielmehr deduziert er die Institutionen seines idealen Gemeinwesens, in dem jeder einzelne eine humane Existenz zu führen vermag, in Anlehnung an Rousseau und das kontraktualistische Naturrecht aus der natürlichen Gleichheit der einzelnen, die ursprünglicher ist als die staatlich verfaßten Gesellschaften.¹⁵ Dies vorausgesetzt, besteht die Funktion des Souveräns und der ihm untergeordneten Institutionen darin, »die natürliche Gleichheit zu erneuern, die unter den Menschen herrschen soll« (28). Das utopische Gemeinwesen ist erst dann vollendet, wenn die Menschen »wieder in ihre unverjährten Rechte getreten sind, denn es waren Rechte der Natur« (89). Nicht die Institutionen des idealen Staates vermitteln der Existenz des einzelnen einen Sinn: Mercier nimmt vielmehr seinen Ausgang vom Egalitarismus der ursprünglich Gleichen und Freien, der den Institutionen zeitlich und logisch vorgeordnet ist. Während Morus und seine Anhänger im 16. und 17. Jahrhundert politische Herrschaft als eine natürliche Konstante akzeptierten, wird deren Konseptslosigkeit bei Mercier im Medium der ursprünglichen Herrschaftslosigkeit, in der sich die einzelnen befunden haben, radikal problematisiert: »... kein Mensch ist nach dem Gesetz der Natur einem anderen Menschen notwendig unterworfen; niemand wird als Sklave geboren; auch Könige werden als Menschen geboren und nicht als Könige (...)« (170). Gleichzeitig wird für dieses Gesetz universelle Gültigkeit reklamiert, weil »das natürliche Gesetz, das so einfach und rein ist, (...) in einer einförmigen Sprache zu allen Völkern (spricht). Sie ist allen vernünftigen Wesen verständlich. Dieses Gesetz ist nicht von Schatten und Geheimnissen umgeben; es ist lebendig; es ist mit unauslöschlichen Zeichen in aller Herzen geschrieben ...« (245).

Wie wirkt sich dieses Ineinandergreifen kontraktualistischer und utopischer Argumentationsfiguren in Merciers »Das Jahr 2440« auf die Sphäre der materiellen Reproduktion seines utopischen Staates aus? Auch wenn Mercier an keiner Stelle seine ökonomischen Vorstellungen systematisch entfaltet, so lassen seine Ausführungen doch die Umrisse eines Wirtschaftssystems erkennen, das sowohl durch individualistische als auch durch ganzheitlich-kollektive Prämissen gekennzeichnet ist. So optiert Mercier nicht wie Morus, Campanella, Andreae und Winstanley für das kommunistische Gemeineigentum, sondern er folgt Bacon, wenn er nicht nur Geld (25) zum Medium des Tausches, sondern auch das Privateigentum zur Grundlage des eigentlichen produktiven Sektors der Wirtschaft, nämlich des Ackerbaus und der Viehzucht, erhebt. In der Regel bestellt jeder Hausvater seinen Acker persönlich (185): Eine kollektive Bewirtschaftung von Grund und Boden ist also nicht vorgesehen. Auch kommt der landwirtschaftliche Sektor in Merciers Utopie offensichtlich ohne Lohnarbeit nicht aus. Im Gegensatz zu Rousseau nimmt er also eine weitgehende Vermögensdifferenzierung in Kauf. Charakteristisch ist aber auch, daß Mercier das Privateigentum einer strikten Sozialpflichtigkeit unterwirft. Die Reichen verstehen sich lediglich »als Verwalter der Güter einer

15 Zur Differenz von kontraktualistischem und utopischem Denken vgl. Richard Saage: Das Vertragsdenken und die politischen Utopien der Aufklärung, in: ders.: Vertragsdenken und Utopie. Studien zur politischen Theorie und zur Sozialphilosophie der frühen Neuzeit, Frankfurt am Main 1989, S. 67-92.

günstigen Vorsehung« (94). Da sie sich durch »ehrenvolle«, d.h. der Allgemeinheit dienende Projekte hervortun, trifft sie nicht der soziale Neid der Armen. Und umgekehrt lassen die Reichen jegliche Anmaßung gegenüber den unteren Schichten vermissen: Sie speisen mit ihren Bediensteten an einem Tisch, die sie ihrerseits als tugendhafte Vorbilder anerkennen (192).

Auch wenn Merciers utopisches Wirtschaftssystem weit vom Kommunismus der klassischen Utopietradition entfernt ist, so setzte er sich jedoch – in dieser Hinsicht wieder den älteren utopischen Vorbildern folgend – für eine Form der Ökonomie ein, die jede kapitalistische Dynamik vermissen läßt. Produktion und Distribution der Güter erfolgen nicht für den Markt zum Zweck der Profitmaximierung; Motiv des Wirtschaftens ist – wenn auch auf der Grundlage des Privateigentums und der Geldwirtschaft – die Bedürfnisbefriedigung: »Alles, was zur Bequemlichkeit, zu einem geruhsamen Leben, zur strikten Erfüllung der Absichten der Natur dient, wird mit der größten Sorgfalt betrieben« (187). So spornt nach Mercier den vorbildlichen Landmann nicht die Habsucht an, »sondern die Liebe zur Arbeit, für die (...) der Mensch geboren sei, und der fromme und große Gedanke, daß Gott ihn sehe, wie er das Feld bestellt, um seine Kinder zu ernähren« (212). Von Rousseau inspiriert, aber dessen Verdikt der Lohnarbeit nicht übernehmend, beschwört Mercier dann auch immer wieder die Idylle des selbstgenügsamen und von sinnvoller Arbeit erfüllten Landlebens, von dem er negativ die Konkurrenzmechanismen der bürgerlichen Gesellschaft in den Metropolen wie Paris und London abhebt.

Der Handel ist prinzipiell auf das Inland beschränkt: »Er gründet sich hauptsächlich auf den Ackerbau und verteilt die nötigsten Nahrungsmittel« (185). Die offensichtlich staatlich gelenkte und organisierte Distribution wird durch ein ausgebautes Kanalsystem erleichtert. »Der Handel verbreitet seine Schätze von Amsterdam bis Nantes und von Rouen bis Marseille« (91). Gleichzeitig sind der Ausfuhr enge Grenzen gesetzt. »Brauchbare Erzeugnisse«, zu denen z.B. Kupferstiche gehören, »werden reichlich und in jeder Art hergestellt, das Überflüssige geht ins Ausland, und wir beziehen dafür zusätzliche Lebensmittel« (93). Dagegen ist der Außenhandel mit »überflüssigen Dingen« wie Tabak, Kaffee, Tee etc. strikt verboten, weil er als der »Vater jenes verderblichen Luxus« gilt, der seinerseits »die unglaubliche Mißverteilung der Glücksgüter hervorbrachte und den gesamten Reichtum in der Nation in die Hände einer kleinen Zahl von Leuten spielte« (186). Konsequenz werden die großen Handelsgesellschaften, die durch Luxus-Importe angeblich die guten Sitten verdarben, aufgelöst (ebd.).

Da sowohl für die Produktion als auch für die Distribution der Güter ein sich selbst regulierender Markt fehlt, kommt dem Staat bei der Regulierung des Wirtschaftslebens eine überragende Bedeutung zu. Er hat nicht nur dafür zu sorgen, daß »die Interessen des Anbauers und des Verbrauchers aufeinander abgestimmt« sind (90f.): Im Sinne dieses Imperativs kontrolliert er den gesamten Außenhandel. Darüber hinaus obliegt es ihm, alle Monopole in Handel und Produktion (91) zu zerschlagen und insbesondere die Preise für Lebensmittel und andere Waren festzulegen, zu verkün-

den und über ihre Einhaltung zu wachen (159). Ferner richtet der Staat öffentliche Speicher ein, um bei Mißernten zu verhindern, daß die Knappheit »den Untergang von mehreren tausend Menschen« (93) bewirkt. Den alten utopischen Gedanken der Speicherung von Getreide in Notfällen sowie generell der staatlichen Regulierung von Produktion und Distribution aufgreifend, geht Mercier zweifellos zu der frühliberalen Schule der Physiokraten auf Distanz (z.B. 250f, 299). Zwar stimmt er mit ihnen überein, daß die Landwirtschaft der entscheidende produktive Sektor innerhalb der Gesamtwirtschaft ist. Doch Freihandel nach innen und außen sowie die Bestimmung der Lebensmittelpreise durch den Markt lehnte er, wie wir sahen, dezidiert ab.

Wie soll angesichts einer solchen Option für eine »gebremste Ökonomie« nicht nur die Versorgung der Gesellschaft (93), sondern darüber hinaus die Produktion von Überschüssen (ebd.) und eine drastische Senkung der Arbeitszeit auf »einige wenige« Stunden gesichert werden (93)? Die Antwort, die Mercier auf dieses Problem gibt, unterscheidet sich kaum von den Prämissen seiner Vorgänger seit Morus. Sie lassen sich, vereinfacht ausgedrückt, auf drei Annahmen zurückführen:

a. Auch Mercier stigmatisierte die Luxusproduktion und -distribution. Gleichzeitig legte er die Bewohner seines utopischen Gemeinwesens im Jahr 2440 auf eine gemäßigte Lebensweise fest, die in Übereinstimmung mit ihren »natürlichen Bedürfnissen« steht (53). Um deren »Luxurierung« im Ansatz zu verhindern, ist der Kauf auf Kredit untersagt; jeder ist also gezwungen, seine Bedürfnisbefriedigung so lange aufzuschieben, bis er die gewünschten Güter auch tatsächlich bar bezahlen kann (25). In Analogie zu den Utopiern bei Morus, die aus Gold ihre Nachtgeschirre fertigen lassen, wirft man »die heimtückischen Diamanten, die gefährlichen Perlen und alle diese bunten Steine, die die Herzen so hart machen (...), ins Meer« (187). Wir haben es also in Merciers utopischem Gemeinwesen mit einer begrenzten und konstanten Bedürfnisbefriedigung zu tun.

b. Mercier folgte seinen utopischen Vorgängern auch in der Annahme, daß der naturwissenschaftlich-technische Fortschritt nicht nur die physische Arbeitsqual lindere, sondern auch zur Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums beitrage. Tatsächlich ist denn auch von Maschinen die Rede, die konstruiert werden, »um die Arme des Menschen zu entlasten (...). Mit den schwersten Lasten umzugehen, war eine Spielerei« (145f.). Man geht kaum fehl, wenn man »Das Jahr 2440« durch eine geistige Hegemonie von Naturwissenschaft und Technik charakterisiert sieht (138,140), auch wenn von einer Industrialisierung noch nicht gesprochen werden kann. Andererseits ist jedoch höchst interessant, daß Mercier bereits eine erstaunliche Sensibilität für die Gefahren der modernen Technik entwickelt zu haben scheint (146).

c. Nicht anders als seine Vorgänger sieht Mercier die vollständige Mobilisierung aller Arbeitsressourcen vor, mit der eine generelle Aufwertung der Arbeit in der öffentlichen Meinung einhergeht (93). Die einzigen legitimen »Goldquellen« in Merciers Utopie sind »die Arbeit und der Fleiß« (187). Freilich ist in dieser

»Bienen-Republik« (95) Frauenarbeit außerhalb des Haushaltes untersagt; doch da diese Tätigkeit gleichwohl der Reproduktion des Gemeinwesens zugute kommt, läßt sich auch sie unter dem Begriff »Mobilisierung der Arbeitsressourcen« subsumieren. Nichtsteuer werden angezeigt.

Dadurch, daß eine dem Müßiggang verschriebene Oberschicht und ihr dienstleistender Anhang nicht mehr von der großen Masse der Bevölkerung ernährt zu werden braucht und gleichzeitig im Prinzip jeder durch seine Arbeit zur Reproduktion des Gemeinwesens beitragen muß, glaubte Mercier, eine begrenzte und konstante Bedarfsdeckung der Gesamtgesellschaft vor Augen, die Abschaffung des Hungers und das Recht auf Muße für jeden einzelnen – wie seine Vorgänger seit Morus – zu einem einklagbaren Recht erheben zu können.

III.

Wenn die Spuren des individualistischen Naturrechts innerhalb des an utopisch-holistischen Prinzipien ausgerichteten Wirtschaftssystems des »Jahres 2440« unverkennbar sind, so stellt sich die Frage, ob auch das politische System des besten Staates bei Mercier durch eine solche Ambivalenz gekennzeichnet ist. Um es vorweg zu sagen: Da Mercier Rousseaus *Contrat Social* »utopisiert«, übernimmt er auch bei der Konzipierung seiner idealen politischen Verfassung viele kontraktualistische Prämissen, um sie freilich andererseits – auch hier wieder seinem Idol folgend – durch holistisch-ganzheitliche Politikmuster zu überlagern.

Das kontraktualistische Erbe des individualistischen Politikverständnisses läßt sich bei Mercier leicht nachweisen. Wie die meisten Vertreter des kontraktualistischen Naturrechts begrenzt er die politische Emanzipation des »Dritten Standes« auf die der bürgerlichen Hausväter. Tatsächlich wird Mercier nicht müde, den Rousseauschen Topos zu variieren, daß die Frauen nur eine »natürliche Pflicht« kennen: »Kinder zu gebären und denen ihre Muße zu versüßen, die mühsam für die Bedürfnisse des Lebens sorgen« (26). Die Frauen zeichneten »sich durch nichts anderes aus als durch das, was von ihren Männern auf sie zurückfällt« (173). Sie finden ihr Vergnügen ausschließlich »an den Freuden des häuslichen Lebens« (125). Innerhalb eines solchen friedlichen und tugendhaften Familienlebens werden die Jugendlichen nach Rousseauschen Erziehungsprinzipien sozialisiert. Die partriarchalisch gefärbte Privatheit im Rücken, ist umgekehrt der Hausvater wie selbstverständlich Voll- und Aktivbürger: Nicht die Frau, sondern der »Herr des Hauses« hat die Steuern an den Staat zu entrichten (181).

Wie ist nun das politische System im engeren Sinne charakterisiert, für das die Bewohner des idealen Staates im Jahr 2440 optieren? Wir gehen sicher nicht fehl in der Annahme, daß es sich, wenn auch in charakteristisch modifizierter Form, an Prämissen orientiert, die Rousseau in seinem *Contrat Social* entwickelt hat. Über den Genfer Philosophen hinausgehend, der in seiner Typologie der Regierungsformen die traditionelle Unterscheidung zwischen Monarchie, Aristokratie und Demokratie übernahm, läßt Mercier nur noch die Rousseausche Differenzierung zwischen der Staats-

form der Republik und der Despotie gelten. Die Republik, die das ideale Gemeinwesen des Jahres 2440 verwirklicht, ist ganz im Sinne Rousseaus durch die Herrschaft der *volonté générale* charakterisiert. Wie sich einerseits kein Mensch über die Gesetze stellen darf (164), so haben alle politischen Amtsträger – allen voran das Staatsoberhaupt – keine andere Aufgabe zu erfüllen als die Vollstreckung des Volkswillens (285). Ein auf diese Maxime festgelegtes Staatshandeln, so Mercier, versöhnt das Wohl des Staates mit dem des Bürgers und setzt das öffentliche Glück ineins mit dem Glück eines jeden einzelnen (164). Auch nähert sich Mercier Rousseau, wenn er eine optimale Basisnähe der in den Institutionen wirkenden Amtsträger vorsieht. In Absetzung vom absolutistischen Herrschaftssystem ist die politische Verfassung seines idealen Gemeinwesens durch eine weitgehende Dezentralisierung charakterisiert (162).

Doch andererseits dürfen einige wichtige Abweichungen von Rousseauschen Verfassungsprinzipien nicht verschwiegen werden, die ihn sogar noch weiter an das kontraktualistisch-individualistische Verfassungsmodell heranzuführen scheinen als sein großes Vorbild. Dem von Rousseau so kritisierten englischen Verfassungssystem folgend, tritt er für die Gewaltenteilung ein (285). Diese Einschränkung der staatlichen *potestas* wird durch ein System der »*check and balances*« erreicht, das auf drei Säulen beruht: dem Staatsoberhaupt, der Ständeversammlung und dem Senat (163). Wir haben es also mit einer Mischverfassung nach englischem Vorbild zu tun: Das demokratische Element verkörpernd, ruht die Volkssouveränität der Legislative in der Ständeversammlung, während das aristokratische Moment im Senat und die monarchische Komponente im Staatsoberhaupt institutionalisiert ist. Um den Rückfall in den Absolutismus zu verhindern, ist der Monarch von Zensoren umgeben, die alle mit despotischen Aspirationen erfüllten Berater aus seiner Umgebung vertreiben (165). Ferner wird der Thronfolger wie ein einfacher Bürger erzogen, um seine Entfremdung vom Volk zu verhindern; diesem Zweck dient auch die Pflicht des zukünftigen Monarchen, im 24. Lebensjahr eine Bürgertochter zu heiraten. Selbstverständlich ist die Bastille als das Symbol des Despotismus längst geschleift (33), die Folter abgeschafft und die gesamte Justiz nach den Prinzipien Beccarias reformiert (64).

Allerdings verläßt Mercier das kontraktualistisch-individualistische Paradigma wieder, wenn er sich der Publizität in seinem Idealstaat zuwendet. Zwar übernimmt er das ganze Pathos der heroischen Phase des gegen Feudalismus und Absolutismus aufbegehrenden frühen Bürgertums, wenn er die Freiheit der Presse als das wahre Maß der bürgerlichen Freiheit feiert (40, 104). Doch im Unterschied zu deren führenden Repräsentanten ist für ihn die Öffentlichkeit kein Forum, auf dem sich die individuellen Vernunftträger erst über das konsensfähige Allgemeine diskutant zu verständigen haben.¹⁶ Vielmehr legt er – wie seine Vorgänger im klassischen Utopie-Diskurs – seinem Öffentlichkeitsmodell einen holistischen bzw. monistischen Vernunftbegriff zugrunde, der sich gegen seine eigene Selbstproblematisierung sperrt. Anstatt sich mit den eigenen

16 Vgl. Jürgen Habermas: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, 3. Auflage, Neuwied und Berlin 1968.

regressiven Gefährdungen kritisch auseinanderzusetzen, werden die emanzipatorischen Motive der Vernunft Opfer ihrer eigenen Dialektik: Sie deprivieren zu dem, was sie aufheben wollten, nämlich zur repressiven Herrschaftspraxis.

So ist die Methode, mit der »den elenden Schulstreitigkeiten« der Vergangenheit ein »entscheidender Schlag« versetzt wurde, von den Herrschaftsmitteln des Ancien Régime kaum zu unterscheiden: »Mit dem Einverständnis aller« kommt es zu Bücherverbrennungen großen Stils (114), denen nur wenige Texte der Weltliteratur wie etwa die Werke Rousseaus entgehen. Verstößt ein Schriftsteller gegen die »allgemeingültige Moral« (39), so wird er jeden Tag von zwei tugendhaften Bürgern aufgesucht, die in ihrer Überzeugungsarbeit so lange fortfahren, bis er »seine gefährlichen Grundsätze« widerruft. Die Schauspielhäuser sind im Jahr 2440 zu öffentlichen Schulen der Sitten, der Moral und der Tugend geworden (98). Auch die bildenden Künstler, vom Staat besoldet, haben ihre Talente der Darstellung der Tugend zu widmen (154). So müssen die Bilder der Maler im Betrachter große und tugendhafte Empfindungen auslösen, und die Bildhauer sind gehalten, keine »Skulpturen herzustellen, die der Seele nichts« sagen (155).

Angesichts solcher Konsequenzen ist klar, daß »Öffentlichkeit« in Merciers Utopie Herrschaft nicht auflöst, sondern neu legitimiert. Im vernünftigen Staat des Jahres 2440 hat nämlich die diskursive Auseinandersetzung keinen Ort, weil der vernünftige Maßstab, der entscheidet, was »richtig« und was »falsch« ist, als a priori gegeben unterstellt wird. An sich in jedem vernünftigen Menschen angelegt, rechnete Mercier gleichwohl mit einer unterschiedlichen Partizipation der einzelnen an der Vernunft: Befindet sich auch im utopischen Staat die Masse der Bevölkerung erst auf dem Weg zur Vollkommenheit, so steht ihr doch eine kleine Elite gegenüber, die infolge ihres Immediatverhältnisses zur Vernunft eine gesamtgesellschaftliche Autorität beanspruchen kann. Diese Option rückt das politische System Merciers in eine überraschende Nähe zu Platons Politeia. Wenn Mercier schreibt, die Herrscher hätten sich endlich dazu bequemt, auf die Stimmen der Philosophen zu hören (130), so wendet er nur eine zentrale Maxime Platons auf sein eigenes politisches System an. Zwar nennt er die Philosophen häufig auch Schriftsteller, die – im Unterschied zur Politeia – als Privatleute politische Herrschaft nicht direkt ausüben. Gleichwohl geht von ihrem öffentlichen Engagement eine geistig-politische Hegemonie sowohl über die politischen Amts- und Funktionsträger als auch über das Heer der staatlichen Aufseher aus, »die überall die Fackel der Vernunft herumtragen und ungeduldige oder aufrührerische Geister zu heilen suchen« (96). Dieser politisch herrschenden Kaste ist das eigentliche Volk konfrontiert, dessen weiblicher Teil durch Hausarbeit, Geburt und Aufzucht der Kinder ebenso die materielle Reproduktion des Gemeinwesens garantiert wie die Arbeit der bürgerlichen Hausväter in Landwirtschaft und Handwerk.

IV.

Die institutionalisierten Arrangements des idealen Staates Merciers im Jahr 2440, so konnte gezeigt werden, sind stark vom Muster der älteren Utopietradition beeinflusst, weil ihnen, wie insbesondere sein Öffentlichkeitsmodell verdeutlicht, ein ganzheitliches Konzept der Vernunft zugrundeliegt. Ausgehend von einer bei Morus und seinen Anhängern im 16. und 17. Jahrhundert freilich nicht bekannten Normativierung der Natur, die als Maßstab aller politischen und sozialen Einrichtungen und Verhaltensweisen gilt, assimilierte er jedoch seinem utopischen Konstrukt neue Elemente, die dem modernen bzw. individualistischen Naturrecht verpflichtet sind: Gemeint ist die quasi-kontraktualistische Begründung der politischen Herrschaft, die von der Fiktion der ursprünglich gleichen und freien Männer sowie vom naturrechtlich abgeleiteten Egalitätsprinzip ausgeht.

Die eigentliche Originalität Merciers liegt allerdings in der spezifischen Fassung des Geltungsanspruches seiner Utopie. Er verabschiedete nämlich den Insel-Topos als Ort der utopischen Gegenwart und ersetzte ihn durch das Medium des Traumes, der das ideale Gemeinwesen vom Raum in die Zeit, d.h. von der Gegenwart des Ich-Erzählers in die Zukunft des Jahres 2440 verlegt. Die Folgen dieses Paradigmenwechsels für die Struktur der frühneuzeitlichen Utopie sind weitreichend. Zunächst entzieht sich das utopische Gemeinwesen bereits in der Fiktion jeglicher objektivierbaren Überprüfung: Es ist nicht mehr als Insel in einer imaginierten Geographie lokalisierbar, die der Erzählung ihren realistischen Anstrich verleiht. Von vornherein im Medium eines individuellen Traums dargestellt, gibt es sich vielmehr als Teil der Subjektivität des Ich-Erzählers zu erkennen. Immanuel Kant hatte diese »kopernikanische Wende« in der Erkenntnistheorie durch die Annahme herbeigeführt, daß »die Gegenstände (...) sich nach unserer Erkenntnis richten (müssen)«¹⁷ und nicht umgekehrt. Wenn so die philosophierende Subjektivität das, was sie erkennt, selber konstituiert, dann wurde das erzählende Subjekt bereits 10 Jahre vor Erscheinen der »Kritik der reinen Vernunft« in Merciers »Das Jahr 2440« zum Produzenten der Utopie erhoben.

Eine weitere Innovation folgt aus diesem Paradigmenwechsel. In Anlehnung an Platon war die Renaissance-Utopie als ein statisches Ideal gedacht, das – in sich vollkommen – außerhalb der Geschichte stand und somit gegenüber grundlegenden Veränderungen immunisiert war. Der Rousseau-Schüler Mercier ersetzte die statische Perfektion der Utopie durch die entwicklungs-dynamische »perfectibilité«. Diese Entwicklungsfähigkeit wird zunächst anthropologisch begründet: »Wir glauben, daß alle Seelen ihrem Wesen nach gleich sind, verschieden aber nach ihren Eigenschaften. Die Seele eines Menschen und die eines Tieres sind in gleicher Weise immateriell, aber jene hat einen Schritt weiter in der Perfektibilität getan als diese, und das macht ihren gegenwärtigen Zustand aus, der sich gleichwohl ändern kann« (76). Entscheidend für die Struktur der Zeitutopie ist aber, daß Mercier die anthropologisch verankerte »perfectibilité« in eine geschichtsphilosophische Teleologie einbindet. So läßt er einen Bürger des idealen Staates im

17 Immanuel Kant: Kritik der reinen Vernunft. Erster Teil, in: Kant: Werke, Bd. 3, Darmstadt 1968, S. 25.

Jahr 2440 sagen: »Wir sind aus der Barbarei herausgetreten, in der ihr versunken wart (...). Nach und nach wurde der Geist herangebildet. Wir müssen noch mehr tun, als wir bisher geschafft haben. Wir haben nicht viel mehr erreicht als die Hälfte der Leiter« (102). Oder anders formuliert: Das utopische Gemeinwesen steht nicht mehr außerhalb einer zielgerichteten geschichtlichen Entwicklung, sondern ist in diese eingebunden.

Damit wird aber zugleich auch der Dualismus zwischen dem kritikwürdigen Ist-Wert der Herkunftsgesellschaft und dem anzustrebenden Soll-Wert des utopischen Gemeinwesens relativiert: Mercier läßt dann auch seinen utopischen Staat direkt aus dem Ancien Régime selbst hervorgehen; Paris hat sich im Jahr 2440 zwar grundlegend geändert, aber es handelt sich um dieselbe Stadt, in der 1771 Mercier die literarische Version seines Traumerlebnisses veröffentlicht. Zugleich ist der in die Zukunft projizierte ideale Staat ein in sich geschlossenes, nach außen hin prinzipiell abgeschottetes Gemeinwesen, um sich gegen die angeblich verderblichen Einflüsse vor allem der europäischen Zivilisation schützen zu können. Als Ausdruck praktisch gewordener Aufklärung ist er vielmehr die literarische Illustration einer universalen Tendenz, die im Prinzip die gesamte Welt umfaßt: Sie reicht von China, Marokko und Petersburg bis hin nach Südostasien und der Türkei (195-213).

Den Motor dieses Fortschrittsprozesses lokalisierte Mercier in der aufklärerischen Publizistik und im guten Willen der Herrschenden (269). Wer »Das Jahr 2440« dennoch als frühe Legitimationsschrift für den Terreur liest¹⁸, schießt über das Ziel hinaus. Im Gegensatz zu Robespierre und den Jakobinern hat Mercier als Politiker der Gironde, wie schon hervorgehoben wurde, die Gewalt als legitimes Mittel der Politik abgelehnt und diese Option beinahe mit seinem Leben bezahlt. Allerdings warnte er schon 1771 vor der Verschleppung notwendiger Reformen in Staat und Gesellschaft. Dann könnte eine Situation eintreten, in der »alles in Europa auf eine jähe Revolution hinaus(geht)« (387). Und »gewissen Staaten« sagte er »eine schreckliche Epoche« voraus. »Ich spreche vom Bürgerkrieg (...) Das Ganze ist ein schmerzhaftes Heilmittel, es wird aber nicht zu vermeiden sein, wenn der Staat in hilfloser Lähmung und die Seelen der Menschen in Betäubung versunken daliegen« (283).

18Vgl. Koselleck: Verzeitlichung (Anm. 10), S. 7.

WOLFRAM ADOLPHI

Kommunikationsstörung. PDS am Jahreswechsel

Es ist schwer, Erfolg zu haben. – Unter DDR-Außenhändlern im kapitalistischen Ausland gab es für den besonderen Erfolgsfall das geflügelte Wort »Der Kunde droht mit Kauf«. In Japan zum Beispiel war es Anfang der achtziger Jahre im Schwange, als ein Thüringer Betrieb hochleistungsfähige Halogenscheinwerfer auf den Markt brachte. Die fanden, noch ehe man sich auf den sonst üblichen langen Weg der Kundengewinnung und dann meist kleinteilige Vertragsabschlüsse gemacht hatte, plötzlich das lebhafteste Interesse eines der weltgrößten Autohersteller. Riesiger Jubel – und zugleich die Angst: Wer um alles in der Welt sollte denn die nun geforderten Millionen-Stückzahlen produzieren? Die »Erlösung« kam, weil die japanische Seite schnell von selbst erkannte: Das Angebot war erstklassig, für einen soliden Vertrag aber fehlten eine Menge Voraussetzungen.

Seit die Erfolgsnacht des 27. September 1998 mit dem zum Wiedereinzug der PDS in den Bundestag und zur SPD-PDS-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern führenden Wahlergebnis vorüber ist, erinnern mich etliche PDS-Politikerinnen und -politiker sehr lebendig an jene erfolgsver zweifelten Außenhändler. Mit viel Energie hatte sich die PDS auf der Basis beachtlicher Leistungen auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene in die Wahlkämpfe gestürzt – und siehe, das Angebot war so gut, daß »der Kunde« mit Kauf nicht nur drohte, sondern ihn sogar realisierte. Und nun spüren sie in der PDS allenthalben, daß ein dauerhafter »Verkaufs«-Erfolg trotzdem nicht gesichert ist. Ein Ausstieg aber, wie er den Außenhändlern als »Erlösung« zur Verfügung stand, ist hier keine brauchbare Alternative. Nur eines gilt, will man ernstgenommen bleiben: das Versäumte gründlich nachzuarbeiten.

Indes: Was eigentlich ist das – das Versäumte? Wer beschreibt es, wer setzt die Maßstäbe?

Am 7. November 1998 unternahm die Partei mit einer Bundeskonferenz in Berlin den Versuch einer ersten gemeinsamen Klärung. Parteivorsitzender Lothar Bisky benannte als nächstes politisches Ziel: den Einfluß der PDS im Osten landespolitisch und damit im Bundesrat bundespolitisch in kürzerer Zeit zu erhöhen und so zu neuen Mitte-Links-Mehrheiten zu gelangen. Voraussetzung dafür sei, daß »wir als PDS praktisch etwas durchsetzen können«. Denn nur dann würden sich »relevante Teile der Gesellschaft, wesentliche linke Potentiale auch in der PDS organisieren oder mit ihr zusammenarbeiten.«¹

Wolfram Adolphi – Jg. 1951, Dipl.-Staatswissenschaftler, Dr. sc. phil. mit Arbeiten zur Außenpolitik der VR China und zur Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen; freiberuflich tätiger Journalist; Mitarbeiter von UTOPIE kreativ.

1 Vgl. Lothar Bisky: Die Chancen für die PDS nach dem 27. September, in: »Disput« 11/98, S. 3-5.

Eine Orientierung rein aufs Praktische? Mitnichten. Bisky zog anspruchsvolle Querverbindungen: Den gewachsenen Anforderungen werde die Partei nur gerecht, wenn sie sich einer personellen, inhaltlichen und strukturellen Neuformierung unterziehe. Diese müsse einhergehen mit entschiedenen Schritten »der inhaltlichen Qualifizierung, des Kompetenzaufbaus, der programmatischen Arbeit, der Ausfüllung von Gestaltungsräumen, auch der Verarbeitung unserer historischen Erfahrungen – achteinhalb Jahre sind wir jetzt politisch aktiv –, auch der selbstkritischen Bilanz seit 1990.« Und ein neues Programm müsse her, denn: »Die Wahl vom 27. September ist eine Zäsur. Unser politisches Handeln bedarf, gerade weil es fortan folgenreicher sein wird, präziserer Maßstäbe und langfristiger Orientierungen. Und es bedarf ausgewogener politischer Urteile über unsere Vergangenheit – der Abstand der Jahre macht es wohl nun auch möglich – und über unsere Zukunft, über das, was machbar, was veränderbar ist in und mit dieser Gesellschaft.«²

2 Ebenda.

So weit, so gut. Aber seltsam: Die Tugend, daß Politikerinnen und Politiker der PDS ihren eigenen Kopf haben und bei politischen Äußerungen sich nicht erst mit langen Zitaten ihrer Übereinstimmung mit den Reden des Vorsitzenden versichern, schlug vor diesem Parteitag besonders heftig in die Untugend der eigenwilligen und eigensinnigen Schnellschüsse um. Das war zwar geeignet, die Partei deutschlandweit im öffentlichen Gespräch zu halten – und das ist, wie wir längst wissen, in der Mediengesellschaft durchaus schon ein »Wert an sich« –, und es ist auch Provokation genug, um wachzuhalten und aufzurütteln. Aber: Es befördert nur bedingt die Nachhaltigkeit und Stetigkeit von Selbstverständnis- und Programmdebatte.

Die Last der Geschichte wird nicht kleiner

Und: Was eigentlich alle in der PDS nicht wollten, geschah. Nicht das »Rostocker Manifest« der Partei vom April 1998 mit dem programmatischen Titel »Für einen zukunftsfähigen Osten in einer gerechten Republik« wurde nach dem Wahlerfolg zum Gegenstand erhöhten Medieninteresses, auch nicht das Wahlprogramm »Für den politischen Richtungswechsel! Sozial und solidarisch – für eine gerechte Republik!«³, auch nicht der Entwurf des PDS-Europawahlprogramms »Für einen Kurswechsel in Europa. Das Europa des 21. Jahrhunderts braucht Frieden, Arbeit und Demokratie«⁴ sondern erneut und wieder der Umgang der PDS mit der Geschichte – und zwar eben nicht, wie es die Bundeskonferenz in Fortsetzung des Herangehens vieler Parteitage wollte, als einer unter vielen Bestandteilen politischen Wirkens insgesamt, sondern als einziger Maßstab für die Beurteilung der PDS schlechthin.

Nur wenig nützt es da, festzustellen, daß solch selektives Herangehen der Medien anderen Parteien nicht widerfährt. Es ist so, und eigentlich müßte man es längst wissen. Aber es scheint zu sehr an Kommunikation zu mangeln zwischen Vorständen und Fraktionen und Basis, als daß damit selbstbewußt und abgeklärt umgegangen werden könnte. Und mit selbstbewußtem und abgeklärtem Umgang meine ich auch: die Fähigkeit zur gründlichen Debatte über Widersprüche und gegensätzliche Auffassungen, zur Anerkennung des Rechts auf Irrtum und Lernprozeß und zur besonnenen Reaktion auf Fehlentscheidungen.

3 Beide Dokumente sind in »Disput« und »Pressedienst der PDS« veröffentlicht. Das »Rostocker Manifest« liegt auch als Broschüre des PDS-Parteivorstandes (Anschrift: Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin) vor.

4 »Pressedienst der PDS« Nr. 50/98 v. 11.12.1998.

Mangel an Verständigung, unkritisches Festhalten an erstarrten DDR-Bildern, leichtfertiger Umgang mit Sensibilität verlangenden Beschlüssen – all das charakterisiert den ersten der Schnellschüsse, die das Klima zunächst um die PDS herum und dann in ihr selbst erhitzen. Gemeint ist das Presseinterview der neuen Bundestagsabgeordneten Evelyn Kenzler von Anfang Dezember 1998, bei dem sie im Zusammenhang mit der PDS-Forderung nach Beendigung der Strafverfolgung für hoheitliches Handeln von DDR-Bürgern auch von Haftentschädigung sprach. Der PDS-Parteivorstand wies diese Forderung nach Haftentschädigung als mit der Beschlußlage der Partei nicht übereinstimmend am 7. Dezember zurück, der Vorstand der Bundestagsfraktion erklärte mit Hinweis auf eine Gesetzesinitiative der damaligen PDS-Bundestagsgruppe vom November 1997 und Ankündigung neuer Beratungen im Frühjahr 1999 ähnliches am 8. Dezember, und entschiedene Distanzierung gab es auch seitens verschiedener Landesvorstände.⁵ Von Kommunikationsstörung innerhalb der Partei zu reden ist in diesem Falle aber nicht nur deswegen angebracht, weil Evelyn Kenzler von sich aus nicht die erforderliche Rücksprache suchte, sondern auch deshalb, weil sich sowohl die Reaktion des Parteivorstandes als auch die der Landesvorstände auf die Pressemeldungen von Kenzlers Auftritt bezogen – und nicht auf einen originären Kenzler-Text, den es offensichtlich auch gar nicht gab. Aufregung allenthalben – und es bleibt das unguete Gefühl, daß die erheblichen inhaltlichen Widersprüche, die zwischen den am schnellen und erhitzten Streit Beteiligten bestehen, bis heute nicht gründlich diskutiert sind. Auch nach dem Parteitag noch nicht.

5 Vgl. »Pressedienst der PDS« Nr. 51/98 vom 18.12.1998, S. 4-5.

Befreiende Kraft des Rundumschlags?

Die heftige Reaktion der Öffentlichkeit auf den Kenzler-Vorstoß und das unübersehbar enge Verknüpftsein der Haftentschädigungs-idee mit unkritischem DDR-Rückblick bestätigten Wahlkampfleiter André Brie wohl nachdrücklich darin, nun – und nicht zum ersten Mal – auch seinerseits die Geschichtsdebatte in den Mittelpunkt aller Diskussion zu stellen.

Daß Brie mit seinen seit Ende 1989 in Büchern, Artikeln und Interviews nachlesbar gemachten diesbezüglichen Überlegungen einen großen Anteil hat an all dem, was mit Erneuerung der PDS bezeichnet wird, steht weithin außer Frage. Daß er dabei nicht selten auf provozierende Weise die Öffentlichkeit sucht, ist spätestens seit dem »Sommergewitter«, das er 1996 mit seinem »Stern«-Interview zum »Ankommen« in der Bundesrepublik Deutschland auslöste, bekannt – und es hat den Debatten in der PDS und um sie herum meistens gut getan.⁶

Was mich diesmal aber heftig zum Widerspruch herausfordert, ist, daß Brie es unternommen hat, drei Dinge, die jeweils für sich genommen ausführlichste Debatte brauchen, zu einem einzigen Paket gebündelt zum Maß aller Dinge zu machen.

Man bedenke doch das Gewicht jedes einzelnen dieser Dinge: Da ist erstens nichts Geringeres als ein Totalitätsvergleich zwischen der DDR und dem faschistischen Deutschland, aus dem die DDR in Brie'scher Lesart »teilweise totalitärer« hervorgeht; da ist zweitens ein Rundumschlag gegen die bisher von der PDS be-

6 Meine Unterstützung der damaligen Brie'schen Positionen und eine Auseinandersetzung mit ihnen ist nachzulesen im Editorial von »UTOPIE kreativ« Heft 71 (September) 1996.

7 Siehe den Artikel »Die PDS ist nicht strategiefähig« in »Berliner Zeitung« vom 2./3.1.1999.

8 Siehe das Interview der »Frankfurter Rundschau« mit André Brie unter der Überschrift »Das ›Wir sind wieder wer‹-Gefühl ist gefährlich« am 16.1.1999.

9 Zu nennen ist z.B. »Plädoyer für André Brie« von Fritz Klein am 27.1.1999 in »Neues Deutschland«; der ungekürzte Text in: Das Blättchen, 1999, Heft 4.

10 Siehe den Beitrag von Hans Modrow und Ralf Hartmann ebenfalls in »Neues Deutschland« vom 27.1.1999.

11 »Frankfurter Rundschau« vom 16.1.1999.

12 »Neues Deutschland« vom 27.1.1999.

triebene Geschichtsdebatte und die Strategiefähigkeit der Partei überhaupt; und da ist drittens die Präsentation all dessen in der Öffentlichkeit so kurz vor dem Parteitag⁷ bzw. überhaupt erst während dessen Beratungen am 16. Januar⁸, daß damit schon vorprogrammiert war, daß eine ernsthafte Debatte seiner Thesen auf dem Parteitag selbst kaum stattfinden konnte.

Der Staub, den Brie mit so viel Vehemenz aufgewirbelt hat, steckt seither denn auch vielen wie ein Klob im Hals. Unterstützende Stimmen sind selten,⁹ einige schon lange bestehende Konfliktlinien sind energisch nachgezogen worden;¹⁰ aber dominant ist erschrockenes Schweigen.

Und auch dieses Schweigen wieder hat mit mehrfacher Kommunikationsstörung zu tun.

Die erste Kommunikationsstörung betrifft den Inhalt der Brie'schen Totalitarismus-Äußerungen. Was sagt Brie in der »Frankfurter Rundschau«? »Wenn man aber im Sinne von Hannah Arendt Totalitarismus als Bewegung sieht, dann muß ich sagen: Die DDR war nicht verbrecherischer als der Nationalsozialismus, ganz und gar nicht. Aber totalitärer waren Sowjetkommunismus und DDR im Anspruch, alles unterzuordnen unter einen gestaltenden gesellschaftlichen Willen. Die Nationalsozialisten hatten ja Zustimmung, die Sowjetunion und in vielen Zügen auch die DDR mußten diese Zustimmung erzwingen. Der politische Anspruch reichte viel stärker bis ins Privatleben. Sie unternahmen den Versuch, die Wirtschaft völlig unterzuordnen, eine internationale Bewegung unterzuordnen, wozu der Nationalsozialismus nie in der Lage war.«¹¹

Ich stimme dem Historiker Fritz Klein zu, wenn er Bries Äußerungen als »Vorschlag« beschreibt, den Totalitarismus-Begriff »zur Charakterisierung wesentlicher Aspekte der jeweiligen Gesellschaft heranzuziehen«, und wenn er in der Summe seiner Positionsnahme für Brie zu dem Schluß kommt: »Es ist ein Verdienst des Genossen Brie, auf solche Zusammenhänge aufmerksam gemacht zu haben.«¹²

Aber ich plädiere zugleich für mehr Sorgfalt und warne vor der verderblichen Kraft von Verkürzungen. Und erinnere daran: Weil den Schöpfern der »Partei neuen Typus« in der DDR das Gebäude Marx'schen, Engelsschen und Leninschen Denkens zu kompliziert war oder sie es, wenn sie seine Kompliziertheit erkannt hatten, als für »die Massen zu hoch« bewerteten, wurden »Kurzfassungen« dieses Gedankengebäudes produziert und als Handlungsleitfaden ausgereicht. Zu den eindrucksvollen Leistungen der in der PDS geleiteten Geschichtsdebatte – und die ist geleistet worden, auch wenn André Brie dies um den Preis welcher Provokanz auch immer zu verkleinern sucht – gehört es, auch diesen Prozeß untersucht und von verschiedener Seite beleuchtet zu haben. Was auch einschloß, die Bedingungen zu beschreiben, unter denen Aufnahmebereitschaft für eben diese Verkürzungen bestand. Wer sich solcher Arbeit aber einmal unterzogen hat – kann der nun neuen Verkürzungen vertrauen?

Denn es sind gewaltige Verkürzungen, mit denen uns André Brie in der Totalitarismus-Frage bisher kommt – und innerhalb dieser Verkürzungen wohl auch Fehlurteile. Denn daß – zum Beispiel – »der politische Anspruch« der DDR-Führung »viel stärker bis

ins Privatleben reichte« als der der Führung des faschistischen Deutschland – das kann wohl so nicht aufrechterhalten werden. Es sei denn, man sieht im absoluten Zwang zum Kriegführen, den das NS-Regime zunächst allen Männern und dann im »Wollt-ih-den-totalen-Krieg«-Geschrei auch allen Frauen und ungezählten Halbwüchsigen auferlegte und den es mit Zehntausenden Todesurteilen gegen diejenigen, die sich diesem Zwang zu verweigern suchten, untermauerte, keinen »politischen Anspruch«. Und weiter: Der Nationalsozialismus sei »nie in der Lage« gewesen, sich »eine internationale Bewegung unterzuordnen«? Schwer, sehr schwer, das zu glauben angesichts eines 1941 von Deutschland fast zur Gänze besetzten Europa, in dem nicht »einfach nur« Krieg geführt, sondern zugleich ein System kompletter politischer Überwachung, Verfolgung und »Gleichschaltung« installiert worden war. Und schon einige Jahre vor all dem: Der »Antikominternpakt« mit Japan vom November 1936 – er war nicht der Beginn einer »internationalen Bewegung«? Mindestens in China, wo man Opfer einer viele Millionen Tote forderten japanischen Aggression wurde, die sich ausdrücklich auf die Grundsätze dieses Paktes und der von ihm begründeten »Bewegung« berief, sieht man das sehr viel anders. Und die Wirtschaft im faschistischen Deutschland – sie war nicht »völlig untergeordnet«? Vielleicht einfach nur deshalb, weil sich entscheidende Teile dieser Wirtschaft dem System rechtzeitig »übergeordnet« hatten? Egal, an welchem der kurzen Sätze man anpackt: Widersprüche, Fragen, Zweifel zuhauf.

Dies feststellend, meine ich nicht, André Brie hätte auf seine provokanten Sätze verzichten sollen. Problematisch aber ist, wie gesagt, die Bündelung mit dem Von-oben-nach-unten-Rundumschlag nach der Art »Seht her, ich habe begriffen, und Ihr seid alle zu dumm.« Es ist schlimm, wenn's dem »Vordenker« plötzlich so sehr an Nachdenklichkeit gebricht.

Denn: Brie war zum Zeitpunkt seiner Äußerungen noch Mitglied des PDS-Bundesvorstandes, und er ist noch immer Wahlleiter der Partei. Seine Totalitarismus-Überlegungen präsentierte er nicht als Wissenschaftler, der sich als kritische Stimme von außen zu Wort meldet und seinen Leserinnen und Lesern mehr Zeit und Raum läßt, sich in die Beweggründe und Logik seiner Gedankengänge zu vertiefen, sondern als Spitzenpolitiker, der Leitungsverantwortung hat.

Und in dieser Leitungsverantwortung geht es nicht, wie Brie im »Frankfurter-Rundschau«-Interview irrtümlich meint, ums »Mitnehmen« »der Partei« oder »der Basis«. ¹³ Was für ein sonderbarer Avantgardismus eines »schonungslosen« Geschichtsaufarbeiters! Sondern es geht um Kommunikation, Austausch, Debatte und die – zweifellos anstrengende – Verarbeitung auch des Geleisteten.

Denn es ist ja zum Beispiel einfach nicht wahr, daß die PDS nichts zur kritischen und selbstkritischen Geschichtsaufarbeitung tut. Allein die »UTOPIE kreativ« – nicht PDS-Organ, aber bekanntlich von Beginn an der PDS nahestehend – bietet in ihren bisherigen 100 Heften etwa 5000 Druckseiten Befassung mit Kommunismus-, Sozialismus-, Sowjetunion-, Osteuropa- und DDR-Geschichte. Einige hundert dieser Seiten entstanden durch die Dokumentation von PDS-Konferenzen.¹⁴ Der PDS-nahe Berliner Bildungsverein »Helle

13 »Frankfurter Rundschau« vom 16.1.1999.

14 Herausgegriffen aus der Fülle der diesbezüglichen Veröffentlichungen sei hier nur der »UTOPIE kreativ«- Sonderdruck vom Dezember 1997 »Realsozialistische Kommunistenverfolgung. Von der Lubjanka bis Hohenschönhausen«, in dem auf 160 Seiten die Beiträge der unter der gleichen Überschrift stehenden PDS-Konferenz vom 21. Juni 1997 zusammengefaßt sind.

15 Wolfgang Sabath: Festplatte. Die Wochen im Rückstau, in: »UTOPIE kreativ« Heft 99 (Januar 1999), S. 82f.

Panke« veröffentlichte bereits über 50 »Hefte zur DDR-Geschichte«, und auch in Potsdam und Leipzig, Dresden und Rostock, Jena und Magdeburg sind innerhalb und im Umfeld der PDS Publikationen zu solchen Themen entstanden.

Freilich »reicht das nicht«. Aber was reicht denn überhaupt – und wem und wann? Wolfgang Sabath, des unkritischen Umgangs mit DDR-Geschichte absolut unverdächtiger, mit reichlich persönlicher Maßregelungsgeschichte »gesegneter« Journalist, schrieb im Januar in freundlicher Replik auf einen im »Tagesspiegel« veröffentlichten Leserbrief des Historikers Mario Keßler – eines Mannes, der unter den heute 40- bis 50jährigen zu den herausragenden Mitgestaltern und -organisatoren der Geschichtsdebatte zählt: »Bisher konnten Keßler und die vielen anderen noch so viele Bände voller »DDR-Aufarbeitungen« veröffentlichen, sie wurden außerhalb ihrer Reihen kaum zur Kenntnis genommen. Denn nur so funktioniert weiterhin das Kriegsgeschrei, die PDS solle endlich beginnen, die SED-Vergangenheit aufzuarbeiten.«¹⁵

Freilich stimmt trotzdem und auch: Innerhalb der PDS sind die 5000 Geschichtsseiten der »UTOPIE« und die vielen Broschüren der Bildungsvereine zum Thema nur von wenigen gelesen worden. Und es stimmt auch: Viele Bildungsveranstaltungen der PDS oder der ihr nahestehenden Vereine sind zu schwach besucht.

Und auch das ist wahr: Der Mangel an gründlicher Befassung mit Geschichte führt immer wieder zu Äußerungen und Positionsnahmen von PDS-Politikerinnen und -Politikern auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene, die Ausdruck dessen sind, daß Geschichtsbilder unverrückt und starr bleiben. Der Kenzler-Vorstoß war ein eindrucksvolles Indiz für solcherart Unbeweglichkeit.

Aber ist all dem tatsächlich mit Pauschalurteilen beizukommen?

Die Chimäre »Erscheinungsbild«

Ich sehe in dem Bestreben von André Brie, so schnell wie möglich Akzeptanz in einer Medienöffentlichkeit zu finden, von der er genau weiß, daß sie der PDS im ganzen alles andere als freundlich gesonnen ist, viel Produktives, aber auch eine große Gefahr. Denn es führt, auch wenn es unter der Flagge des Kampfes gegen die – übrigens oft nur vermeintliche – Einseitigkeit innerparteilicher Sichten, gegen »Heimatgefühl« und »Harmoniesucht« geschieht, allzu schnell nur zu neuen Einseitigkeiten.

Ist das »Erscheinungsbild« der Partei tatsächlich nur jenes, das uns die Medienmehrheit vermittelt?

In einer anderen der erhitzten PDS-Debatten des Januar 1999 – der um die Rosa-Luxemburg-Statue von Rolf Biebl im Eingang des Karl-Liebnecht-Hauses – schrieb der in der DDR alles andere als mitgelaufene Berliner Maler und Grafiker Thomas J. Richter in einem Offenen Brief an den von der PDS nominierten parteilosen Baustadtrat von Berlin-Mitte, Thomas Flierl, unter anderem folgenden bedenkenswerten Satz: »Ausgerechnet den Moment, in dem die PDS meines Wissens wohl erstmalig anhand eines konkreten sinnlich erlebbaren Kunstwerkes überhaupt mit bildender Kunst in Verbindung gebracht werden kann, nutzt Du zu polemischen Höhenflügen, übst Dich in diesem gnadenlosen, irgendwie

unmenschlichen Politik- und Demokratieverständnis, das so viele resignieren läßt.«¹⁶

Es ist hier nicht der Platz, in die Denkmalsdebatte einzugreifen. Aber: dieses Unbehagen über »ein Politik- und Demokratieverständnis, das so viele resignieren läßt«! Auch ich kenne viele in meiner Generation, die, seit nunmehr neun Jahren außerhalb aller professionellen Parteistrukturen ihrem Gelderwerb nachgehend und dennoch in all ihren Idealen und Hoffnungen der PDS verbunden, keinen Zugang mehr finden zu den Debatten in der Partei und sich abgestoßen fühlen von Rundumschlägen wie den Brie'schen, in denen sie ihre eigenen Lebensbedingungen nicht mehr widergespiegelt finden. Haben PDS-Vorstand und -Fraktionen in ihren »Erscheinungsbild«-Debatten auch diese Bevölkerungsgruppe im Blick? Menschen, deren Standpunkt wesentlich auch deshalb so wenig öffentlich bekannt ist, weil ihnen erstens alle Zeit fehlt, sich nachlesbar zu Wort zu melden, und weil ihnen allzuoft zusätzlich auch noch innerbetriebliche Hürden für solche Wortmeldung gesetzt sind. Gewiß, man kann nicht aufrechnen, wen man mit welcher öffentlichen Debatte gerade gewinnt oder abstößt. Aber die Vielfalt von Öffentlichkeit im Blick haben sollte man schon – selbstbewußt und nicht nur der eigenen, sondern auch der vielfarbigten Kraft der Partei insgesamt vertrauend.

Nur ein Teil des Lernens passiert im Wort

»Ich weiß natürlich auch, wie weh ich vielen in der PDS tue«, kokettiert André Brie am Ende seines »Frankfurter-Rundschau«-Interviews, und dann kommen ein paar Sätze, die mich in meiner Auffassung bestärken, daß sich der Blick Bries auf die Partei in den letzten Jahren bedenklich verengt hat: »Die PDS hat jetzt vier Jahre geschenkt bekommen, in denen sich entscheiden wird, ob sie die Chance hat, eine Partei links von der SPD und trotzdem zusammenarbeitsfähig zu werden, ein Bestandteil einer Mittel-links-Konstellation. Wenn diese Verantwortung nicht wahrgenommen wird, werden neun Jahre PDS-Entwicklung, die viel gebracht, aber auch vieles ungelöst gelassen haben, in Frage gestellt mit all dem, was wir den Menschen abgefordert haben.«¹⁷

Wer – erstens – hat der PDS vier Jahre »geschenkt«? Und wer – zweitens – sind »Wir«, die »wir« »den Menschen« »all das« »abgefordert« haben? Nein, ich irre mich wohl nicht: In diesen Äußerungen schlummert Avantgardismus reinsten Wassers.

Denn nur ein Teil der Erneuerung der Partei vollzieht sich im in dieser oder jener Form zu Papier gebrachten Satz, im Wort, im aufgeschriebenen Nachdenken, im wohlformulierten Bekenntnis. Und wenn selbst schon die Fülle dieses aus der PDS und ihrem Umfeld stammenden Gedruckten von keinem Vorstand mehr auch nur annähernd überschaut, geschweige denn »eingeschätzt« werden kann – um ein wie Vielfaches größer noch ist die Zahl jener nicht ausdrücklich mit Umdenk-Bekenntnis versehenen und dennoch Umdenken und Nachdenklichkeit repräsentierenden Taten und Aktionen, die den Ruf der PDS so gestärkt haben, daß sie im Bundestag und in den Länder- und Kommunalparlamenten dort angekommen ist, wo wir sie heute finden.

16 »junge Welt« vom 13.1.1999. – Zu den Ansichten Thomas J. Richters zur Entwicklung der Gesellschaft vgl. u.a. das Interview »... Erotik findet links statt«, das Stefan Amzoll für »UTOPIE kreativ« mit ihm führte und das in Heft 97/98 (November/Dezember) 1998 S. 53-73 abgedruckt ist.

17 »Frankfurter Rundschau«, a.a.O.

Diese enorme Fülle von individuellen und kollektiven Leistungen haben irgendwelche »Wir« »den Menschen« »abgefordert«? Und weil nach dem »geschenkten« Wahlerfolg nun alle allmählich einschlummern, müssen »Wir« sie wieder einmal so richtig provozieren?

O doch, ich bin fürs immer wiederholte Aufrütteln! Ganz in »eigener« Sache! Parteitag um Parteitag führe ich, weil wir als »UTOPIE-kreativ«-Redakteure nichts sehnlicher wollen als die nachhaltige Beförderung von Kommunikation, Dutzende Gespräche mit Bundes-, Landes- und Kommunalpolitikerinnen und -politikern der PDS mit dem Ziel, sie oder – wenn es dazu eine Möglichkeit gibt – ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Beiträge zur »UTOPIE kreativ« zu gewinnen. Denn auch das ist ja ein Teil einer weitergehenden Kommunikationsstörung: Daß so vieles Tun für andere überhaupt nicht nachvollziehbar wird. Da gibt es also ein »Magdeburger Modell«, und noch immer hat sich in unserer Zeitschrift kein Repräsentant oder intensiver Beobachter dieses »Modells« mit einem längeren Aufsatz etwa zu dessen Mechanismen, Spannungsfeldern und Belastungsgrenzen zu Wort gemeldet. Auch von Debatten zwischen demokratischen Sozialisten und Sozialdemokraten zur gemeinsamen Befassung mit der Geschichte konnte man bisher in »UTOPIE kreativ« nichts lesen. Und nicht besser ist die Situation bezüglich der rot-roten Koalition in Mecklenburg-Vorpommern.

Es fällt der übergroßen Mehrheit der Politikerinnen und Politiker der PDS offensichtlich sehr schwer, Zeit zu finden zu schriftlicher Reflexion und wissenschaftlich begründeter Einbettung und Begründung ihres Handelns. Das ist schade – aber sind sie damit so allein? Gelingt es anderen, besser zu sein?

(Ich weiß, Redaktionskollege Jörn Schüttrumpf wird bei dieser Frage die Nase rümpfen. Er hat erst kürzlich in der »UTOPIE kreativ« formuliert: »Wenn Linke versagen, suchen sie die Schuld immer bei anderen. Und sofort höre ich den – ebenso beliebten wie beliebigen – Einwand, daß das bei anderen auch nicht anders sei. ... Wenn die Linke genau so sein will, wie alle anderen, sich an den gleichen Maßstäben messen möchte, wie alle anderen, stellt sich die Frage, wozu man sie braucht.«¹⁸ – Solche Haltung birgt freilich immer auch einen Keim von Hochmut in sich. Von Heiner Müller gibt es den Satz: »Ich bereue grundsätzlich nichts. Das ist eine völlig unproduktive Haltung. Ich habe auch gar kein Recht, rein zu sein in einer schmutzigen Welt.«¹⁹)

Muß ich nicht irgendwann einmal auch die Frage nach der Strategiefähigkeit der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen dürfen? Und nach der zunächst jeweils einzelnen und vielleicht irgendwann einmal auch gemeinsamen Geschichtsdebatte?

Das Demokratische der Nachlesbarkeit

Zurück zu den Schnellschüssen. Den dritten im Parteitagsvorfeld präsentierten die neun PDS-Bundestagsabgeordneten Petra Bläss, Petra Pau, Ulla Lötzer, Angela Marquardt, Ruth Fuchs, Christine Ostrowski, Carsten Hübner, Uwe Jens Rössel und Gerhard Jüttemann am 8. Januar 1999 mit ihrer Persönlichen Erklärung zur Entscheidung, dem ehemaligen DDR-Agenten Rainer Rupp einen

18 »UTOPIE kreativ« Heft 99 (Januar 1999), Editorial.

19 Zitiert nach »Neues Deutschland« vom 8. Januar 1999.

Honorarvertrag der Bundestagsfraktion anzubieten. Ein solcher Honorarvertrag – von dem Rainer Rupp, wie Ende Januar bekannt wurde, unter dem großen öffentlichen Druck seinerseits Abstand nahm – sende, so erklärten die Neun, »ebenso wie die von ... Evelyn Kenzler angestoßene Debatte um Rehabilitierung und Haftentschädigung für verurteilte DDR-Offizielle das Signal an die Öffentlichkeit aus, daß die PDS unter ihren eigenen Anspruch auf Vergangenheitsbewältigung einen Schlußstrich ziehen will.«²⁰ Fraktionsvorsitzender Gregor Gysi distanzierte sich sofort von dieser Erklärung, lehnte eine »Gleichsetzung der Amnestiedebatte und des Honorarvertrages« ab, forderte mit Blick auf die Amnestiedebatte, nicht »hinter die Forderungen des Wahlprogramms der PDS zurück(zu)gehen«, wies zurück, daß der Honorarvertrag einer »Schlußstrich-Mentalität« entspreche, und räumte zugleich Kommunikationsprobleme in der Fraktion ein.²¹

Aber nicht darauf will ich hier näher eingehen, sondern auf den Mangel an weitergreifender öffentlicher Kommunikation im Vor- und Umfeld dieser Neuner-Erklärung. Mein Problem mit dieser Erklärung ist, daß ich nur von einer der neun Abgeordneten eigene längere Auseinandersetzungen mit der Geschichte kenne – von Christine Ostrowski. Von den anderen sind mir – sollte ich mich irren, bitte ich um Vergebung und heftigen Widerspruch – Arbeiten im Sinne der von ihnen beschriebenen »ernsthafte Bemühungen innerhalb der PDS, sich mit der DDR-Vergangenheit auseinanderzusetzen und sich der moralischen und politischen Verantwortung für Menschen- und Bürgerrechtsverletzungen in der DDR zu stellen«, die durch den Honorarvertrag angeblich »konterkariert« würden, nicht bekannt. Bekannt sind mir von ihnen politische Aktionen, Erklärungen, parlamentarische Aktivitäten. Aber woher die Selbstsicherheit, daß diese ausreichen könnten für die Öffentlichkeit als Beweis dafür, daß sie – die Neun – sich auf dem richtigen Weg befinden, die von ihnen Kritisierten hingegen nicht?

Die »Persönliche Erklärung« gehört in die Reihe jener in der PDS schon reichlich existierenden Texte, die von der Illusion getragen sind, den Eindruck, »die PDS sei eine rückwärtsgewandte Kraft«²², vermittelt immer nur die jeweils anderen. Das aber stimmt natürlich nicht. Trüge man zur allgemein geforderten gründlicheren Befassung mit der Geschichte durch ganz und gar selbstkritische Beschreibung des eigenen Weges und der Institutionen, mit denen man zu tun hatte, bei, wüchse erheblich auch die Einsicht dahinein, daß es ein Ende dieser Debatten niemals geben wird – und also auch »Befreiungsschläge« auf dem Rücken anderer kaum helfen werden.

Womit ich beim Fazit meiner Nachbetrachtung bin: einer – erneuten! – entschiedenen Werbung dafür, den öffentlichen Diskurs über das Woher und Wohin der PDS nicht kampagnenhaft in verkürzende Provokationen zu kleiden, sondern ihm stetige und vielfarbige Nachlesbarkeit zu verleihen. Das erfordert Schreibe- und Lesefleiß. Aber es macht die Debatte gründlicher, öffentlicher, kulturvoller, und vielleicht gibt es dann auch irgendwann einmal weniger von jener gegenseitig verletzenden »Schonungslosigkeit«, die immer wieder von neuem Konjunktur hat? Und Parteitage laden wirklich wieder zum offenen, auch heiteren und lebendigen Gespräch?

20 MdB-Pressedienst PDS im Bundestag, 8.1.1999, Nr. 0187, Amnestiedebatte.

21 Pressedienst PDS im Bundestag, 8.1.1999, Nr. 0190, Amnestiedebatte/ Auslandsespionage.

22 Originaltext Erklärung, a.a.O.

JENS-FIETJE DWARS

Ein Intellekt auf Beinen? Anmerkungen zur ersten Harich-Biographie

So hatte ich mir in meiner Kindheit »Käptn Briese« vorgestellt: ein alter Mann mit schlohweißem Bart, listig funkelnden Äuglein und einem lächelnden Mund, der endlos Geschichten erzählt. Nur hätte der Käptn sich eine Pfeife entzündet und fröhlich Ringe in die Luft gepafft, statt todernst zu einem Teller mit belegten Brötchen zu greifen und Kaffee zu schlürfen, wie all die anderen im Raum, während eine blecherne Stimme über Mussolini als Vermittler zwischen Nietzsche und Hitler dozierte.

Mich überkam ein Lachreiz, den ich nur mühsam zu unterdrücken vermochte, indem ich mir immer wieder ins Bewußtsein rief, der freundliche Alte dort heiße Wolfgang Harich, gezeichnet von acht Jahren Knast, die ihn nötigten, seinen anstrengenden Vortrag auf Band zu sprechen, und die zwanzig, dreißig Zuhörer um mich her seien Philosophen, die Vordenker ihres Landes, im Frühjahr 1988 versammelt in der Akademie der Wissenschaften.

Ein Dozent, der in seinen Vorlesungen den »Grundgedanken Schopenhauers« mit der Wendung anzukündigen liebte, man müsse ihn gehört haben, um ihn sogleich wieder vergessen zu können, hatte Ende 1986 in der Zeitschrift der Akademie der Künste eine halbherzige Polemik mit der Nietzsche-renaissance unter westlichen Linken veröffentlichen dürfen. Worauf Harich Alarm schlug, der antifaschistische Konsens des Staates werde mit der Verharmlosung Nietzsches gefährdet, und die nietzscheanisch verseuchte Kunst der Moderne in den Orkus verwies. Im Herbst 1987 setzte ihn dafür der Vorsitzende des Schriftstellerverbandes mit dem Massenmörder Pol Pot gleich, und ein damals noch in Ost und West geehrter Dichter erklärte, man dürfe Nietzsche nicht wörtlich nehmen. Obendrein brachte die Zeitschrift, der ihr Gründer Johannes R. Becher einst den Namen »Sinn und Form« gab, zu Beginn des folgenden Jahres neun Leserzuschriften, die empört forderten, den Anfängen einer erneut drohenden Beschneidung ästhetischer Freiheiten zu wehren.¹

Meinen Einwand, ob man die Worte eines so wirksamen Denkers nicht ernster nehmen sollte, lehnte sie ab. Doch ermöglichte mir die Reihe »Aktuelle Vorlesung« an der Sektion Literatur- und Kunstwissenschaft der Schiller-Universität im Provinznest Jena, den »Fall Nietzsche« als Momentaufnahme geistiger Debatten zu sezieren.² Beim nächsten Besuch einer Abgesandten des ZK, die keine Richtlinien mehr brachte, sondern ratlos wütende Fragen alter Genossen mit sich nahm, kam mein Manuskript zur Sprache,

Jens-Fietje Dwars – Jg. 1960, Philosophiestudium in Wrocław, Berlin und Jena. Promotion über Feuerbach. 1987-1992 Assistent am Germanistischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Herausgabe der im Aufbau Taschenbuch Verlag erschienenen Goethe- und Büchner-Lesebücher und des Bandes »Widerstand wahrnehmen. Dokumente eines Dialogs mit Peter Weiss«. Seit 1993 Arbeit an der Becher-Biographie, erwerbslos, diverse ABM-Stellen.

das niemand drucken wollte. So erhielt ich die Einladung in den erlauchten Kreis der Hauptstadt.

Der Oberphilosoph der Akademie gestand mir noch zwischen Tür und Angel, wie lästig ihm die Sache sei. Nur habe dieser Harich sich direkt an den Vorsitzenden der führenden Partei gewandt, der seinerseits höchstpersönlich das Problem zur Klärung an die zuständigen Wissenschaftler übergab. Da saß der sonst recht wendige Mann in einer argen Klemme: Schlag er sich auf die Seite des polternden Alten, war ihm der Hohn der Intellektuellen gewiß, und würde er mit der Mehrheit über den Verspotteten herziehen, drohte das Machtwort eines noch älteren Antifaschisten. Fast konnte er mir leid tun, wie er mit verbissenem Gesicht dem Streit darüber zusah, was denn nun den wahren historischen Materialisten auszeichne – die Erklärung des faschistischen Überbaus aus seiner sozio-ökonomischen Basis oder das Erkennen einer relativen Selbständigkeit vorhergehender Ideen (Nietzsches) als Quelle der späteren Ideologie? In einem Augenblick allgemeinen Schweigens aber beschlich mich die Frage, ob es nichts Wichtigeres gäbe, über das es sich jetzt und hier zu streiten lohnte.

Ein paar Monate darauf, als die Straße auch dieser Debatte ein Ende gesetzt hatte, erfuhr ich zum ersten Mal, wie der Weißhaarige drei Jahre vor meiner Geburt ins Gefängnis kam. Und erst jetzt erschien es mir merkwürdig, warum ich nie meine Lehrer nach der Geschichte gefragt hatte. Nach einer Geschichte, die nun jeder zu kennen glaubte, da ihre Protagonisten von einst einander in allen Medien des Verrates bezichtigten.

Weitere drei Jahre später fragte ein Verlag, ob ich Lust hätte, die Biographie seines Gründers, Johannes R. Becher, aufzuschreiben. Daß der jetzt (wieder) als Prototyp des »Verräters am Geiste« galt, wie zu Hochzeiten des Kalten Krieges, während sein »Deutschland einig Vaterland« zum meistzitierten Wendetext avancierte, reizte mich, dem Leben des Verdammten nachzuspüren. Und so begegnete mir Wolfgang Harich ein drittes Mal: als Name im Becher-Archiv, in dessen Materialien sich die Kontur eines anderen Bildes abzuzeichnen begann, als er selbst oder sein Widerredner beschworen. Doch Walter Janka starb, bevor ich um meine eigenen Fragen wußte, und der andere beantwortete sie nicht.

Nunmehr, nach noch einmal fünf Jahren, ist die erste Biographie des Philosophen erschienen.³ Um es vorwegzunehmen: Ich habe ein Buch gelesen, das den Geist jener Zusammenkunft vom Frühjahr 1988 atmet. Ich hörte die Kaffeetassen klirren und das Tonband krächzen ...

Dabei fängt alles recht bescheiden an. Siegfried Prokop, Professor für Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität von 1983 bis 1996, erklärt in seinem Vorwort, nur Aspekte im Leben des Mannes beleuchten zu wollen, der »für den ›roten 20. Juli‹ 1956 in der DDR hauptverantwortlich war«, da eine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Biographie auf dem jetzigen Forschungsstand noch nicht schreibbar sei (S. 8). Allerdings behauptet der Klappentext mit ziemlicher Gewißheit, daß Harich zu den »großen deutschen linken Intellektuellen in unserem Jahrhundert« zähle und das vorliegende Buch gegen die Verfälschung seiner Lebens-

»Prof. Harich: (...) Zur Freiheit: Es ist nicht richtig, wenn man von Freiheit der Kunst spricht und chaotisches Handeln nach allen Richtungen meint. Es ist besser, in der Einschränkung zu leben als im Chaos. Fortschritt ist Kampf der Gegensätze, und man muß in diesem Kampf eine einseitige Stellung einnehmen.« Aus dem Protokoll des Ost-West-Gesprächs mit Becher am 2. März 1955 in Westberlin. Erstveröffentlicht in: Der gespaltene Dichter, S. 122. Weitere Protokolle liegen im Becher-Archiv.

»Demokratisch sein heißt, einfach gesagt, den anderen Menschen nicht wie einen Fremdkörper, als ein wesensloses Ding behandeln, sondern sich so achtungsvoll zu ihm verhalten, wie man wünscht, daß man selber geachtet sei. (...) Es wäre ein Selbstbetrug wiederum ohnegleichen, wenn wir annehmen würden, der Aufbau Deutschlands wäre vorwiegend eine wirtschaftliche, eine technische Angelegenheit ... Ohne Entrümmung, ohne eine Erneuerungsbewegung auf geistigem Gebiet, ohne eine moralische Neugeburt unseres Volkes muß jeder materielle Neuaufbau über kurz oder lang zum Scheitern verurteilt sein.«

Johannes R. Becher:
Deutsches Bekenntnis
(September 1945), in:
Gesammelte Werke, Bd. 16,
S. 493f.

leistung wesentliche Ereignisse wie Entwicklungen durch Interviews und Archivquellen sichern wolle.

Die Arbeit verfährt traditionell chronologisch. Sie setzt mit der Kindheit in einer Wuthenower Villa am Neuruppiner See ein. Der Vater soll 1859 geboren worden und im Todesjahr 1931 erst 43 Jahre alt gewesen sein. Das Geburtsjahr des Sohnes wird im Text erst gar nicht angegeben, nur eine zwei Jahre jüngere Schwester erwähnt. Auch von der Mutter erfahren wir nichts. Dafür vom Vater, daß er ein erfolgreicher Schriftsteller, Biograph sowie Editor von E.T.A. Hoffmann und Jean Paul war. Ihn zu stören wurde den Kindern verboten, was sie jedoch nicht als Verbot aufgefaßt hätten.

150 Seiten später wiederholt sich die Szenerie: im Verhältnis des erfolglosen Jean-Paul-Forschers Harich zu den Kindern seiner vierten Frau, denen er mit einer Anstalt droht, wenn sie nicht still seine Literaturlisten abarbeiten (S. 9 u. 159). Offenbar blitzt hier ein fatal vererbtes Erziehungsmuster auf, das den Verfasser aber leider nicht interessiert. Statt dessen betont er die antifaschistische Gesinnung des Vaters. Dessen Roman »Primaner«, in dem ein leicht sentimentales Bild pubertierender Gymnasiasten entworfen wird, verlacht die Nazis aber nur am Rande.⁴ Wie aus diesem Roman geschnitten wirkt Wolfgangs »trotziges« Tragen der im NS verpönten Schülermützen. Ebenso rührend erscheint die Witwe Harich, die mit ihren zehn- und achtjährigen Kindern am Radio »hellwach« der Stimme Dimitroffs im Reichstagsbrandprozeß lauscht, oder die »Verzweiflung« des Jungen, als er den Einberufungsbefehl an die Ost-Front erhält (S. 12 u. 15).

Statt solcher Antifa-Comics wünschte ich mir etwas schärfere Analysen, die dem widersprüchlichen Lebensweg dieses Bürgersohnes mehr offene Fragen abgewinnen. Nur nebenbei wird erwähnt, daß ein Petersburger Bankier und ein Königsberger Zeitungsründer zu den Vorfahren seiner Mutter zählen, als sei dies kein kulturell prägendes Erbe. Der erstaunte Leser sieht Harich irgendwann von einer Unteroffiziersschule in Swerdlowsk reden (S. 156), während Prokop nur den geradlinigen Weg eines Ischias simulierenden Deserteurs in den Untergrund zeichnet. Vorm Kriegsgericht soll ihn ein alter Militärrichter verschont haben, dem Denunziation unter Kameraden zuwider war – Harich selbst jedoch erwähnt in ganz anderem Zusammenhang, daß ein verwandter General ihm half (S. 16 u. 24).

In alledem erweist sich der Porträtierte redlicher als sein Porträt. Auch daß er selber eingesteht, sein Widerstand sei kaum zu trennen von Drückebergerei und Frauengeschichten (S. 24), macht ihn sympathisch – noch nicht aber zu einem großen intellektuellen. Und die Erklärung, durch Konversationsstunden den Redenschreiber des japanischen Botschafters kennengelernt zu haben, der einst Mitglied des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller war, beseitigt keineswegs Zweifel an Harichs Beziehungen.⁵ Immerhin war Japan ein Bündnispartner des faschistischen Deutschlands und dürfte ein so wichtiger Diplomat mit einer so merkwürdigen Herkunft das Augenmerk beider Geheimdienste auf sich gezogen haben. Wenn er nicht gar selbst ein Doppelagent Moskaus war, wie Alex Vogel, der Leiter jener Widerstandsgruppe, der Harich angehörte.

Und wie kam Harich im Juni 1945 auf die Liste Ulbrichts? Prokop stellt sich die Frage erst gar nicht, sondern stilisiert die Stipvisite des blutjungen Wolfgang Leonhard bei dem zweiundzwanzigjährigen Studenten zur »historischen Begegnung« (S. 31), als habe das Schicksal der Welt davon abgehungen. Wieder spricht für Harich, daß er im folgenden Kapitel die Legende ad absurdum führt, er sei als persönlicher Referent Paul Wegeners der eigentliche Kopf der Kammer der Kulturschaffenden gewesen. Um so unangemessener wirkt die Art, in der Becher und der Kulturbund abgehakt werden: ersterer als der Papst, der Lukács in der Ostzone installiert und der vor dem Pädagogen Spranger die Selbstkritik der KPD »abgezogen« (S. 38) habe. Nur Harich zuliebe, der ihn 1944 über die Japaner vor dem Verdacht bewahrte, ein Mitverschwörer des »20. Juli« zu sein, scheint Spranger sich auf den Bund einzulassen. Daß Harich selbst ihn mitbegründet und bis zu seiner Verhaftung 1956 im Präsidialrat gewirkt hat, wird ebenso ausgeblendet, wie die reale Weite und Vielfalt dieser ungewöhnlichen Organisation.

Dafür lesen wir, Harich habe von einer Synthese aus Bolschewismus und bürgerlich-liberaler Demokratie geträumt, sei laut Schivelbusch ein »Dandy-Kommunist« gewesen und von Pechel deshalb, »maßlos überzogen«, als »ein Intellekt auf zwei Beinen« gebrandmarkt (S. 40 ff.) worden. Erklärt ist damit nichts. Auch nicht mit der Floskel, der Exzentriker, der sich in den ersten Nachkriegsmonaten als einer der gefürchtetsten Theater- und Literaturkritiker Berlins etabliert,⁶ fliehe nur nach vorn. Wovor flieht er denn?

Um Harichs Originalität zu illustrieren, zitiert Prokop seine Wortmeldungen als jüngster Redner auf dem Schriftstellerkongreß 1947 sowie in einer Radio-Debatte zur Oder-Neiße-Grenze: zum einen gegen die Flucht in die Innerlichkeit vor 1933 gerichtet und zum anderen vor jeder Spekulation auf Gegensätze zwischen den Besatzungsmächten warnend (S. 48 f., 52 ff.). Beides aber sind Topoi, die Becher immer wieder im Kulturbund vertreten hat.

Der nun folgende Aufstieg bleibt beeindruckend: 1947 holt Harich das ihm von den Nazis verweigerte Abitur nach, hält nach einem Dozentenlehrgang an der – ausgeblendeten – Parteihochschule 1948 selbst schon Vorlesungen zum »historischen und dialektischen Materialismus«, promoviert 1951 über Herder und wird mit 28 Jahren zum Professor berufen. Freilich kündigt die Blitzkarriere nicht nur von wirklichem Talent, sondern zugleich von den außerordentlichen Möglichkeiten, die sich einem parteitreuen Intellektuellen in der frühen DDR boten. Daß er als solcher auch gegen Einstein und seinen alten Lehrer Nicolai Hartmann zu Felde zog, rechnet Prokop dem »Zeitgeist« an, wohingegen Harichs Eintreten für ein ernsthaftes Hegel-Studium ihm für immer einen Platz in der deutschen Philosophiegeschichte sichern soll (S. 63 ff). Als sei die Benennung einer Dummheit schon ein Akt besonderer Klugheit.

Wenn es dann gönnerhaft heißt, der Kulturbund habe soviel Krach geschlagen, daß nach dem 17. Juni 1953 die Intelligenzpolitik der SED »annähernd hinreichend korrigiert« wurde (S. 72),

»Unpolitisches Verhalten (der Verinnerlichungs-Spleen) wird immer zur Hilfestellung gewissenloser Politikanten ... So waren auch Hitlers Hauptstütze die politisch indifferenten Massen, die politische Unreife war seine Massenbasis ... Nur in dem Maße, als ein Volk politische Initiative entfaltet, kann es frei sein ... Jede Art von Monopol verdirbt, bringt das Monopol selbst zum Absterben. (...) Was vom politischen Leben im allgemeinen gilt, gilt auch von dem Leben einer Partei: innerparteilicher Demokratismus ist die einzige Gewähr dafür, eine hochwertige Parteiführung herzustellen, und Parteien, die nur anlässlich von Wahlen sich ihrer Mitglieder und ihrer Wähler erinnern, solche Wahlvereine und Mandatsmaschinen müssen in einer wahrhaften Demokratie verschwinden ...«
Becher: Erziehung zur Freiheit (1946), in: GW, Bd. 16, S. 636-40.

»Man sollte darüber nachdenken, ob die Verinnerlichung nicht nur die andere Seite – die Kehrseite gewissermaßen – einer oberflächlichen Veräußerung ist ... Sie erzeugt Gleichgültigkeit und Unverantwortlichkeit dem öffentlichen Leben gegenüber ...«¹
 Becher: Um die demokratische Erneuerung unserer Kultur (1946), in: GW, Bd. 17, S. 60.

so ist dies schlicht ein Hohn auf das komplexe Reformprogramm, das Becher im Präsidialrat und mit der Akademie der Künste entwarf. Die allseits verhaßte Kunstkommission wurde eben nicht durch die »Bombe« eines Harich-Artikels in der »Berliner Zeitung« aufgelöst.⁷

Arg verkürzt werden die drei Hoffnungsjahre des »Neuen Kurses« auf einer Seite abgehandelt, mit kräftigen Hieben auf die unkritischen Heise und Havemann, und bloß am Rand ein Mitwirken an Bechers Ost-West-Gesprächen 1954/55 streifend. Denn all dies ist nur Vorspiel zum großen Auftritt des Wolfgang Harich nach dem XX. Parteitag der KPdSU: seiner Freiheits-Konferenz, – die vor allem auf Bloch zurückgehen dürfte –, und des Memorandums für den Sowjetbotschafter Puschkin, das Prokop im Anhang des Buches zum ersten Mal veröffentlicht. Infolge einer Urheberrechtsklage der Witwe Harichs hat der Verlag den Text zwar geschwärzt. Das eigentliche Problem besteht darin, daß der Herausgeber einschränken muß, es handle sich »mit hoher Wahrscheinlichkeit« (S. 83) um die Denkschrift, und auch dann noch bleibt die Frage, warum Harich sie nicht selbst schon zu Lebzeiten publiziert hat. Zumal er in einer späteren Anmerkung ergänzt, er habe bereits im Herbst 1955 ein erstes Memorandum für die Sowjets verfaßt (S. 291).

Nicht allein das Wort von der »sozialistischen Umgestaltung« unter den Bedingungen friedlicher Koexistenz erscheint dem Nachgeborenen wie eine Vorwegnahme Gorbatschows, der ganze Duktus spricht von der Überzeugung, daß es nur durch mehr Demokratie und Freiheit, durch wirkliche Selbstverwaltung der Produzenten, gelingen werde, die Chancen der wissenschaftlich-technischen Revolution menschheitlich zu nutzen, oder in einer neuen Barbarei unterzugehen. Doch hatten dergleichen nicht Bucharin, Trotzki, die Luxemburg und selbst der todkranke Lenin gefordert? Es klingt daher seltsam, wenn Harich zum ersten prinzipiellen Kritiker des Sowjet-Modells erhoben wird, der genial die Sackgasse Ulbrichts vorweggenommen habe, und peinlich, wenn es heißt, Puschkin sei schlicht »ein Idiot« gewesen, ohne dessen Weitsicht zu bedenken, daß eine Vereinigung Deutschlands unter sozialistischen Bedingungen von der Arbeitsproduktivität im Osten abhängt (S. 89 ff.).

Prokop bemerkt nur Harichs Motiv, sich und »seine« Gruppe als Vordenker den Sowjets anzubieten, nicht aber deren legitimes Interesse an einer blutig erfochtenen Sicherheit und Stabilität im Herzen Europas. Wenn der Botschafter sich am Tag des Einmarschs sowjetischer Truppen ins aufständische Budapest vier Stunden Zeit für den jungen Professor nimmt, muß da mehr besprochen worden sein, als Harich im nachhinein zu Protokoll gab. Zunächst wird er den sich ihm aufdrängenden Mann getestet haben, ob dessen Querdenken sich zur Keimzelle eines zweiten Petöfi-Klubs eignen könnte. Eindeutig gibt er ihm zu verstehen, daß Moskau keine Alternative zu Ulbricht sieht, den aber schon Harichs Memorandum stürzen will. Eine andere Frage ist die von Harich geforderte Zusammenarbeit mit der SPD, zu der die Sowjets seit dem Frühjahr 1956 inoffizielle Kontakte pflegen.

Daß der Ex-KGB-Chef von Belgrad seinen redegewandten, im Untergrund erfahrenen, Gast zur Sondierung in der Westberliner SPD ermutigt, wäre nicht undenkbar. Zumal in Moskau der Fraktionskampf zwischen Chruschtschow und Malenkov mit ihren unterschiedlichen Deutschlandkonzepten zu dem Zeitpunkt nicht entschieden ist. Diese, von Just und Janka erwogene, Variante für »wenig wahrscheinlich« zu halten, weil man den eigenen Mann nicht hätte fallenlassen (S. 97), potenziert noch Harichs »sprachwörtliche Naivität«.

Allerdings hätte kein Agent der Welt derart leichtsinnig operiert: Harich soll, seinen eigenen Aussagen zufolge, die reine Panik in Erwartung eines zweiten »17. Juni« bei Nacht und Nebel zur Landeszentrale der verfeindeten SPD getrieben haben, wo er auch dann noch munter weiterplauderte, als er ahnen mußte, in die Fänge des Ostbüros geraten zu sein. Zu erwarten, ein westlicher Radiosender, im Klartext: der erklärtermaßen antikommunistische RIAS, würde es einer SED-internen Opposition ermöglichen, einen Aufstand durch Appelle an die Massen zu verhindern oder dessen Führung zu übernehmen, um das Politbüro zu Verhandlungen zu zwingen, war dreifach absurd. Warum sollte ein Sender die »Ostzone« stabilisieren, deren Zusammenbruch er vorantrieb? Wozu sollten die Massen sich erheben, wenn es ihnen seit der gescheiterten Revolte von 1953 spürbar besser ging? Und weshalb sollte die mehrheitlich anerkannte Macht auf die Forderungen einer derart verstiegenen Minderheit eingehen?

Harich handelte nicht naiv, sondern abenteuerlich und großwahnsinnig. Und dem entsprach sein ganzes bisheriges Leben, voller Ehrgeiz, durch dubiose Beziehungen begünstigt, kometenhaft emporstrebend zu glitzernder Höhe. Prokop umschreibt die Ambivalenz dieser Erscheinung als »widersprüchliche Persönlichkeitsstruktur«: als Schwanken zwischen Aufflügen eines großen Selbstbewußtseins und folgsamem Verlangen nach absichernden Autoritäten, das seine Haltung vor Gericht verständlich mache (S. 113 f.). Wieder wird damit wenig erklärt. Denn es geht ja nicht nur um einen individuellen Charakter, dessen Verbiegung man im Kindheitskapitel hätte ergründen können, sondern um einen Typus intellektuellen Verhaltens.

Obwohl ihn Puschkin und Ulbricht warnten und die SPD die Befürchtung eines DDR-Aufstandes zurückwies, fuhr Harich fort, »seine« Gruppe zu bilden. Die bestand zunächst aus losen Gesprächen im Kulturbund-Verlag »Aufbau« und dessen Wochenzeitung »Sonntag«. Von den Westberliner »Feind«-Kontakten wußten jedoch weder der Verlagsleiter Janka noch der Parteisekretär Schubert oder die Redakteure Zöger und Just. Janka die Verantwortung für alles weitere anzulasten, weil der »in Kämpfen gestählte Kommunist« (S. 114) nun Merker als »deutschen Gomułka« ins Spiel bringt, statt die jungen Hitzköpfe zu zügeln, ist schon seltsam. In der Tat verband diese winzige »Gruppe« offenbar das Gefühl, Teilnehmer an einem »roten 20. Juli« zu sein. Wie die Verschwörer von 1944 sahen sie praktisch in der Beseitigung eines diktatorischen Führers den einzigen Weg zur Rettung ihres Landes, auch wenn sie theoretisch mit Marx wußten, daß es darauf

»Die Nichtachtung des Lebens der anderen bedeutet aber zugleich auch: das eigene Leben als moralischen Wert geringachten. Und so bleibt Zynismus als Larve der Verzweiflung und als uneingestandene Traurigkeit und Trostlosigkeit. (...)

Wir sind aber ein Volk, das über ein Jahrzehnt lang geistiger Auseinandersetzung entwöhnt war und dem Meinungen nur als offizielle Fertigfabrikate vorgesetzt wurden. (...) Wir müssen also ... erst wieder lernen, ... daß sie sachlich sei, den Andersdenkenden zu Wort kommen lasse und seine Argumente mit Argumenten widerlege.«

Becher: Wir, Volk der Deutschen (1947), in: GW Bd. 17, S. 100, 134f.

ankommt, die Lebensverhältnisse der Massen zu ändern und nicht nur das Verhalten eines einzelnen.

Harich hatte ja in seinem Memorandum gefordert, den Stalinismus als System zu begreifen, als Ausdruck vormoderner Bedingungen, unter denen Stalin ein Volk von Bauern in die große Maschinerie peitschte. Die »Plattform« vom November 1956 geht noch weiter, folgert klug, daß die Entwicklung der Produktivkräfte davon abhängt, Partei und Staat zu trennen, nach dem jugoslawischen Modell Organe der Selbstverwaltung zu erproben und besondere nationale Wege zum Sozialismus zu suchen. Doch all dies scheint vergessen, sobald er politisch handelt. Da glaubt der große Intellektuelle in kopfloser Panik, das Volk habe keinen eigenen Kopf, wenn nicht er selber es führt, statt die Massen, oder nüchterner gesprochen: Mehrheiten mit Geduld und besseren Argumenten für ein alternatives Konzept zu gewinnen.

Harich bejaht den »demokratischen Zentralismus« und bedenkt nicht, wie sich eine Minderheit gegen die mehrheitlich getragene Zentrale durchsetzen kann. Die Personalisierung der Sachkritik, der Frontalangriff auf einzelne Personen und Institutionen, die für alle Übel der Gesellschaft verantwortlich gemacht werden, bleibt in der Umkehrung des Personenkults befangen, fordert in stalinistischem Duktus, die Regierung von Stalinisten zu »reinigen« (S. 109), und verschafft den Angegriffenen in Amt und Würden die Gelegenheit, die Angreifer zu zerschlagen, die sich selbst durch den Schein einer Verschwörung ins Unrecht setzen.

Natürlich waren die folgenden Schauprozesse Politinszenierungen. Doch die Angeklagten sind nicht erst an der Willkür eines Unrechtsstaates gescheitert, den sie zu reformieren wünschten. Wer ein Spiel ändern will, muß dessen Regeln beherrschen. Sie wußten genau, daß die Bildung einer Fraktion in der »Partei neuen Typs« seit Kronstadt wie die Planung eines Attentats in bürgerlichen Demokratien verfolgt wird und daß sozialistische Rechtsprechung sich als Klassenjustiz im Parteiauftrag verstand. Gerade deshalb leugnete Janka beharrlich, so daß er in die Ecke des Lügners geriet, während der geständige Harich als Kronzeuge der Anklage erschien. Noch im Gerichtssaal hielt er glänzende Vorträge und genoß auf fatale Weise, Führer einer staatsgefährdenden Gruppe zu sein. Womit er sich als labiler Bürgersohn auswies: als Typus des vereinzelt, in sich verlorenen Intellektuellen, der Halt in äußerer Anerkennung sucht und sich in Todesangst den Richtern unterwirft, denen er zugleich seine geistige Überlegenheit demonstriert. Janka dagegen verkörpert habituell den verhörerfahrenen Arbeiter, der das Gericht nicht als seinesgleichen anerkennt und seine Intelligenz nutzt, sich standhaft-listig zu verteidigen, bis die Last der Beweise ihn erdrückt.

Beide vermochten durch die Personalisierung ihrer Sachkritik nicht, die gewollte Veränderung im Bestehenden durchzusetzen. Daß längst angebahnte Reformen erst durch die Fehler dieser Opposition in Ulbrichts Machtausbau umschlagen konnten, entgeht Prokop. Denn auch ihm gilt der vermittelnd umsichtige Becher nur als Verräter, der zwar bei Ulbricht für Janka interveniert und Schirdewan sein Leid klagt, sich aber dann besäuft, ins Kran-

kenbett flieht und Harich als infantil bezichtigt (S. 117). Dabei gerät einiges in Vergessenheit:

»Der weiße Terror wütet«, antwortete der »Sonntag« auf den Umschlag der friedlichen Budapester Erhebung in Lynchjustiz an Partei- und Geheimdienstleuten. Anna Seghers bemerkte, daß ausgerechnet Franco vor der UNO für den Aufstand eintrat und zur gleichen Zeit Israel, England und Frankreich Ägypten überfielen, weil es den Suezkanal nationalisierte. So hätten »die Feinde des Friedens, die die Freunde der großen Profite sind«, an zwei Stellen zugepackt. Arnold Zweig meinte, jetzt enthülle sich der Zweck der Aufrüstung Israels, antworte die Kapitalistenfront auf den Versuch, ein Bindeglied zwischen Ost und West aus Privat- in Volksbesitz zu überführen. Und Eisler gedachte seiner Zeit als Soldat in einem ungarischen Regiment während des I. Weltkrieges. Ein Kommandeur, im Zivilleben Verwalter beim Grafen Esterhazy, habe ihm mit Erschießung gedroht, wenn er von seinem »stinkenden Sozialismus« sprechen werde. Nun höre er von der Rückkehr des Grafen und wünsche dem Volk, daß es in der schwierigen Lage verstehe, wo seine Interessen liegen. Kunert reimte: »Bereits hör' ich Euch sagen: ›Das war nicht gewollt. / Die Kommunisten an Laternen? Doch was soll man machen?‹ / Bis die Lawine ganz Euch überrollt. / So kurz der Rausch, so schlimm wird das Erwachen. / Ich bitte Euch von Herzen, haltet fest / An unserer Sache, die sich nie verlieren läßt.« Bloch dozierte: »Die Lehre ist: auf jeden Fall Explosionen (mit ihren höchst paradoxen Weiterungen) zuvorkommen.« Wozu aber keine Zurücknahme des XX. Parteitages taue, sondern nur Mut und das leuchtend gehaltene Ziel vor schemenlosen Augen. Hermlin sah das »Wolfsgesicht derer von 1919« auftauchen, der Honved-Offiziere, die Fratze der schneidigen Soldateska, die unter den Klängen des Czardas auf das Land der drei Millionen Bettler anstießen. Klaus Gysi fragte, woher die LKW mit den Waffen kamen, die zum Sturm auf die Parteihäuser auffuhren. Man dürfe nicht abgehen von der Demokratisierung, müsse aber wachsam und überlegt handeln. Tragisch sei die Spaltung der Führung gewesen, der Mangel an Aufklärung der Arbeiterschaft. Und Renn forderte, »sich fest hinter unsere Regierung zu stellen und mit ihr bereit zu sein, alle Versuche, unseren inneren Frieden zu stören, sofort und mit allen Mitteln zu verhindern.«⁸

Das waren nicht Wortmeldungen auf Befehl der Partei, auch wenn Just vom ZK-Apparat angehalten wurde, Großautoren des Landes für die erste Seite zu gewinnen. Was sie schrieben, entsprach einer Überzeugung, die sich ihnen in zwei Weltkriegen, Revolutionen und Konterrevolutionen bestätigt hatte: Wie Brecht sahen sie in der Eigentumsfrage das entscheidende Kriterium, an dem jede soziale Bewegung zu messen sei. Und dahinter stand noch immer das Trauma des Faschismus, der mit der Zerschlagung der ungarischen Räterepublik begann.

Nur Becher fehlte. Von ihm erschienen im nächsten »Sonntag« statt eines Kommentars neun Gedichte, die erstmals den Abgrund der Moskauer Jahre zur Sprache brachten und tiefer gingen als alles, was das Blatt bis dahin veröffentlicht hatte. Tags darauf, am 12. November, verteidigt er auf der 29. ZK-Tagung als einziger

Lukács, mit dem er den Sommer zuvor im Harz verbracht hatte, und den Petöfi-Klub, die nicht die Hauptschuldigen am ungarischen Desaster seien. Versagt habe die Partei, die es nicht vermochte, mit den Leuten zu reden, ihnen die Wahrheit zu sagen.⁹

Auch Harichs Reise nach Hamburg war mit dem Minister abgesprochen, der sich jeden Monat einen Tag lang mit Janka in seinem Gartenhaus beriet und noch im November in den Aufbau-Verlag kam. Mußte er, der seit 1953 den Spielraum für Reformen zu erweitern suchte und in dessen Rücken sich die Opposition formierte, nicht die nachträglich erfahrenen Schritte seiner Mitarbeiter als – Verrat empfinden? Bis Ende Dezember ließ Lilly Becher Jankas Frau wissen, daß sie fest zu ihr stünden. Dann unterzog Becher sich im Januar einer lang geplanten Prostata-Operation und nannte, da ihm dies als Flucht in die Krankheit vorgeworfen wurde, Harich auf einer Pressekonferenz infantil und – hochbegabt. Eine harte Charakterisierung, die aber Prokop faktisch bestätigt.

Harichs sowohl infantile als auch abenteuerliche Art, Politik vor allem zur Selbstbestätigung zu betreiben, bietet Ulbricht den Vorwand, um den Kulturbund als Hort der Konterrevolution zu entlarven. Becher, der sich im März noch, wieder als einziger, im ZK gegen eine erneute Antiintelligenzkampagne erhebt, wird Anfang Juli zum Abschluß freigegeben. Worauf er physisch zusammenbricht, seinen Rücktritt erklärt, die Verurteilten verurteilt, sich aber noch immer zu dem politisch hauptschuldig gesprochenen Lukács bekennt.¹⁰

Wer ist weitergegangen zu dieser Zeit, an diesem Ort, und was wäre möglich gewesen, wenn sie einander verständigt statt mißtraut hätten: von den Inseln der Opposition an der Basis der Partei über den Kulturbund mit seinen »Clubs der Intelligenz« bis zu Wollweber und Schirdewan im Politbüro?

Von dieser Tragik einer verfehlten Chance spürt man wenig bei Prokop. Auch kaum den Schrecken, der Harich widerfährt. Nur das Material zeigt die Deformierung in acht Jahren Haft. Weißhaarig kehrt er zurück, von Verfolgungswahn gezeichnet, mehr denn je unfähig zur einfachsten menschlichen Beziehung. Und wiederum sind es Varianten eines schon ausgeformten Charakters, des »Intellekts auf Beinen«, wie seine vierte Frau ihn an der Unbescheidenheit des Bescheidenen erkennt, der auf leibliche Genüsse verzichtet, aber Menschen verbraucht (S. 159).

Auch diese Falschheit der Askese reflektiert Prokop nicht, die Harich Mitte der siebziger Jahre zur Rettung der Welt propagiert: als erster Grüner der DDR, sodann in Österreich und der BRD, erneut mit dem Briefplädoyer für eine rot-grüne Koalition an Willy Brandt seiner Zeit zwanzig Jahre voraus, und wieder auf dem Königsweg als ungerufener Berater sich aufdrängend, während und weil er unten in der wirklichen Bewegung keinen Halt findet. Sollte in alledem nicht der eigentliche Grund für Harichs Krieg gegen Nietzsche zu finden sein: seine Verdammung des unbarmherzigen Psychologen, der das asketische Ideal als Tyrannei lebensfeindlicher Intellektueller verrät?

Leider sucht Prokop keine Antwort auf solche Fragen. Er nennt nicht einmal den Titel der Harichschen Replik auf die DKP-

Konferenz »Bruder Nietzsche«,¹¹ obgleich sie bedenkenswerte Probleme aus dem Geist einer ehrlichen Gegnerschaft entwickelt, die Nietzsche mehr geschätzt hat, als das Lob ihn verharmlosender Ästheteten. Um so breiter wird der Streit mit Janka ausgewälzt, selbst die nicht nur stilistisch schwache Semesterarbeit eines Geschichtsstudenten als letzter Versöhnungsversuch aufgenommen und von Harichs Aufopferung für die »Alternative Enquête-Kommission« zur deutsch-deutschen Geschichte berichtet. Wieder nötigt die Haltung des Philosophen Respekt ab, lieber ein horrendes Bußgeld von einer lächerlich geringen Rente an die Justiz der neuen Sieger zu zahlen, statt sich an deren Abrechnung mit seinen alten Richtern zu beteiligen. Auch wenn damit noch nicht entschieden ist, inwieweit er intellektuelle Größe bewiesen oder wieder nur eine große Rolle gespielt hat.

Man darf auch an Harichs Selbststilisierung zum Zufrühgeborenen zweifeln, seine anregende Wirkung wird jedoch niemand bestreiten. Insofern bleibt es das Verdienst von Siegfried Prokop, ein reiches Material angehäuft zu haben, das darauf wartet, durchdacht zu werden. Denn in einem Punkt muß man den belanglosen Erinnerungen von Harald Wessel im Anhang des Buches zustimmen: Das Leben des Wolfgang Harich könnte tatsächlich ein Lehrstück sein, wie es »Weltverbesserungs-Idealisten« ergeht, die sich ins politische Geschäft einmischen (S. 304) – der Stoff für eine große Tragikomödie.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Heinz Pepperle: Revision des marxistischen Nietzsche-Bildes?, in: Sinn und Form, 38. Jg., 1986, 5. H., S. 934-969; Wolfgang Harich: »Revision des marxistischen Nietzsche-Bildes?«, in: Sinn und Form, 39. Jg., 1986, 5. H., S. 1018-1053; X. Schriftstellerkongreß der DDR, Plenum, Berlin u. Weimar 1988, S. 44 f, 72-77; Stephan Hermlin etc., in: Sinn und Form, 40. Jg., 1987, 1. H., S. 179-219.
- 2 Vgl. Jens-Fietje Dwars: Ästhetik des Widerstands – Ästhetik der Herrschaft. Aus einer Vorlesung zum »Fall Nietzsche«, in: Bildende Kunst, H. 8/1989, S. 61-63.
- 3 Siegfried Prokop: Ich bin zu früh geboren. Auf den Spuren Wolfgang Harichs, Berlin 1997.
- 4 Walther Harich: Primaner, Berlin 1931.
- 5 Vgl. Bernd Florath: Rückantworten der »Hauptverwaltung Ewige Wahrheiten«. Wolfgang Harich ohne Schwierigkeiten mit der Wahrheit, in: UTOPIE kreativ, H. 47/48, Sept./Okt. 1994.
- 6 Übrigens hat er, trotz gegenteiliger Behauptung (S. 38) auch Bechers Exil-Gedichte – teils zu Recht – verrissen: »Die innere Umstellung von der stürmisch-oppositionellen Geisteshaltung der frühen Werke auf Heimatsehnsucht und Schulpathos ist Bechers Schaffen ohne Zweifel schlecht bekommen. / Vielleicht rührt das daher, daß die Disziplin eines Dogmas seine Gestaltungskraft erlahmen ließ, eines Dogmas, dem er sich verschrieb, als es revolutionär war und er selbst aus sympathischer Romantik, aus jenem messianischen Sozialismus, der für eine ganze Dichtergeneration bezeichnend war, geistige Entscheidungen traf. Was aber bedeutet dann die Hinwendung zum Nationalen?« W.H.: Läuterung?, in: Kurier vom 19.12.1945.
- 7 Ebenso zweifelhaft ist die Behauptung, das Becher-Projekt einer Wochenzeitschrift mit dem Titel »Die Republik« gehe auf Harich zurück.
- 8 Sonntag, 4.11.1956, S. 1.
- 9 Vgl. Der gespaltene Dichter. Johannes R. Becher. Gedichte, Briefe, Dokumente 1945-1958. Hrsg. von Carsten Gansel, Berlin 1991, S. 165- 175. (Dort mit irrtümlicher Datierung auf den 1.11.1956.)
- 10 Vgl. meine im Winter 1998 erschienene Biographie: Abgrund des Widerspruchs. Das Leben des Johannes R. Becher.
- 11 Wolfgang Harich: Nietzsche und seine Brüder. Eine Streitschrift in sieben Dialogen mit Paul Falck, Schwedt 1994.

INES MIETKOWSKA-KAISER, GERD KAISER

Frauen im Exil

Ines Mietkowska-Kaiser –
Jg. 1933, promovierte
Historikerin.

Gerd Kaiser – Jg. 1933,
promovierter Historiker.

Wer sich näher für die Ergebnisse der Arbeit der Gesellschaft interessiert, der derzeit nahezu 500 Mitglieder aus 23 Ländern (nicht eingerechnet die Mitglieder der amerikanischen Society) angehören und deren Geschäftsstelle seit 1993 sich in dem von ihrem derzeitigen Vorsitzenden Prof. Dr. Wolfgang Benz geleiteten Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin (Ernst Reuter-Platz 7; 10587 Berlin) befindet, sei auf die seit 1993 erscheinenden »Neuen Nachrichtenbriefe« (Red.: Patrik v. z. Mühlen) und die Jahrbücher der Gesellschaft (Red.: Claus-Dieter Krohn) verwiesen.

Die AG Frauen im Exil ist unter der Adresse von Frau Schmeichel-Falkenberg; Rosenstraße 28; 72116 Mössingen zu erreichen.

Eine von Beate Schmeichel-Falkenberg geleitete Arbeitsgruppe der Gesellschaft für Exilforschung e.V. befaßt sich mit dem Thema »Frauen im Exil«. Seit 1991 sind ihm eigene Tagungen gewidmet.

Anliegen der 8. wissenschaftlichen Tagung zu diesem Thema war Ende Oktober 1998 das Exil in der UdSSR. Vorangegangene Tagungen befaßten sich z.B. mit dem Thema »Frauen im Hebräerland – aus Nazideutschland vertrieben«. Jahresversammlungen der Gesellschaft für Exilforschung e.V. berieten u.a. die Themen »Deutsch-jüdisches Exil: Das Ende der Assimilation?« sowie »Folgen und Wirkungen des Exils nach 1945«.

Die jüngste Veranstaltung in der Berliner Gedenkstätte deutscher Widerstand bot knapp zwei Dutzend Forschungsberichte und Werkstattgespräche sowie Gespräche mit Zeitzeuginnen, die sich dem Thema der Frauen im sowjetischen Exil sowohl biographisch als auch unter bestimmten thematischen Gesichtspunkten zu nähern suchten. Die thematischen Studien »Frauenexil im ›Vaterland aller Werktätigen«« (*Simone Barck*), »Sag mir wo die Frauen sind... Eine Suche nach Antworten auf unbekannte Fragen« (*Rita Pawlowski*), zum widersprüchlichen »Erleben der Frauenemanzipation im sowjetischen Exil« (*Ulla Plener*), zur Situation »Deutscher Exilantinnen innerhalb der Häftlingsgesellschaft der GULAG« (*Meinhard Stark*) sowie »Lieber Genosse Stalin« – Briefe deutscher Frauen« (*Reinhard Müller*) vermittelten zahlreiche neue Erkenntnisse zu den Exilerfahrungen von Frauen aus Deutschland.

Simone Barck ging bei der Erforschung lebensgeschichtlicher Erfahrungen von annähernd 4 000 bis 6 000 Emigrantinnen (1936) in der UdSSR aus. Annähernd 3 000 von ihnen fielen dem institutionalisierten Terror zum Opfer. In zwei Phasen (1936 und 1937/38) wurden die Frauen zuerst aus dem Leben des Emigrationslandes und aus den Reihen der deutschen Emigration ausgegrenzt, sodann entweder in der UdSSR oder – durch Ausweisung nach Nazideutschland – direkt oder indirekt zum Tode verurteilt. Obwohl die politische Gefährdung der Emigrantinnen (und Emigranten) und teilweise jüdisches Ethnos eine Auslieferung an Nazideutschland von vornherein verboten, wurden Emigrantinnen über die Stationen Brest und ab 1939/40 auch Lublin (d.h. Mайданек) der Gestapo vom NKWD überstellt. Zu diesem Thema sprachen u.a. *Anna Dignath* über Susanne Leonhard und *Stefanie Brauer* in ihrem Beitrag über die Lebenserfahrungen von Margarete Buber-Neumann.

Ulla Plener (die u.a. auch mit ihrem Buch über Lebensgeschichten deutscher Exilantinnen »Leben in Hoffnung und in Pein« an der wissenschaftlichen Aufarbeitung des Themas beteiligt ist) bereicherte die Diskussion v.a. dadurch, daß sie auf die Grunderwartungen der meisten Exilantinnen verwies (die dann als eine Art »Meßlatte« für die Alltagserfahrungen in der Emigration angelegt wurde). Gleichberechtigung von Mann und Frau, soziale Sicherheit, uneingeschränkter Zugang zur Bildung u.a. wurden teil- und zeitweise erfüllt, bis ab Mitte der Dreißiger ein antiemanzipatorisches Terrorregime jede gesellschaftspolitische Alternative zunichte machte.

Einblick in sein Forschungs- und Buchprojekt bot *Meinhard Stark*. Er verwies u.a. auf die unterschiedlichen sozialen und ethnischen Gruppen sowie politischen Sozialisationserfahrungen. Dabei ging er auch darauf ein, daß Frauen wenn überhaupt, dann generell zumeist nachgeordnete Funktionen in der Lagerhierarchie einnahmen und deutsche Exilantinnen bzw. Exilanten zwar zumeist nicht als »nationale Solidargemeinschaft« auftraten, jedoch nicht selten und zumindest regional bevorzugt durch ihre Berufskennnisse bzw. -erfahrungen und ihre Zuverlässigkeit hinsichtlich der Arbeit und Arbeitsorganisation in »Vorarbeiter«-Funktionen aufrückten.

Ergänzt wurden diese Informationen durch Berichte über den Bestand Erinnerungen deutscher Exilantinnen im Bundesarchiv Stiftung Parteien und Massenorganisationen der DDR in Berlin-Lichterfelde (*Ursula Adam*). 1980 gehörten annähernd 50 Erinnerungen von Frauen im Exil zum Bestand, der über 2 000 Positionen zählte. Über »Die Schule unserer Träume« – Frauen und Mädchen in der Moskauer Karl-Liebknecht-Schule« sprach *Natalja Mussienko*. Sie hatte auch eine kleine und überzeugende Ausstellung über Lehrer- und Schülerschaft der Schule vorbereitet, die die Tagung bereicherte, ebenso wie die Namensliste von Emigrantinnen und Opfern der Emigration, an der *Rita Pawlowski* arbeitet, die zur Mitarbeit an der Vervollständigung der Liste einlud.

Die biographisch angelegten Vorträge konzentrierten sich neben bekannten Exilantinnen wie z.B. Susanne Leonhard und Margarete Buber-Neumann vor allem an Hand ihrer Autobiografien und deren Rezeption auch auf weniger bekannte Exilantinnen wie Waltraud Nicolas (*Eva-Maria Siegel*). Neue Forschungsergebnisse zu Margarete Steffin und Maria Osten, trug *Ursula El-Akramy* an Hand ihres eben erschienenen Buches »Transit Moskau« vor.

Ergänzend zum Konferenzthema stellte *Günther Agde* Filmausschnitte aus dem 1935 im Exil entstandenen Film »Kämpfer« (Regie: Gustav von Wangenheim) und dem Dokumentarfilm Lew Hohmanns »Verzeiht, daß ich ein Mensch bin...« (DDR/1988) vor, der dem Leben der Familie Friedrich Wolfs gewidmet ist.

Der wissenschaftliche Ertrag der Veranstaltung diente dem Grundanliegen der seit 1984 wirkenden Gesellschaft für Exilforschung, die sich darauf orientiert, nicht die Vergangenheit zu konservieren, sondern für das Einlösen der vergangenen Hoffnung zu wirken.

WOILFGANG SABATH

Festplatte.

Die Wochen im Rückstau

Im Berichtszeitraum hatten wir es, wollen wir den Zeitungen und den Fernsehsendern glauben, vor allem mit dem Freispruch Clintons, mit Karnevals- und Regierungssitzungen sowie den Berliner Filmfestspielen zu tun. Doch ob auch unsere Landsleute, die hinter jenem Speckgürtel, der die Hauptstadt wie eine Gürtelrose umklammert, hausen müssen, von diesen Festspielen Notiz nahmen, kann als fraglich eingestuft werden. Aber sicher bin ich mir natürlich nicht, zumal unser aller Kanzler, Gerhard Schröder, den Schickimicki-Auftrieb eröffnete. Und da er es auch nicht versäumte, sich von seinem Schauspiellehrer für diesen Auftritt einen preseträchtigen Gag einbauen zu lassen – diesmal hatte er seine Lesebrille vergessen müssen und war gezwungen, sozusagen aus dem Stehgreif agieren –, werden wohl auch die Bürger von Furth am Wald oder jene, die beidseits der Hunsrückhöhenstraße siedeln, von des Kanzlers Filmfestspielepremiere erfahren haben. Er machte seine Sache gut, hat sein Casting bestanden und steht also für weitere Rollen zur Verfügung. Kaum hatte er die Filmfestspiele hinter sich gebracht, sorgte er schon wieder für ein Rauschen im Blätterwald. Nicht Atomausstieg hin, Atomausstieg her, nicht Tretzin rein oder raus war diesmal die Frage, sondern die Ergänzung des Fuhrparks der Regierung. War sie bisher der Marke Audi zugehört, soll nun ein Mercedes hinzukommen. Ein Höfling von dpa wußte den Vorgang folgendermaßen zu formulieren:

»Die beiden großen Männer der deutschen Politik und Wirtschaft, Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und Daimler-Chrysler-Vorstandschef Jürgen Schrempp, gaben sich entspannt, als sie den Journalisten gegenübertraten. Der Daimler-Konzernchef hatte allen

Grund zur Freude. Endlich will auch Schröder einen Wagen mit dem Stern in seinen Fuhrpark aufnehmen. Bisher habe er den Audi bevorzugt, weil es das einzige Auto sei, das in seinem Emblem vier Ringe habe, sagte er. Damit spielte der Kanzler schmunzelnd auf die Zahl seiner Ehen an.« Na toll. Schröder versicherte, er sei nun mal der Kanzler aller Autos!

So isser, unser Gerhard. Während die Satiriker unseres östlichen Nachbarn nicht müde werden, sich immer wieder über den »Kwasniewski aller Polen« herzumachen (und vermutlich ließe sich bei genauerem Studium irgendwo auch eine Stelle finden, wo steht, daß »Toni Blair der Blair aller Briten« ist), ist der Unsrige also der Kanzler aller Autos.

Zugegeben, uns kann man es nie recht machen. So sind wir eben. Der Berliner »Tagesspiegel« brachte das Mitte Februar in einer Kolumne folgendermaßen auf den Punkt:

»Es ist, als hätten sich die Deutschen in ein einzig Volk von Protestwählern verwandelt. Erst haben sie Schröder gewählt – vornehmlich, um Kohl loszuwerden. Dann haben sie die neue Bundesregierung gerade mal drei Monate vor sich hinwursteln lassen, ehe sie ihr bei der Hessenwahl einen bösen Einbruch besicherten und der maroden Christdemokratie zu unverhofften neuen Triumphgefühlen verhalfen.«

Ach ja, eben fällt mir ein, daß im Berichtszeitraum allenthalben auch so getan wurde, als sei der Euro eingeführt. Nun mögen das die Wirtschaftspolitiker jeglichen Standes und jeglicher Färbung, die Parteipropagandisten aller politischen Richtungen sowie Immobilienschieber (ich weiß: das ist eine Tautologie) unterschiedlichster Ebenen für einen wichtigen Vorgang gehalten haben oder halten: Ich muß bekennen, daß ich selten eine so große Diskrepanz zwischen öffentlichem Trara über eine Angelegenheit und meinem persönlichen Empfinden verspürte. Der Euro geht mir, mit Verlaub, ziemlich am A... vorbei. Weil es mir nämlich egal sein kann, in welcher Währung zum Beispiel die renommierte Zeitschrift »UTOPIE kreativ« meine Artikel nicht honoriert; oder allgemeiner: Es kann mir ziemlich schnurz sein, wie das Geld heißt, von dem ich zu wenig habe.

Natürlich ist eine derartige Haltung haarsträubend. Und gefährlich kann sie auch werden. Auf diesen Umstand wurde ich dieser Tage in einer Ratgebersendung des SFB aufmerksam gemacht. Denn es gibt zwar den Euro real noch gar nicht, doch die Abzocker und Betrüger sind schon wieder am Werke. Zahlreiche Geschäfte sind bereits dazu übergegangen, ihre Waren doppelt auszuverkaufen, in Euro und in DM. Und nun sollen ganz pfiffige Geschäftsleute auf die Idee verfallen sein, den Preis in Euro sehr groß und den in DM sehr klein auf die Schildchen zu pinseln. Da ein Euro zwei Mark sind, wie wir angehalten sind, uns zu merken, fällt die Euro-Zahl immer entschieden kleiner aus, als die Mark-Zahl. Und ehe der Kunde seinen Irrtum bemerkt, habe er oft schon gekauft... So hofften die Geschäftsleute. Das ist doch mal wieder eine echte Innovation!

Egon Bahr: Deutsche Interessen.
Streitschrift zu Macht, Sicherheit und
Außenpolitik, Karl Blessing Verlag
München 1998, 158 S. (24,90 DM)

Die russische Währungs- und Führungskrise im Sommer 1998 hat es bestätigt: Die Blockkonfrontation ist zwar beendet, die Welt aber keineswegs in Ordnung. Nur wenige Politiker des linken politischen Spektrums – Ausnahme wäre noch Joschka Fischer¹ – machen es sich zur Aufgabe, über die Grundkoordinaten deutscher Außen- und Sicherheitspolitik nachzudenken. Wenn gar noch über deutsche Interessen reflektiert wird, dann bedarf es schon der Abgeklärtheit und Angriffslust eines Egon Bahr. Der strategisch-theoretische Kopf einer ganzen Epoche sozialdemokratischer Außenpolitik und zuletzt langjährige Direktor des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik bestätigt in der vorliegenden Streitschrift seinen Ruf als Kenner der Materie und Vordenker einer konsequenten Abrüstung in einer nicht nur europäischen Friedensordnung.

Für die noch ausstehende knappe Zeit bis zum Inkrafttreten des Vertrages über die konventionellen Streitkräfte in Europa und die wahrscheinliche Aufnahme dreier osteuropäischen Staaten (Polen, Tschechien, Ungarn) in die NATO sieht er eine erfreuliche »Nicht-Entschiedenheit«, die als »Fenster der Gelegenheit« für alternative Ansätze genutzt werden sollte (S. 142). Das ist neben allen Erfordernissen der realen Politik auch eine Konterstellung zur verbreiteten Meinung in der Bundesrepublik, daß »die Sicherheitspolitik keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlocke« (S. 16).

Bahr ist kein Träumer. Seine Prämissen sind klar. Außen- und Sicherheitspolitik bleiben auch nach dem Epochenwechsel »Schicksalsfragen der Völker« (S. 9) und sind für ihn immer noch Machtpolitik. B. erinnert daran, daß die Welt in einem globalen Umbruch steckt, der nur sehr lange vom Ost-West-Konflikt verdeckt wurde. Technologisierung und Globalisierung wirken. »Daß sich der Kapitalismus, befreit von dem lästigen Konkurrenten im Osten, der sich zu Recht mit einem Winseln aus der Geschichte verabschiedet hat,

nun ungehemmt der Gewinnmaximierung zuwenden kann, hat die Entwicklung nicht ausgelöst, sondern nur beschleunigt.« (S. 14)

In diesem auch politisch nach 1989/91 veränderten Umfeld gelte es, die neuen Interessenlagen genau zu bestimmen. Die brauchen im Unterschied zu den USA für Deutschland keineswegs global ausgelegt sein. Trotz einer notwendigen Abstufung reichen sie bei ihm jedoch weit. Er unterscheidet drei Ebenen dieser Interessenlage. Seine »Analyse deutscher Interessen ergibt:

Erstens *vital*: verhindern, daß wieder eine Bedrohungsmacht im Osten entsteht; positiv: die Stabilität Gesamteuropas erreichen.

Zweitens *herausragend*:

- a) die globale Handlungsfähigkeit Europas anstreben;
- b) Vertiefung und Erweiterung bestehender Institutionen betreiben;
- c) die nordatlantische Sicherheitsstruktur erhalten;
- d) die UN stärken.

Drittens *wichtig*: Stabilitätsbemühungen im Kaukasus und in Mittelasien, im Nahen und Mittleren Osten unterstützen; zur Gesundung Afrikas südlich der Sahara beitragen; die Wirtschaftsinteressen in Südostasien fördern.« (S. 25)

Bemerkenswert sind dabei drei Argumentationslinien B.s: *Erstens* die Einsicht, daß das Schicksal Rußlands für Deutschland und Europa ausschlaggebend ist. Eine Ausgrenzung dieser Macht, auch durch die Osterweiterung der NATO in den sensiblen russischen Nachbarregionen, könnte verhängnisvoll sein und es tatsächlich wieder zu einer Bedrohung machen. Ebenso hält B. nichts von dem irriren Händereiben im Westen angesichts der Krisen, das aus der Hoffnung genährt würde, daß ein mit sich selbst beschäftigtes Rußland keine Gefahr sei. »Gerade weil wir das militärische Gewicht ... verringern wollen, liegt uns an einer Gesundung Rußlands, damit es sich seiner selbst sicher auf kooperative Einbeziehung in Europa einlassen kann und nicht auf Konfrontation ausweichen muß.« (S. 28/29)

Zweitens plädiert B. für ein vorsichtiges Abnabeln von den USA. Bislang sei es bedingt durch die europäische Unfähigkeit zu gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik

noch so, daß »das luxuriöse Protektorat (der USA) mit so großzügiger Mitbestimmung« existiere, auch wenn es Schlimmeres gebe (S. 36/37). Ein wirtschaftlich weiter erstarrendes und durch den Euro – bei allen Problemen – zur Weltmacht werdendes Europa werde »als handlungsfähiges Europa ... zum Konkurrenten Amerikas« (S. 31). Auch deshalb sei es nötig, daß Europa sich machtpolitisch seiner Stärke bewußt werde und entsprechend agiere. Solange die USA aber den Europäern die Verantwortung abnehme und diese sich das bereitwillig gefallen lassen, solange bleibt Europa gebremst und erfülle seine Verpflichtungen nicht.

Drittens setzt sich B. für die Verringerung der militärischen Stärke ein. Er argumentiert nicht zu den entsprechenden Vorschlägen seines Hamburger Instituts². Aber er fordert ganz klar eine deutliche Reduzierung der Bundeswehr. Er will eine Ordnung, »in der das Militär nicht mehr gebraucht wird, um Kriege zu führen oder Kriege zu beenden. Militärisch ist Deutschland eine schwache Macht. Es gibt stärkere Staaten. Es wäre gut, einen Zustand zu erreichen, in dem militärische Stärke keine ausschlaggebende Rolle mehr spielt.« (S. 27)

Leider setzt sich B. nicht mit den noch »sinnvollen« militärischen Einsätzen auseinander. Der Bundeswehr-Einsatz in Bosnien wird positiv gewertet. Hier scheint eine kritischere Wertung angebracht, da generell nach dem Sinn militärischer »Konfliktlösungen« – auch bei friedenserhaltenden und gar -erzwingenden Maßnahmen – gefragt werden sollte.

B. will klar den Interessenmaßstab an die Stärke der Bundeswehr anlegen und da wären für ihn 250.000 oder 200.000 oder auch weniger allemal genug. Dann könnte auch die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft werden. Seiner Meinung nach sind auch die immer angeführten innenpolitischen Gründe (Schule der Nation, Einfordern von Pflichten für die Gesellschaft) erledigt.

Im Kontext der militärischen Seite der Sicherheit erinnert B. daran, daß auf dem Boden der Bundesrepublik immer noch US-amerikanische Kernwaffen stationiert sind. Auch wenn er nicht an die völlige Abschaffung der Kernwaffen durch die Kernwaffenmächte glaubt, nur an ihre drastische Redu-

zierung auf vielleicht 1.000 oder 500 tödliche Sprengköpfe, hält er sie in Deutschland für völlig überflüssig und potentiell gefährlich.

Was B. will, ist ein politisch einheitlich handelndes Europa – von Lissabon bis Wladiwostok. Das könne die dafür ungeeignete NATO nicht ersetzen, eher stehe die OSZE für eine solche umfassende Herangehensweise, auch wenn sie gegenwärtig dazu nicht in der Lage sei. Aber nur so könnte Europa seiner Verantwortung als Weltmacht gerecht werden.

Gerade in diesen Schlußfolgerungen werden allerdings die Probleme sichtbar, denen B. ausgesetzt ist. Einerseits hat er Illusionen hinsichtlich des wünschenswerten, aber noch nicht absehbaren gesamteuropäischen »Qualitätssprung(s) zu einer Regierung unter Kontrolle des Parlaments mit Nationalstaaten, die zu Ländern ohne letzte Entscheidung über Außen-, Sicherheits- und Währungspolitik werden« (S. 35). Gerade angesichts der Globalisierung und der bereits erfolgten wirtschaftlichen Entmündigung der Nationalstaaten dürfte eher die Rückkehr zu einer – wahrscheinlich bornierten – Nationalstaatlichkeit die nächsten Jahre prägen. Auch eine erhoffte engere Zusammenarbeit von Deutschland und Frankreich oder die Schaffung einer »europäischen Souveränität« würden daran nichts ändern und die Probleme eher verdecken als lösen helfen. Zum andern negiert B. zu sehr die differenzierte Politik, Ökonomie und Interessenlage der einzelnen europäischen Staaten. Die kennt natürlich auch B. und er postuliert, daß z.B. »das Interesse der Stabilität ... auch Staaten mit unterschiedlichen Wertvorstellungen einschließen (muß)« (S. 69). Aber selbst bei den von ihm beschriebenen Interessen Deutschlands ist offenbar, daß auch andere Mächte in den gleichen Regionen Interessen haben und sie oft auch gegen andere Staaten und deren Wirtschaft durchsetzen wollen. Das ändert natürlich nichts daran, daß Deutschland und die anderen europäischen Staaten jeweils einzeln wie gemeinsam »eine stabile gesamteuropäische Friedensordnung« als Ziel haben (S. 28).

Trotz dieser Einschränkungen hat B. völlig recht: »Stabilität durch Gewaltverzicht ist die Voraussetzung für Wohlstand.« (S. 139) Dafür bedarf es eines Politikwechsels, wahrscheinlich eines höheren Maßes an Übereinstim-

mung auch der wirtschaftlichen und vor allem sozialen Interessen der einzelnen Partnerländer sowie politischer Aktivität nicht nur der Diplomaten.

- 1 Siehe Fischer, Joschka: Risiko Deutschland. Krise und Zukunft der deutschen Politik, München 1995.
- 2 Siehe Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH): Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft: Das Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert. Hrsg.: Stiftung Entwicklung und Frieden. EINE Welt. Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden. Bd. 15. Bonn 1995 – siehe meine Rezension in: UTOPIE kreativ, Berlin, H. 77 (1997), S. 88-90.

STEFAN BOLLINGER

Andy Croft (Hrsg.): *A Weapon in the Struggle. The Cultural History of the Communist Party in Britain*, London Pluto Press 1998.

Die elf Aufsätze dieses Sammelbandes leisten einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung und Neubewertung der Kulturgeschichte der Kommunistischen Partei Großbritanniens, die noch immer in der britischen Kulturkritik bis auf wenige Einzelstudien entweder gänzlich ignoriert oder als ideologisierte Parteipropaganda geschmäht wird. Angesichts des Scheiterns des einst hoffnungsvollen Projekts Realsozialismus ist es das Verdienst der Autoren, sich der Frage nach dem »Was bleibt?« gestellt und das Bewahrenswerte dieser nicht widerspruchsfreien, aber dennoch emanzipatorischen Kulturtradition der KP seit den dreißiger Jahren sinnfällig gemacht zu haben.

Der Band zeichnet sich durch einen im Sinne von Raymond Williams geprägten breiten Kulturbegriff aus, wodurch der Leser einen vielschichtigen Einblick erhält in die Vielfalt der kulturellen Aktivitäten der der KP angehörenden und mit ihren Ideen sympathisierenden Intellektuellen und ArbeiterInnen. Diese Kulturproduktion umfaßte proletarisch-revolutionäre Literatur, die Anfänge einer marxistischen Literaturkritik, Musik, Theater, Film, politische Karikaturen u.v.m. Die fundierten Materialstudien und engagierten Interpretationen verdeutlichen den außerordentlichen Einfluß, den kommunistische Ideen und Parteiengagement in den dreißiger Jahren unmittelbar und mittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg auf das britische Kultur-

leben hatten und Menschen unterschiedlichster sozialer Prägung dazu inspirierten, ihre Interessen zu artikulieren und sich als historische Subjekte zu emanzipieren. Sie illustrieren eine der zentralen Thesen des Bandes, daß der Beitrag der KP zu einer demokratischen menschenwürdigen Welt auf kulturellem Gebiet weitaus nachhaltiger war, als dies am unmittelbaren politischen Einfluß der Partei auf das politische Leben in Großbritannien in den 70 Jahren ihrer Geschichte zu erkennen ist. Darüber hinaus bekräftigen sie eine weitere These, daß zumindest in der Zwischenkriegszeit eine proletarisch-revolutionäre Kulturtradition und eine breite antifaschistische Volksbewegung existierte, was auch heute noch in den meisten kulturhistorischen Studien entweder bestritten oder ignoriert wird. Wenngleich der Band keine umfassende Aufarbeitung der Kulturtradition der KP bieten kann, so ist es dennoch bedauerlich, daß nur mit dem einfühlsamen Aufsatz von Maroula Joannou zu der lesbischen Feministin und Kommunistin Sylvia Townsend Warner der Beitrag von Frauen an der Ausprägung einer linken Kulturtradition gewürdigt wird. Die Analyse des immensen Einflusses der KP auf viele Frauen in der Zwischenkriegszeit wie z.B. Vera Brittain, Winifred Holtby oder Naomi Mitchison verdeutlicht die Vielfalt der Vorstellungen von Frauenemanzipation im Zusammenhang mit den sozialen und politischen Kämpfen dieser Zeit, die mögliche Bausteine für eine neue Kultur bieten können.

Alle Autoren sind um eine kritische Neubewertung des widersprüchlichen kulturhistorischen Erbes der KP bemüht, die, wie Andy Croft im Vorwort betont, bei allen positiven Ansätzen fast sklavisch der totalitären und dogmatischen Kulturpolitik der KPdSU und ihren nahezu militärischen Organisationsstrukturen folgte. Es ist einerseits zu begrüßen, daß der Band nicht bei einer Glorifizierung des Gegenstandes stehenbleibt. Andererseits ist die Kritik an der undemokratischen und vulgärmarxistischen Kulturpolitik der KP, die die Mehrzahl der Autoren für deren letztendliches Scheitern nach dem Zweiten Weltkrieg verantwortlich macht, zu einseitig, da sie die aus der UdSSR importierten Impulse pauschal als kontraproduktiv einschätzt und nur ungenügend den vielfältigen

künstlerischen Innovationen sowie kulturpolitischen Initiativen Beachtung schenkt. Hanna Behrends Analyse der marxistischen Literaturkritik der dreißiger Jahre bietet diesbezüglich einen sinnvollen methodologischen Ansatz. So benennt sie zwar auch die normative Übernahme des mechanistischen Widerspiegelungsmodells in den Arbeiten von Alick West, Ralph Fox oder Christopher Caudwell, zeigt aber gleichwohl, wie diese Kritiker versuchten, in Anlehnung an die romantische Kulturtradition die Spezifik der ästhetischen Erfahrung und der Literaturverhältnisse herauszuarbeiten. Viele der von ihnen aufgeworfenen Fragen, wie z.B. die Relativität des künstlerischen Wertes von Literatur, die Polyfunktionalität von Kultur oder die gesellschaftliche Funktion von Sprache, verdeutlichen die schöpferische Modifizierung der Lukács'schen Literaturtheorie und machen sie zu Pionieren in der Tradition der linken Literaturkritik.

Darüber hinaus marginalisiert der Band die Vielzahl der Einflüsse, die die marxistische Kulturtradition seit den dreißiger Jahren bereicherte. Viele sozialistische und linke SchriftstellerInnen zwischen den Weltkriegen knüpften an die bis ins 18. Jh. zurückreichende Tradition der englischen Arbeiterklasse wie auch an die radikal-bürgerliche Romantik an und erreichten so mit ihren Büchern einen breiten Leserkreis, der sich in den Problemen und Hoffnungen, aber auch in der Sprache dieser Literatur wiederfand. Andere AutorInnen, wie z.B. Sylvia Townsend Warner oder Naomi Mitchison, integrierten in ihren Büchern neue Themen (die Emanzipation der Frau, Homosexualität) und experimentierten mit modernistischen Erzähltechniken. Diese Literatur inspirierte eine breite demokratisch-antifaschistische Kultur, die ihre Spuren bis heute hinterließ. Eine umfassende kritische Aufarbeitung unseres kulturhistorischen Erbes sollte das Augenmerk besonders auf diese Ansätze richten, die das emanzipatorische Anliegen der Linken nachhaltig beförderten und befördern können.

STEPHAN LIESKE

Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter 4. Zur Geschichte physikalischer, technischer und mathematischer Institute der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Berlin-Adlershof bis zum Ende der 1960er Jahre, Berlin 1998, 221 S.

Seit Mitte der neunziger Jahre befaßt sich eine kleine Forschungsgruppe der WITEGA Wissenschaftlich-technische Gesellschaft Adlershof e.V. mit der Aufarbeitung der Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW) am Standort Berlin-Adlershof. Die Gruppe sichtet Archivmaterialien, sammelt Dokumente und Fotos, befragt Zeitzeugen und regt sie an, ihre Erinnerungen an die früheren Forschungsstätten der AdW zu Papier zu bringen. Ziel der Forschungsgruppe ist allerdings nicht die Erarbeitung einer geschlossenen Abhandlung der Adlershofer Geschichte der AdW, sondern das Zusammentragen von Mosaiksteinchen zu einer solchen Geschichte.

Die Ergebnisse dieser mühsamen Arbeit werden seit 1996 in der von der WITEGA herausgegebenen Reihe »Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter« präsentiert. Das erste Heft befaßt sich mit der Geschichte chemischer Forschungsstätten der Deutschen Akademie der Wissenschaften (DAW) zu Berlin in den fünfziger und sechziger Jahren, das zweite Heft war der Entwicklung des Heinrich-Hertz-Instituts in den Jahren 1950 bis 1991 gewidmet, und das dritte Heft konzentrierte sich auf das Wirken der Forschungsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Einrichtungen der DAW.

Ende 1998 hat nun das Heft 4 dieser Reihe das Licht der Welt erblickt. Es spiegelt die Geschichte physikalischer, technischer und mathematischer Forschungsstätten der Deutschen Akademie der Wissenschaften am Adlershofer Standort von Anfang der fünfziger bis Ende der sechziger Jahre in Form von Dokumenten, Erinnerungen, Fotos und biographischen Materialien wider und trägt so wie seine Vorgänger zur Sicherung und Dokumentation der Wissenschaftsgeschichte

im Südosten Berlins bei. Wie schon die vorangegangenen Hefte belegt auch der neue Band auf anschauliche Weise, daß die Wissenschaftslandschaft der DDR keineswegs eine Wüste war, wie nach 1989 aus Westsicht vielfach behauptet.

Das Heft 4 der »Splitter« behandelt vor allem die Institute für Optik und Spektroskopie, für Kristallphysik, für Gerätebau, für spezielle Probleme der theoretischen Physik und für reine Mathematik. Die Erinnerungen von Johannes Teltow an Ostap Stasiw und an das Institut für Kristallphysik und diejenigen von Rolf Riekher an die Ursprünge des Instituts für Optik und Spektroskopie zeichnen ein besonders plastisches Bild der Akademiegeschichte in Adlershof. Biographische Skizzen sind den mit Adlershof verbundenen Wissenschaftlern Robert Rompe, Ernst Lau, Rudolf Ritschl, Paul Görlich, Hans Jancke, Gustav Richter, Otto Hachenberg und Ludwig Mollwo gewidmet. Graphische Übersichten zur Entwicklung der Struktur der Forschungsstätten schließen den Band ab.

Vergleicht man das jetzt vorgelegte Heft mit Heft 1, fällt auf, daß nun Dokumente, Erinnerungen, biographische Materialien und Fotos nach Instituten geordnet sind. Die historischen Splitter oder Mosaiksteinchen fügen sich so zu einem losen Bild der jeweiligen Forschungsstätte, das zwar viele Lücken aufweist, aber dennoch einen schlüssigen Gesamteindruck vermittelt. Der Leser, besonders derjenige, der nicht selbst in Adlershof tätig war, vermißt trotzdem zu den einzelnen Forschungseinrichtungen einige klärende redaktionelle Vorbemerkungen, die insbesondere die veröffentlichten Dokumente zueinander in Beziehung setzen und in eine knappe Skizze der Institutsgeschichte einordnen sollten. Eine solche Vorgehensweise könnte die Hefte der Reihe »Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter« abrunden und ihnen einen breiteren Leserkreis in der gesamtdeutschen Wissenschaftsgemeinschaft sichern.

MATTHIAS WITTENBERG

Wladimir Bukowski: Moskowskij process. Der Moskauer Prozeß. Russkaja mysl - Izdatel'stvo MIK, Paris - Moskwa 1996, 525 S.

Auf der Grundlage von über 3 000 Seiten der Originaldokumente aus dem nunmehrigen Präsidialarchiv der Russischen Bundesrepublik hat der Ende 1976 gegen Luis Corvalán ausgetauschte und in England lebende Bukowski die historisch-politische Vorgeschichte des Gerichtsprozesses gegen die KPdSU (1992) beschrieben. Ungeachtet der umfassend dokumentierten Historie, der zahlreichen vollständig oder auszugsweise wiedergegebenen Akten des Präsidiums der KPdSU, des KGB, des Außen- und des Innen- sowie des Verteidigungs- und des Gesundheitsministeriums, ist das Buch eine einseitige politische Streitschrift. Ihr Verfasser gibt sich allerdings auch nicht den Anstrich eines über den Parteien stehenden Wissenschaftlers, sondern er sagt unverblümt, daß er parteiisch urteilt. Als Egon Bahr, der mit Bukowski bald nach dessen Austausch gegen Corvalán sprach, diesen darauf hinwies, daß Bukowskis Haltung in letzter Konsequenz zu der Empfehlung führe, »zum Krieg bereit zu sein und ihn auch zu führen«, bejahte Bukowski, »ganz ruhig und sachlich«. (Bahr, Egon: Zu meiner Zeit, S. 474)

Hier soll weder Bukowskis durch und durch antikommunistische politische Konfession analysiert werden, noch seine Darstellung (immer an Hand der Originaldokumente, in deren Wiedergabe der Wert der Publikation besteht) von innen- und außenpolitischen Schlüsselentscheidungen der Führungsgremien in der UdSSR z.B. in bezug auf die finanzielle oder militärische Unterstützung kommunistischer Parteien durch die KPdSU nach dem Zweiten Weltkrieg, auf die sowjetische Politik gegenüber Afghanistan, Polen, Ungarn; auf die Urteile des Autors über Chruschtschow, Breshnew, Andropow, Tschernenko, Gorbatschow und die diese umgebenden Leute, die Agonie des Systems; die »Nacht der Marodeure«, die sich am Zerfall der UdSSR z.T. maßlos bereicherten; sondern hier soll allein und ausschließlich angezeigt werden, daß sich Teile der dokumentarischen

Darstellung mit der »deutschen Frage« befassen.

Zu diesem Thema gibt es im Präsidialarchiv Rußlands Quellen. Geheimgespräche sind geführt, auf ihnen beruhende Aufträge protokolliert, jedoch nicht immer im Detail dokumentiert worden. Eine der Ausnahmen ist ein Bericht Juri Andropows vom 9. September 1969, in dem der damalige Vorsitzende des KGB über Geheimgespräche »einer Quelle des KGB« mit dem seinerzeitigen Direktor des Krupp-Konzerns, Graf Arnim von Zedtwitz informiert. Dessen (auf Gesprächen mit Bahr beruhende) Darstellung der Ansätze einer »neuen Ostpolitik« in der SPD, über die »Notwendigkeit, zuverlässige und direkte Verbindungen mit Moskau« herzustellen, verband Andropow mit der Mitteilung, daß auch »die Führung der zweiten herrschenden Partei in Westdeutschland, die CDU, Schritte zur Herstellung inoffizieller Kontakte zur sowjetischen Seite unternommen und ihre Bereitschaft zur Gesprächsführung erklärt hat. Die CDU wollte und führte ein »umfassendes und für beide Seiten außerordentlich nützlich Gespräch«. Andropows Schlußfolgerung: »Die Analyse der zur Verfügung gestellten Materialien bezeugt, daß die beiden führenden und miteinander konkurrierenden Parteien befürchten, daß ihr jeweiliger politischer Gegner die Initiative ergreift und die Beziehungen zur UdSSR normalisiert. Sie sind bereit, inoffiziell und ohne Publizität zu verhandeln, um ihre jeweiligen Positionen in der Gesellschaft zu festigen und ihr Prestige zu mehren. Deshalb hält es das Komitee für Staatssicherheit für zweckmäßig, die inoffiziellen Kontakte mit den führenden Politikern beider Seiten fortzuführen.«

In diesem Zusammenhang verwies Andropow auch auf die Haltung »industrieller Kreise der BRD, die sich für eine Normalisierung der Beziehungen zur UdSSR aussprechen« und schlug vor, die wirtschaftlichen Möglichkeiten der UdSSR stärker als bisher für die Förderung der außenpolitischen Absichten zu nutzen«.

Wie Bukowski mitteilt, haben alle an diesen Gesprächen beteiligten Seiten durchgesetzt, daß (bis auf einen einzigen verschleierte Hinweis in einer bundesdeutschen Zeitschrift auf diese Aufzeichnung) die Verhandlungen geheimgehalten worden sind. Angekündigte

weitere Dokumente über diese Geheimdiplomatie lassen zusätzliche Aufschlüsse über Positionen von SPD und CDU erwarten. Beide Parteien äußerten im Verlauf der Gespräche ihre Absicht, im Unterschied zu CSU-Politikern wie Strauß nicht die »chinesische Karte« spielen zu wollen.

Im angezeigten Band dokumentiert Bukowski weiterhin u.a. solche »deutschen Angelegenheiten« wie die »zeitweilige Überlassung von Dokumenten über die nazistische Vergangenheit des Kanzlers der BRD Kiesinger«, die »die deutschen Freunde« erhielten, und die geheimen Absprachen zwischen der UdSSR und der BRD über den Aufenthalt von Dissidenten wie Solschenizyn in der BRD oder die Gewinnung eines Politikers wie Genscher für die »neue Ostpolitik«. Die im Zusammenhang mit den Beiträgen über Wolfgang Harich in dieser Zeitschrift ebenfalls berührte zwielichtige Rolle des seinerzeitigen sowjetischen Diplomaten Michail Voslenskij, wird durch neues dokumentarisches Material Bukowskis erhärtet. Viele Wertungen und zahlreiche Dokumente in diesem Buch, das sich als politisches Geschäft versteht, sind unappetitlich, manches ist pikant, mit kritischer Distanz aufgenommen auch lehrreich als Einblick in die Küche, in der »große Politik« von Kleingeistern angeordnet worden ist.

GERD KAISER

Olaf Steffen:

Die Einführung des Kapitalismus in Rußland. Ursachen, Programme und Krisen der Transformationspolitik, Osteuropa – Geschichte, Wirtschaft, Politik, Bd. 16, Lit Verlag Hamburg 1997, 828 S. (98,80 DM)

Um es gleich vorwegzunehmen: was das vorliegende Buch gerade in der Gegenwart interessant macht, ist keineswegs sein übermäßiger, durch zahlreiche Wiederholungen und schier endlose Zitate (sogar aus Lehrbüchern – vgl. S. 444f.) aufgeblähter Umfang, sondern die aktuelle Lage in Rußland.

Angesichts der um sich greifenden Suche

nach Erklärungen dafür, daß die ›Einführung‹ von Kapitalismus und Konkurrenzdemokratie – die in den anderen ehemals staatssozialistischen Ländern, wenn schon nicht zu den gewünschten ›Erfolgen‹ so doch wenigstens zu leidlich funktionierenden Marktökonomien geführt hat – ausgerechnet in Rußland so gründlich fehlgeschlagen ist, erfreuen sich theoretisch ambitionierte Schriften natürlich großer Aufmerksamkeit. Und bezüglich der ausführlichen und mit jeder Menge Hintergrundinformationen angereicherten Analyse der verschiedenen Versuche, das sowjetische und später das rußländische Gesellschaftssystem marktwirtschaftlich zu transformieren, leistet Steffen beachtliches. Ausgehend von einer Untersuchung der Triebkräfte für die Perestrojka-Politik unter Gorbatschow zeigt der Autor kenntnisreich und unter Heranziehung einer Fülle von Material bemerkenswerte Kontinuitäten auf, die schließlich in eine ausgesprochen radikale Strategie zur ›Einführung des Kapitalismus in Rußland‹ unter Jelzin münden (vgl. u.a. S. 130ff.). Als die während der Regierungszeit Breshnews jahrelang herrschende wirtschaftliche Stagnation insbesondere unter dem Druck einer neuen Runde des Wetttrüstens im Weltraum Anfang der achtziger Jahre in den Verlust wirtschaftlicher und vor allem militärisch-strategischer Konkurrenzfähigkeit überzugehen drohte, versuchte Gorbatschow den wirtschaftlichen Niedergang und die Gefahr des Verlusts weltpolitischer Geltung der Sowjetunion mit Hilfe einer Strategie zur wirtschaftlichen Dynamisierung abzuwenden. Unter dem Eindruck des immer deutlicher werdenden Scheiterns der Perestrojka schreiten die russischen Eliten schließlich zum äußersten. Durch die radikale Hinwendung zum Kapitalismus, als dem offensichtlich überlegenen Wirtschaftssystem, soll – selbst auf Kosten der nichtrußländischen Sowjetrepubliken – innerhalb historisch beispiellos kurzer Zeit die Konkurrenzfähigkeit zum Westen und damit die langfristige Rolle als ›Supermacht‹ gesichert werden (vgl. Teil D, Abschnitt 1).

Genauso grandios wie das Programm ist jedoch auch sein Scheitern. Warum dies eintrat bzw. eintreten mußte, das versucht Steffen in den vier Teilen (Einleitung, theoretische Grundlagen und Konzepte, ökonomische und

politische Ausgangslage und russische Markt-Transformationspolitik) seines Buches zu erhellern.

Ob das von ihm vorgestellte Theorem von der Notwendigkeit einer »Phase der ursprünglichen Akkumulation« (S. 22), das in den Abschnitten B/1 (vgl. S. 76 - 105) und C/1.3 (vgl. S. 254 - 300) umfänglich entwickelt wird, tatsächlich den Schlüssel zum Verständnis der Transformationsverwicklungen in Rußland liefert, muß allerdings bezweifelt werden – zumal dann, wenn dafür gleichzeitig weitreichende Geltung in bezug auf eine »allgemeine Theorie der Markt-Transformation ehemals realsozialistischer Gesellschaftssysteme« (S. 18) reklamiert wird. Ein kritischer Blick auf die Transformationsverläufe in den anderen mittel- und osteuropäischen Reformländern kann zumindest den Allgemeingültigkeitsanspruch des Ansatzes von Steffen nicht erhärten. Überhaupt ist die saubere kategoriale Trennung von »Theorien« (im streng wissenschaftlichen Sinne), »strategischen Konzeptionen« oder »Programmen« und realer »Politik« nicht unbedingt eine Stärke des Autors. Darüber hinaus gelingt es ihm nicht zu verdeutlichen, welche Konsequenzen das von ihm vertretene Paradigma für eine alternative Transformationspolitik hätte (vgl. u.a. 277, 297). Allein mit einer sehr berechtigten grundlegenden Kritik der »Schocktherapie«-konzepte, die eindrucksvoll und exemplarisch für den Fall Rußland geleistet wird, ist es vor allem dann nicht getan, wenn allen auf »mehr Staat« und einen längerfristigen Übergang setzenden Strategien einigermaßen hilflos die Abfuhr zuteil wird, daß sie eine »gradualistische Prolongierung der russischen Staatswirtschaft« im Sinn hätten, die »den Anforderungen des marktwirtschaftlichen Systemwechsels ... nicht gerecht (wird)« (S. 220).

In der Tat besteht der Wert der vorliegenden Studie nicht in der einigermaßen platten Feststellung, daß im Zuge einer marktwirtschaftlichen Transformation die im Staatssozialismus geschaffenen Produktionskapazitäten erst ihre kapitalistische Verwertbarkeit unter Beweis stellen müssen. Daß dies grundsätzlich unmöglich sein soll, weil sie einer »einzigartige(n), unverwechselbare(n) nicht-kapitalistische(n) Ökonomie« (S. 77) entstammen, überzeugt schon deshalb nicht,

weil die kapitalistische Produktionsweise in allen ihren historischen Entwicklungsstufen in der Lage war, selbst archaische Wirtschaftsweisen profitabel zu integrieren. Die Inwertsetzung von produktiven Ressourcen – unabhängig von der Art und Weise, wie diese geschaffen oder mobilisiert wurden – war noch nie ein un-überwindliches Problem für das Kapital. Und auch in Rußland findet Inwertsetzung allerdings auch, wie überall unter kapitalistischen Bedingungen, selektiv innerhalb einzelner Branchen (z.B. im Rohstoff- und Energiesektor), statt. Daß dabei auch Ressourcen und Produktionskapazitäten vernichtet werden, liegt in der Natur kapitalistischer (ungleichmäßiger) Entwicklung und stellt weder ein exklusives Charakteristikum der »ursprünglichen Akkumulation« noch der »Systemtransformation« dar. Die kapitalistische Durchdringung einer Gesellschaft braucht nicht nur Zeit, sie braucht zu ihrer Vollendung und Stabilisierung vor allem die Unterstützung staatlicher Institutionen.

Darin besteht aber genau das rußländische Problem – die überstürzte Radikalkur zum Kapitalismus hatte insbesondere den umstandslosen Rückzug des Staates aus der Verantwortung für das Wirtschaftsgeschehen zum Ziel. Das geradezu zwangsläufige Fehlschlagen eines solchen »Schocktherapie«Kurses eindrucksvoll und faktenreich am Beispiel Rußlands belegt zu haben, das ist die hier zu würdigende Leistung von Steffen. Es geht nicht um eine »postsozialistische ursprüngliche Akkumulation«, von der – wenn sie denn als politische Strategie angestrebt wird – höchst unklar ist, mit welchen Opfern sie einherginge, sondern um die (politische) Kunst, die Bedingungen der gesellschaftlichen Reproduktion kontrolliert und mit Augenmaß umzugestalten.

Wenn jedoch der Binnenmarkt (infolge einer radikalen Liberalisierung) von billigeren ausländischen Produkten mit zudem noch überlegener Qualität überschwemmt wird, wenn eine überstürzte Preisfreigabe eine Inflationswelle nach der anderen über die Produzenten und Konsumenten branden läßt und ihre finanziellen Ressourcen davonspült, wenn Staatsaufträge drastisch reduziert und die verbliebenen nicht bezahlt werden, wenn die Konvertibilität der einheimischen Wäh-

rung (und damit Kursstabilität und positiver Realzins) zum quasi alleinigen Gradmesser »erfolgreicher« Wirtschaftspolitik wird, dann kann sich kapitalistische »Produktion«, die immer die persönlichen Gewinnerwartungen der Produzenten zum Antrieb hat, nicht entfalten. Statt dessen setzen sich – wie Steffen dokumentiert (vgl. S. 177, 180, 205, 249, 262-264, 760ff.) – nicht zuletzt vermittelt über eine chaotische »Privatisierungsstrategie« Plünderungsmentalität und spekulativer »Kapitalismus« durch. Der Kapitalismus sucht sich »andere Wege« (S. 767). Die »neuen Russen« bereichern sich am Staat, in dem sie dessen Haushaltslöcher mit im Ausland geborgtem Geld finanzieren; bis die Regierung die Bedienung der Zinsen auf die Staatsobligationen aussetzen muß. Dann allerdings sieht es nicht nur für die Spekulanten schlecht aus. Die wachsende Nachfrage nach »harten« Devisen führt zu wachsendem Druck auf den Wechselkurs und schließlich ist eine Abwertung (und mit ihr die weiter steigende Nachfrage nach wertbeständigem ausländischen Geld) unvermeidlich. Die Wirtschaftskrise schlägt mit voller Wucht auf die ohnehin bereits verarmte Bevölkerung durch und die Regierung taumelt – zum wiederholten Male – in eine akute Führungskrise.

Die dieser neuerlichen Eruption vorhergehenden Entwicklungen hat Steffen in seiner Kritik an der rußländischen Variante der »Schocktherapie« facettenreich und mit großer Präzision beschrieben, die richtigen theoretischen Schlüsse jedoch hat er daraus mit einiger Sicherheit nicht gezogen.

HEINZ LAMBARTH

Wolfgang Dietrich:
Periphere Integration und Frieden
im Weltsystem. Ostafrika,
Zentralamerika und Südostasien im
Vergleich, Promedia Wien 1998,
328 S. (48,00 DM)

Im vorliegenden Buch präsentiert Wolfgang Dietrich – seit 1995 Direktor des European University Center for Peace Studies in Stadtschlaining und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Österreichischer Lateinamerikaf-

orschung – die Resultate eines dreijährigen Forschungsprojektes, das eine kritische Überprüfung der (in Europa) gängigen Paradigmen zum Zusammenhang von Integrations- und Friedenspolitik zum Gegenstand hatte.

Der Studie vorangestellt ist das eindringliche Plädoyer des Autors für »transdisziplinäres Arbeiten« als Grundvoraussetzung wissenschaftlicher Erkenntnis. »In einer Zeit, in der manches darauf hindeutet, daß das kapitalistische Weltsystem in jene Phase der wilden Amplitudensprünge eingetreten ist, die das Ende seines Systemcharakters einläuten, in einer Zeit, in der die Schwankungen politisch und intellektuell immer größer und unberechenbarer werden und Ergebnisse stets unbestimmter scheinen, ist disziplinärer Kleinmut eine mögliche Verhaltensweise für traditionelle Geistes- und Sozialwissenschaften. (...) Das Heben des apokalyptischen Schleiers verlangt eine klare Hinwendung zum Orientierungswissen (im Unterschied zum disziplinären reinen Verfügungswissen - AH.) – und dies kann nur auf breitester Basis, also weder multi- noch inter-, sondern ausschließlich transdisziplinär gewonnen werden« (S. 12 und 17).

Als erklärter, aber nach eigenem Bekenntnis »undogmatischer« (vgl. S. 16) Anhänger der im wesentlichen von Immanuel Wallerstein entwickelten »Weltsystemtheorie« lehnt Dietrich zunächst explizit die »gesamte neosmithianisch-marxistische Diskussion um eine Stufenlehre der Geschichte« (S. 15) ab und wendet sich der Analyse von langen Zyklen und Zeitbegriff im »Weltsystem« zu. Nachdem er die »Kontratieff- und Hegmonialzyklen« als zeitliche Einheit und die Staaten als »Recheneinheiten« des Weltsystems definiert hat (vgl. S. 22 und 27), kommt er (wiederholt) zu seiner Lieblingsfrage – der »Frage nach dem möglichen Ende des kapitalistischen Weltsystems« (S. 20) – zurück und stellt die Überlegung in den Raum, »ob nicht für das System an sich gilt, daß mit dem Überschreiten einer kritischen Größe – nicht des Wachstums, sondern der gesamten Investitionen und der gesamten Produktion – ein globaler Auflösungsprozeß induziert wird« (S. 27). Diese kritische Größe bestimmt er schließlich (mit Anschluß an Arbeiten von Leopold Kohr und Karl Polanyi) als »Umlaufgeschwindigkeit«, d.h. die Zeit, in der Individuen, Güter und vor allem

Informationen innerhalb der Grenzen des Weltsystems zu zirkulieren vermögen. Und hier sind es nicht zuletzt regionale wie globale Integrationsprozesse, die zu einer Steigerung der »Umlaufgeschwindigkeit« im Weltsystem beitragen und die Tendenz zur faktisch totalen Vernichtung von Raum und Zeit in der »Nullzeit-Übertragung« (S. 29) in sich bergen.

Ausgerüstet mit diesen Einsichten interessiert sich Dietrich vor allem dafür, warum die für das System eigentlich beruhliche Steigerung der »Umlaufgeschwindigkeit« via Ausweitung und Vertiefung von Integrationsprozessen trotz allem von den politischen Akteuren vorangetrieben wird, und stößt bei seiner Analyse auf den argumentativen Zusammenhang von Integration und Frieden (vgl. S. 34ff.). Als eigentlich zentrale Problemstellung des Projektes definiert er schließlich die Frage, ob die insbesondere im Fall der Europäischen Union behauptete wechselseitige Verflechtung von Integration und Friedenssicherung auch in Hinblick auf Integrationsbestrebungen »unter peripheren Bedingungen aufrechterhalten werden kann« (S. 40).

In den Abschnitten II und III, die den Hauptteil des Buches ausmachen, untersucht der Autor zunächst historische Aspekte der Integration in den von ihm gewählten Vergleichsregionen und Beispiele regionaler Integration unter peripheren Bedingungen. Nach mehr als 250 Seiten, auf denen sich sowohl eine Fülle von Informationen zu historischer Details als auch viele interessante, auf die jeweiligen Untersuchungsregionen bezogene Überlegungen finden, schreitet Dietrich zur »Conclusio« (S. 305ff.) – zur abschließenden Zusammenfassung der Ergebnisse. In Anbetracht der anfänglich doch recht forsch vorgebrachten Mutmaßungen über das herausziehende Ende des kapitalistischen Weltsystems, das sich der kritischen Zunahme der »Umlaufgeschwindigkeit« nicht durch »Entschleunigung« zu widersetzen vermag, nehmen sich die hier präsentierten Befunde doch überraschend bescheiden aus. Nachdem zunächst bestätigt wird, was von vornherein vermutet werden durfte, daß nämlich die von den Zentren des Systems weltweit beförderten regionalen Integrationsprozesse nicht zuletzt als »politische Herrschaftsakte« und »Methode einer kostengünstigen Bestandssicherung«

(S. 305) angesehen werden müssen, für die »die Sicherung von Frieden und Entwicklung« lediglich als »Emblem« (S. 306) dient, wird der vermeintlich drohende Systemzusammenbruch schlicht vertagt. Statt der eingangs vermuteten finalen Systemkrise wird sich die Welt nach Meinung von Dietrich doch wohl ersteinmal auf das »Kommen eines asiatisch-pazifischen Hegemonialzyklus« (S. 312) einrichten müssen. Was das nun aber für die Friedensforschung zu bedeuten hätte – darüber weiß der Autor dann eigentlich nichts einsichtiges mehr zu sagen. Am Ende bleiben die zagehaft vorgetragenen und reichlich spekulativ anmutenden Schlußfolgerungen jedenfalls doch auffällig weit hinter den ursprünglichen Intentionen des Projekts zurück.

ARNDT HOPFMANN

Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler: Ökonomie ohne Arbeit – Arbeit ohne Ökonomie? Entwicklungstendenzen des Kapitalismus und politische Interventionen, Offizin Verlag Hannover 1997 (Kritische Interventionen – Flugschriften Kritischer Wissenschaft, Nr. 1), 145 S. (14,80 DM) (I); dies.: Weniger Arbeit – weniger Demokratie. Arbeitslosigkeit, Demokratiegefährdung und Neuverteilung der Arbeit. Entwicklungstendenzen des Kapitalismus und politische Interventionen, Offizin Verlag Hannover 1998 (Kritische Interventionen ... Nr. 2), 141 S. (14,80 DM) (II)

Manchmal ist es schon seltsam. Anregende Analysen der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Lage findet der kritische Leser nicht unbedingt in renommierten Periodika oder Buchprogrammen saturierter Verlage. Kleine Wissenschaftsverlage in Ost wie West kämpfen ums Überleben und legen oft genau jene Arbeiten auf, die im Mainstream der offiziellen Wissenschaft ausgegrenzt, verlacht,

tabuisiert werden. Hier sind zwei Sammelbände der Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu besprechen, die Ergebnis von Tagungen 1996 und 1997 sind, aber so bald nichts von ihrer Aktualität einbüßen werden. Auf Initiative von Michael Buckmiller, Heiko Geiling, Peter von Oertzen und Joachim Perels wollen diese Wissenschaftler »kritische Zusammenhänge ... bilden, Gegenöffentlichkeiten ... entfalten und damit ein Gegengewicht zur vorherrschenden geistigen Lähmung entstehen« lassen. Sie »sind überzeugt, daß die gegenwärtigen ökonomischen, sozialen und politischen Probleme neuartige, die alten Bahnen der tagespolitischen Rhetorik verlassende Lösungen und Denkansätze erfordern.« (I/S. 144)

Im Mittelpunkt beider Bände steht die Abrechnung mit einer neoliberalen, auf betriebswirtschaftliche Rentabilität gerichteten »Vernunft«, die vorgeblich die Globalisierung für schuldig an den laufenden sozialen Verwerfungen erklärt. Mit unterschiedlicher Konsequenz suchen einige Autoren eine politische Ökonomie des »ganzen gesellschaftlichen Hauses« in Tradition sowohl von Adam Smith wie Karl Marx wieder in ihr Recht einzusetzen.

Oskar Negt verweist auf Schwierigkeiten alternativen Denkens heute. Die »alten Symbole, Begriffe, Kategorien, in denen wir bisher gedacht haben, (treffen) die Verhältnisse nicht mehr mit Überzeugungskraft ..., neue (sind) dagegen noch nicht gefunden«. Vor allem beklagt er, daß selbst dort, wo diese Begrifflichkeiten – zumal dank des undogmatischen Marxismus – anwendbar erscheinen, diese »durch mannigfache Verrottungsprozesse enteignet wurden« (I/S. 9). Dabei verweist er natürlich auf das Ende des Realsozialismus, aber auch auf das Wirken korrupter Gewerkschaftsfunktionäre im Westen, die Genossenschaften u.dgl. diskreditiert haben.

Im Mittelpunkt von Negts Argumentation steht der Nachweis, daß sich mit der Dominanz des neoliberalen, die betriebswirtschaftliche Sichtweise verabsolutierenden ökonomischen Denkens und der ihr entsprechenden Politik eine tatsächliche Ideologisierung im Sinne falschen Bewußtseins vollzog, die in der Gegenwart vorherrschend geworden ist. Das hat Konsequenzen bis zum für das ökonomische und gesellschaftliche Handeln be-

stimmenden Menschenbild. Entweder der »universell verfügbare und allseitig bewegliche Mensch, völlig in die Funktionale abgerutscht, von innerlichen Bindungen jeglicher Art so weit gelöst, daß er jederzeit die erkannten Marktchancen wahrzunehmen bereit ist« (I/S. 13). Oder aber ein Mensch ganz anderen Zuschnitts: »eigensinnig, auf autonome Urteilsfähigkeit und eigentümliche Lebensstile bedacht, die rebellische Elemente enthalten« (I/S. 30). Ohne ein generelles »kulturelles Umdenken«, ohne ein Brechen mit der betriebswirtschaftlich fixierten »Ersten Ökonomie« durch eine ganzheitliche, die Gesellschaft in ihrer Komplexität beachtende »Zweite Ökonomie« wird aber ein solcher Durchbruch nicht zu erzielen sein. Solange werden aber die gesellschaftlichen Kosten einer solchen Nicht-Reform bei scheinbarer Effizienz der Unternehmen weiter wachsen und destruktiv auf die Gesellschaft zurückwirken. »Das Besondere, Partikulare, die betriebswirtschaftliche Mentalität erhebt sich in den Rang des Ganzen, tritt an die Stelle einer ›Ökonomie des ganzen Hauses‹, zehrt ... das Allgemein-Interesse vollständig auf.

Wenn aber ein Besonderes sich zum Allgemeinen macht, dann ist der Tatbestand klassischer Ideologiebildung erfüllt.« (II/S. 19) Genau das weist Michael Krätke für die dominierende Globalisierungs-These und die daraus abgeleiteten Forderungen nach einem angepaßten, sozial »verschlankten« Standort Deutschland nach. Für ihn gibt es zwar erhebliche Internationalisierungstendenzen des Kapitalismus. Er zeigt, daß die Fakten jedoch gleichzeitig eine andere Sprache sprechen. Zwar seien im Kapitalverkehr und den entsprechenden Transaktionen diese Prozesse real. Aber bereits bei den Handelsströmen und selbst im Agieren der Transnationalen Konzerne sei festzustellen, daß sie eher national oder regional funktionieren. Das sei besonders auch für Deutschland nachzuvollziehen, das zwar sehr tief in die europäische Wirtschaftsregion eingebunden ist, aber bei weitem nicht so wie deklariert, von weltwirtschaftlichen, globalen Prozessen berührt werde. Insbesondere am Beispiel der vermeintlich zu hohen Sozialkosten zeigt er, daß dies so nicht den Realitäten entspreche und gleichzeitig soziale Standards auch ein wichtiges standortsicherndes Argument sein können. Sein

Fazit: »Vieles wird im heutigen Globalisierungsdiskurs als vollendete Tatsache und unabwendbare, eherne Notwendigkeit hingestellt, was bestenfalls eine (technische) Möglichkeit oder eine Tendenz neben vielen anderen darstellt. Der Glaube an falsche Evidenzen und Notwendigkeiten, zum Volksvorurteil gesteigert, bedeutet in der Tat das Ende demokratischer Politik. Wer keine Wahl hat, kann nicht mehr entscheiden.« (II/S. 46/47) Gegen die neoliberale Tendenz, die Politiker zu Managern zu degradieren, die allein ein Großunternehmen in internationalen Konkurrenzkämpfen führen, will Krätke wie auch die anderen Autoren ein politisches Eingreifen gegen die »Ökonomisierung« der Gesellschaft. Dazu gehört eben dieses Entlarven von Ideologiekonstrukten und das Aufzeigen jener Schwachstellen, die tatsächliche Standortvorteile aufgeben wollen.

Negt ordnet Alternativstrategien in die Notwendigkeit »eine(r) grundlegende(n) kulturelle(n) und soziale(n) Umorientierung der gesamten industriellen Zivilisation, des Verhältnisses von Arbeit und Muße, der Beziehungen des Privatinteresses zur Öffentlichkeit, der industriellen Bedürfnisse zum Gemeinwohl« ein (I/S. 16). Um derart die Wirtschaft zu »domestizieren« und den breiten Umverteilungsprozeß wichtiger Ressourcen zu erreichen, werden verschiedene Alternativansätze diskutiert. Dabei treffen durchaus unterschiedlich Positionen aufeinander, so bei der Bewertung der Möglichkeiten eines »Bündnisses für Arbeit« (I/Bodo Zeuner, Hinrich Oetjen). Große Erwartungen werden in eine Verkürzung der Arbeitszeit (II/Claus Schäfer), in einen radikalen Überstundenabbau (II/Hermann Groß), eine neue Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau (II/Mechthild Jansen) und eine arbeitnehmerorientierte Teilzeitgestaltung (II/Birgit Pfau-Effinger) gesetzt. Kontrovers wird das Beispiel des Tarif-Kompromisses von VW diskutiert, wobei deutlich wird, daß es so mustergültig als Einstieg in eine 4-Tage-Arbeits-Woche gar nicht funktioniert. Immerhin wurde eine Arbeitsplatzsicherung bei Freizeitgewinn erreicht, ohne daß aber dieser Gewinn zugunsten der Familien und der Verbesserung der individuellen Situation zum Tragen kommen muß (II/Karsten Reinecke, Helmut Schauer).

Ein nur teilweise diskutierte Frage bleibt die nach den Zielstellungen gesellschaftlicher

Veränderungen. Inwiefern ist ein Ausbruch aus den vorgegebenen Lebensweisen möglich? Helmut Spitzley denkt über eine »qualitativ hochstehende, sozial und ökologisch verantwortbare ›lean consumption‹« nach, in der »überlegter und ballastfrei Kaufentscheidungen« getroffen werden sollen (I/S. 109). Für ihn – und implizit wohl für die anderen Autoren – ist eine neue Art von Solidarität erforderlich, beginnend »im Betrieb Arbeit und Einkommen fair zu teilen« (I/S. 115). Negt hat allerdings einleitend klar gemacht – und das wäre für die meisten der angestellten Alternativenüberlegungen schon ausschlaggebend –, daß es nicht allein um eine neue Ethik gehe. »Ohne Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und der Reichtumsproduktion, ohne Infragestellung des Produktionsmythos und des Warenfetischismus kann eine Umverteilung von Arbeitsplätzen nicht gelingen.« (I/S. 27)

Peter Grottian provoziert in dieser Richtung. Er will, daß alle Beschäftigten des öffentlichen (und halböffentlichen) Dienstes, der Kirchen und Wohlfahrtsverbände im Interesse der Schaffung neuer Arbeitsplätze Einkommenseinbußen in Kauf nehmen. Die oberen Gehaltsgruppen würden auf 10 Prozent Gehalt verzichten und 10 Prozent weniger arbeiten. Die mittleren Gehaltsgruppen jeweils um 5 Prozent reduzieren und nur die unteren Gehaltsgruppen erhielten einen Inflationsausgleich. So würden 2-300.000 neue Arbeitsplätze entstehen. (II/S. 56) Eine weitere halbe Million sollte durch die Steuerbürger in ihrem Lebensumkreis direkt finanziert werden, eine weitere Million durch Bank- und öffentliche Kredite. All das sind noch Gedankenexperimente. In einem entsprechenden politischen Klima könnten sie verwirklicht werden – als Einstiege. Die Sorge, daß die Vernichtung von Arbeit zu Gefahren für die Demokratie werden könnte – nicht nur durch sozial Deklassierte, sondern auch durch die bestehenden Institutionen und die sie tragenden gesellschaftlichen Kräfte im Sinne von »law and order« und dem Druck auf die Annahme minderbezahlter Arbeit (II/Jürgen Seifert), weisen auf jene Gefahren und Chancen hin, die es nicht nur zu diskutieren gilt.

STEFAN BOLLINGER

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden.

Da wir nicht über festangestellte Redaktionsmitarbeiter und insbesondere nicht über Schreibkräfte verfügen, sollten Manuskripte an uns auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingeschickt werden.

Wir bitten darum, möglichst die Textverarbeitungssysteme »Word« (für DOS, WINDOWS oder MACINTOSH) oder »Word-Perfect« bzw. »Works« (für DOS oder WINDOWS) zu verwenden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir unsere Autor(inn)en, wenn irgend möglich, Tabulatoren zu verwenden.

Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht über-

schreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert - aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette - beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten.

Mit der Veröffentlichung eines Beitrages geht das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung auf die Zeitschrift über. Hiervon unberührt bleiben die Urheberrechte.

Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigelegt wurde.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 16:	je	2 DM
Beilage (1991)		1 DM
Dokumentation (zu Heinrich Fink)		4 DM
Heft 17/18 bis 47/48	je	4 DM
Heft 49 bis 72	je	2 DM
Heft 73/74	je	4 DM
Heft 75 bis 84	je	5 DM
Heft 85/86	je	10 DM

Impressum

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN (V.i.S.d.P.),
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, ULLA PLENER,
ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF

Herausgeber.: Förderverein Konkrete Utopien e.V.

Gründungsvorsitzende:

GUNTHER KOHLMAY und HELMUT STEINER

Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL/MONIKA NOACK

Satz: MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE

Redaktionsadresse:

Weydingerstraße 14-16,
10178 Berlin (Tel.: 030 - 2 40 09-561)

Druck: BärenDruck GmbH,

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 - 29390800)

Einzelverkaufspreis: DM 10
Jahresabonnement (incl. Versand):

DM 108 (Inland), DM 144 (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): DM 120